
Bewertung der ESF-Förderung zur Stärkung von Schlüsselqualifikationen und Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz

**Bearbeitung:
Kristin Schwarze**

im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Juli 2019

**IfS Institut für Stadtforschung und
Strukturpolitik GmbH
Lützowstraße 93
10785 Berlin**

**ISG Institut für Sozialforschung
und Gesellschaftspolitik GmbH,
Büro Berlin
Otternbuchtstr. 35
13599 Berlin**

Inhalt

1.	Einleitung	3
1.1	Aufgabenstellung und Evaluierungsfragen	3
1.2	Methodisches Vorgehen.....	5
1.3	Aufbau des Berichts	7
2.	Gegenstand der Evaluierung und Interventionslogik.....	9
2.1	Vorstellung des Fördergegenstands	9
2.2	Interventionslogik der Förderung	13
2.3	Ergebnisse bisheriger Evaluierungen	17
3.	Kontext der Förderung.....	21
3.1	Bevölkerungsentwicklung	21
3.2	Extremistische Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern	22
3.3	Studienergebnisse zu rechtsextremen, demokratiefeindlichen und rechtspopulistischen Einstellungen in Ostdeutschland.....	26
3.4	Fazit	29
4.	Ergebnisse zur bisherigen Umsetzung der Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur.....	30
4.1	Umsetzungsstand der ESF-Förderung im Bereich von Demokratie und Toleranz	30
4.2	Trägerstruktur und fachlicher Austausch der Mitarbeitenden der Regionalzentren	31
4.3	Selbstverständnis der Regionalzentren und Schwerpunkte der Beratung	33
4.4	Berichterstattung der Regionalzentren zu den bisherigen Beratungsfällen	37
5.	Analyse der Ergebnisse und Wirkungszusammenhänge der Förderung.....	39
5.1	Erreichte Zielgruppen und Themen der Beratung bzw. Zusammenarbeit	39
5.2	Erkenntnisse zu Ergebnissen der Zusammenarbeit und Beratung auf Grundlage der durchgeführten Erhebungen.....	45
5.2.1	Ergebnisse der standardisierten Befragung.....	46
5.2.2	Ergebnisse der qualitativen Interviews	51
5.3	Erkenntnisse zu Struktureffekten und externen Einflussfaktoren auf Grundlage der durchgeführten Erhebungen.....	69
5.3.1	Erkenntnisse aus der standardisierten Erhebung	70

5.3.2	Erkenntnisse aus den qualitativen Interviews	72
6.	Weiterentwicklungsbedarfe aus Sicht der befragten Akteure/-innen	75
7.	Zusammenfassung und Bewertung	78
8.	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	87
	Literaturverzeichnis	90

1. Einleitung

Die vorliegende Evaluierung ist Bestandteil des Gemeinsamen Bewertungsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Operationellen Programme (OP) des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014 bis 2020. Gemäß dem Bewertungsplan ist für jede Prioritätsachse die Durchführung einer oder mehrerer Wirkungsevaluierungen vorgesehen. Hierdurch wird sichergestellt, dass „mindestens einmal während des Programmplanungszeitraums“ bewertet wird, „wie die Unterstützung aus den ESI-Fonds zu den Zielen für jede Priorität beigetragen hat“ (Artikel 56 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013).

Gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 und dem Bewertungsplan dient die Evaluierung dazu, die Verbesserung der Qualität der Gestaltung und Umsetzung des Operationellen Programms für den ESF zu erhöhen. Zudem sollen die Wirksamkeit der Förderung, ihre Effizienz und ihre Auswirkungen bewertet werden. In Bezug auf die Auswirkungen sollen die vorgesehenen Evaluierungen aussagekräftige Ergebnisse über den durch das Programm geleisteten Beitrag zur Unionsstrategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum liefern.

1.1 Aufgabenstellung und Evaluierungsfragen

Gegenstand der Evaluierung ist das spezifische Ziel B.1.3 „Stärkung der Schlüsselqualifikationen und Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz“ des ESF-OP. Mit der Förderung sollen die Schlüsselqualifikationen Toleranz, Mitmenschlichkeit, demokratische Orientierung und die Bereitschaft und Befähigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement sowie die Strukturen im Bereich Demokratie und Toleranz gestärkt werden. Hierdurch sollen die Voraussetzungen für den sozialen Zusammenhalt verbessert und insbesondere junge Menschen dazu befähigt werden, in Wirtschaft und Gesellschaft handlungsfähig zu sein (Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern 2014: 66). Der wesentliche Förderansatz des Landes besteht dabei in der Förderung von Regionalzentren für demokratische Kultur, die in den Regionen des Landes die Kompetenzen für die Entwicklung einer demokratischen Kultur bündeln und die regionalen Akteure/-innen durch Präventionsberatungen und Krisenberatungen unterstützen sollen. Die Bewertung dieser Förderung bildet den Schwerpunkt dieser Evaluierung.

Das Studiendesign für die Evaluierung der Förderung von Schlüsselqualifikationen und Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz ist theoriebasiert angelegt. Ziel der Studie ist es, Wirkungszusammenhänge zu rekonstruieren und zu zeigen, wie und unter welchen Umständen die Fördermaßnahmen wirken und einen Beitrag zu den angestreb-

ten Zielen leisten (vgl. European Commission 2018). Dabei wurde insbesondere folgenden Evaluierungsfragen nachgegangen:

- Welchen Beitrag leistet die Förderung zum spezifischen Ziel B.1.3 „Stärkung der Schlüsselqualifikationen und Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz“ und zum übergeordneten europäischen Ziel der Prioritätsachse B, jegliche Diskriminierung zu bekämpfen?
- Welchen Beitrag leistet die Förderung zum Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“?
- An welchen Faktoren und Mechanismen setzen die geförderten Projekte an, um eine Stärkung der Schlüsselqualifikationen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und der Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz zu erzielen?
- Wie ist die Zielerreichung im Hinblick auf nachhaltige Verbesserungen der Beratungsstrukturen in den Regionen des Landes, z. B. in Bezug auf Erreichbarkeit, Reaktions-schnelligkeit, Qualifikation, Kompetenz und Sensibilität von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, zu bewerten?
- Inwieweit können mit den geförderten Projekten Personen in ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld sensibilisiert, ermutigt und befähigt werden, sich in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einzubringen?
- Inwiefern tragen die geförderten Projekte dazu bei, die Schlüsselqualifikationen Toleranz, Mitmenschlichkeit und demokratische Orientierung sowie die Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement zu verbessern? Welche Zielgruppen und Milieus sollen dabei erreicht werden und welche werden tatsächlich erreicht?
- Welchen Beitrag leistet die Förderung zur Verbesserung der Gleichstellung und der Chancengleichheit/Nichtdiskriminierung? Inwieweit weisen die Fachkräfte diesbezüglich besondere Kompetenzen auf oder kooperieren mit Akteuren/-innen aus den Bereichen Gleichstellung und Nichtdiskriminierung? Inwiefern werden im Rahmen der Planung und Umsetzung der Förderung besondere Lebenslagen von Frauen und Mädchen sowie von Männern und Jungen berücksichtigt?
- Welche weiteren (ggf. auch nicht intendierten) Effekte hatte die Förderung?
- Was sind förderliche und hinderliche Faktoren im Umsetzungsprozess? Wie ist die Effektivität der Umsetzungsstrukturen zu bewerten?

- Was sind die Optionen in Bezug auf die Fortführung der Förderung nach 2020?

1.2 Methodisches Vorgehen

Die Bearbeitung der Evaluierung erfolgte auf Grundlage eines für die ESF-Evaluierungen entwickelten übergreifenden Untersuchungsdesigns und beinhaltete folgende Arbeitsschritte:

1. Entwicklung und Abstimmung der Feinkonzeption: Auf Grundlage des Gemeinsamen Bewertungsplans für die Operationellen Programme des EFRE und des ESF wurde das Feinkonzept für die Studie zur Bewertung von ESF-geförderten Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz konzipiert und mit der aus Vertreterinnen und Vertretern des Begleitausschusses gebildeten Lenkungsgruppe sowie der Landeszentrale für politische Bildung abgestimmt.
2. Theoriegestützte Herausarbeitung der Wirkungszusammenhänge: Hierzu wurde eine Analyse von relevanten Dokumenten zur strategischen Ausrichtung, Planung, Steuerung und Umsetzung der Förderung in dem spezifischen Ziel B.1.3 vorgenommen. Die Dokumentenanalyse bezog sich u. a. auf das ESF-OP, die Förderrichtlinie, das Qualitätshandbuch des landesweiten Beratungsnetzwerkes, Konzepte und Merkblätter zur Förderung sowie vorliegende Studien und Evaluierungen zur bisherigen Förderung. Auf dieser Grundlage wurde ein erster Entwurf für ein theoriegestütztes Wirkungsmodell zur Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur erarbeitet, wobei der Fokus auf theoretisch fundierte Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge gelegt wurde. Zur Überprüfung und Absicherung des von uns rekonstruierten Wirkungsmodells wurde der Entwurf in einer Sitzung der AG Qualität des Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz vorgestellt und mit Vertreterinnen und Vertretern der Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz, der Regionalzentren für demokratische Kultur und weiteren Projekten des landesweiten Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz diskutiert und weiterentwickelt.
3. Konzeption und Durchführung von standardisierten Erhebungen entlang der Interventionslogik: Zur empirischen Überprüfung der Wirkungszusammenhänge wurde ein Mix aus qualitativen und quantitativen Methoden gewählt, der eine möglichst breite Datengrundlage für die Ergebniserhebung schafft. Dies beinhaltete u. a. folgende Auswertungen und Erhebungen:
 - Auswertung der ESF-Monitoringdaten zur finanziellen und materiellen Umsetzung der Förderung.

- Auswertung von Daten und Informationen, die aus dem Controlling bzw. der Qualitätssicherung bei der Landeszentrale für politische Bildung zu Demokratie- und Toleranz-Projekten hervorgehen (wie z. B. den Entwicklungsberichten der Regionalzentren für demokratische Kultur).
- Auswertung weiterer Datenquellen und Berichte zur Darstellung der landesspezifischen Herausforderungen und Entwicklungen im Bereich Demokratie und Toleranz (wie z. B. Berichte des Verfassungsschutzes) sowie von Evaluationen, Studien und Berichten zur Förderung von Maßnahmen im Bereich Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern sowie zu ähnlichen Instrumenten auf Bundesebene und in anderen Ländern.
- Standardisierte Befragung (onlinegestützt) von regionalen Akteuren/-innen und Multiplikatoren/-innen, an die sich die Aktivitäten der Regionalzentren richten: In die Befragung wurden zum einen 324 Personen einbezogen, die uns von den fünf Regionalzentren als wichtigste Kooperationspartner/-innen oder Zielgruppen benannt wurden. Zum anderen wurden die E-Mail-Adressen von weiteren 127 Personen recherchiert, die ebenfalls zur potenziellen Zielgruppe der Regionalzentren gehören, die Angebote aber nicht zwangsläufig nutzen. In die Befragungsstichprobe einbezogen wurden beispielsweise Bürgermeister/-innen von Städten und Gemeinden, Vertreter/-innen von kommunalen Präventionsräten sowie Vertreter/-innen von ausgewählten Vereinen und Initiativen. Bei der Bildung der Befragungsstichprobe wurde insgesamt auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den verschiedenen Regionen des Landes geachtet. Insgesamt wurden 451 Personen in die Befragung einbezogen. 199 Personen nahmen an der Befragung teil, was einem Rücklauf von 44,1 Prozent entspricht.
- Vertiefende leitfadengestützte Expertinnen- und Experteninterviews und Gruppengespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Landes und des Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern, der Regionalzentren für demokratische Kultur sowie zentralen Kooperationspartnern/-innen in den Regionen und ausgewählten Beratern. Insgesamt wurden 23 Interviews und Gruppengespräche geführt, darunter ein Gruppengespräch und ergänzende Telefoninterviews mit den Leitungen und weiteren Mitarbeitern/-innen der Regionalzentren, 15 Interviews mit lokalen und regionalen Akteuren/-innen in den fünf Regionen der Regionalzentren (wie z. B. Bürgermeistern und weiteren Akteuren/-innen auf kommunaler Ebene und Landkreisebene sowie Akteure/-innen aus den Bereichen Politik, Polizei, Kirche und Wissenschaft), die überwiegend vor Ort durchgeführt wurden, und vier Telefoninterviews mit Vertretern/-innen des landesweiten Beratungsnetzwerkes.

- Schriftliche Befragung der Regionalzentren zu den ESF-Querschnittszielen Gleichstellung von Frauen und Männern und Chancengleichheit/Nichtdiskriminierung.
- 4. Bewertung der Zielerreichung und Entwicklung von praxisbezogenen und strategischen Handlungsempfehlungen: Auf Grundlage der Ergebnisse der Erhebungen und Analysen wurden die Evaluierungsfragen beantwortet und Handlungsempfehlungen abgeleitet.
- 5. Strategieworkshop: Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen dieser Studie werden in einem Strategieworkshop mit der Lenkungsgruppe, der Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz sowie weiteren Akteuren/-innen aus dem Bereich Demokratie und Toleranz vorgestellt und diskutiert. Bei Bedarf findet eine Weiterentwicklung der Handlungsempfehlungen statt. Auf dieser Grundlage wird die Endfassung des Evaluierungsberichts erstellt.

1.3 Aufbau des Berichts

Der vorliegende Bericht gliedert sich in die folgenden Teile:

- Kapitel 2 widmet sich der Interventionslogik der Förderung und stellt die Inhalte der Förderung, zentrale Ergebnisse bisheriger Evaluierungen und das theoriebasierte Wirkungsmodell dar, das auf Grundlage der Dokumentenanalyse und der Abstimmung mit Akteuren aus der Programmumsetzung erarbeitet wurde.
- In Kapitel 3 wird der Kontext der Förderung beschrieben, wobei neben der Bevölkerungsentwicklung auf extremistische Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern und Studienergebnisse zu rechtsextremen, demokratiefeindlichen und rechtspopulistischen Einstellungen in Ostdeutschland eingegangen wird.
- Kapitel 4 enthält einen Überblick über den bisherigen Umsetzungsstand der Förderung, wobei auf die Trägerstruktur und die Zusammenarbeit der Regionalzentren, das Selbstverständnis der Regionalzentren und bisherige Förderaktivitäten und Beratungsfälle der Regionalzentren eingegangen wird.
- Kapitel 5 fasst die zentralen Ergebnisse der empirischen Untersuchung zusammen. Dabei werden die zentralen Erkenntnisse zu den Effekten der Förderung der Regionalzentren auf Grundlage der Ergebnisse der standardisierten Erhebung und der qualitativen Interviews entlang der verschiedenen Komponenten des Wirkungsmodells dargestellt. Zudem werden zentrale Wirkungsmechanismen herausgearbeitet.

- In Kapitel 6 werden auf Grundlage der standardisierten Erhebung und der qualitativen Interviews die Weiterentwicklungsbedarfe zur Förderung aus Sicht der befragten Akteure/-innen dargestellt.
- In Kapitel 7 wird eine übergreifende Bewertung der Förderung vorgenommen, wobei auf das Wirkungsmodell eingegangen wird, um besondere Beiträge der Förderung, zentrale Wirkungsmechanismen und weitere Einflussfaktoren kenntlich zu machen.
- Abschließend werden in Kapitel 8 die Schlussfolgerungen und Empfehlungen dieser Studie zusammengefasst.

2. Gegenstand der Evaluierung und Interventionslogik

2.1 Vorstellung des Fördergegenstands

Das spezifische Ziel B.1.3 ist im ESF-OP in der Prioritätsachse B (Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung) in der Investitionspriorität 9i (Aktive Inklusion, nicht zuletzt durch die Förderung der Chancengleichheit, aktiver Beteiligung, und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit) verankert (Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern 2014: 28).

Hintergrund für die Förderung ist, dass antidemokratische Einstellungen, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern nach wie vor ein gravierendes Ausmaß haben (vgl. Decker, Kiess, Brähler 2012: 54). Das Analysekapitel des ESF-OP weist in diesem Zusammenhang auf Studien der Universität Leipzig hin, nach denen die Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in Ostdeutschland im Laufe der Jahre stark zugenommen hat. Besonders betroffen von dieser Zunahme waren die strukturschwachen und ländlich geprägten Regionen, also z. B. weite Teile Vorpommerns (vgl. Decker, Brähler 2008; Decker, Kiess, Brähler 2012). Spätere Untersuchungen derselben Arbeitsgruppe zeigen, dass zwischen 2012 und 2014 sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Bundesländern der Anteil der Personen mit rechtsextremen Einstellungen zwar abgenommen hat, das politische System in den antidemokratischen Milieus aber weiter an Legitimation verloren hat (Decker, Kiess, Brähler 2014; Decker, Brähler 2016). Seit 2016 ist der aktuellen „Leipziger Autoritarismus-Studie“ zufolge die Ausländerfeindlichkeit in Ost- und Westdeutschland erneut angestiegen (Decker, Kiess, Schuler, Brähler 2018).

Toleranz, Mitmenschlichkeit, demokratische Orientierung sowie die Bereitschaft und Befähigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement werden als entscheidende Voraussetzungen für den sozialen Zusammenhalt wie für die wirtschaftliche Entwicklung im Land eingestuft (Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern 2014: 66). Der ESF-Einsatz zum spezifischen Ziel B.1.3 soll daher diese Schlüsselqualifikationen stärken. Er soll insbesondere junge Menschen dazu befähigen, in Wirtschaft und Gesellschaft handlungsfähig zu sein. Zugleich sollen die Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz gestärkt werden (ebd.).

Das spezifische Ziel wird mit einem einzigen Instrument umgesetzt, dem Instrument B.1.7 „Förderung von Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz“. Für die Förderung sind insgesamt 16,6 Mio. Euro förderfähige Gesamtmittel vorgesehen. Die entsprechende Richtlinie ist vor allem auf die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen ausgerichtet (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2016: 62). Ziel der Förderung

ist die Stärkung der Schlüsselqualifikationen Toleranz, Mitmenschlichkeit und demokratische Orientierung, der Strukturen im Bereich Demokratie und Toleranz sowie der Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement. Die Förderung basiert dabei auf folgenden übergeordneten Zielen des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“:

- Die Aktivierung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure/-innen,
- die flächendeckende Bereitstellung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten,
- die Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren/-innen,
- die Verzahnung von verschiedenen Programmelementen, wie zum Beispiel der kommunalen Maßnahmen, der Beratungsstrukturen und der Projekte und Maßnahmen der Bundesprogramme, sowie
- die Sensibilisierung der Bevölkerung.

Hierbei sollen die besonderen Lebenslagen von Frauen und Mädchen sowie von Männern und Jungen berücksichtigt werden.

Unterstützt werden vier Arten von Projekten:

- Beratungsangebote des landesweiten Beratungsnetzwerkes (Regionalzentren für demokratische Kultur, Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt, Betriebliches Beratungsteam gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt und Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit von Rechtsextremismus),
- Projekte in Ergänzung zu Bundesprogrammen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz,
- landesweit wirkende Projekte zur Stärkung von Demokratie und Toleranz,
- Mikroprojekte zum Auf- und Ausbau zivilgesellschaftlicher und demokratischer Prozesse in Kommunen, Vereinen und bei Verbänden.

Als Ergebnisindikator wurde für die Förderung im Bereich von Demokratie und Toleranz im ESF-OP die Zahl der Präventionsberatungen, Krisenberatungen und Opferberatungen, die von den aus dem ESF unterstützten regionalen Zentren und Beratungsstellen realisiert werden, definiert. Mit Hilfe der ESF-Förderung sollen in der Förderperiode 2014 bis 2020 insgesamt 1.600 Beratungen dieser Art realisiert werden.

Inhaltliche Schwerpunktsetzung: Regionalzentren für demokratische Kultur

Die Studie konzentriert sich auf die Bewertung der Regionalzentren für demokratische Kultur, da diese den wichtigsten landesspezifischen Projekttyp in diesem Bereich darstellen und den höchsten Anteil an ESF-Mitteln aus dem spezifischen Ziel B.1.3 erhalten.

Die Regionalzentren für demokratische Kultur wurden im Jahr 2007 eingerichtet und als Kern des landesweiten Beratungsnetzwerkes in die Gesamtstrategie zur Umsetzung des im April 2006 verabschiedeten Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ eingebettet (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2006).¹ Die Grundlage bildete das Konzept zur Einrichtung von Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, das im Jahr 2007 per Kabinettsbeschluss verabschiedet und im Jahr 2014 fortgeschrieben wurde (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2014).

Dem Konzept zufolge sind folgende strategische Ziele für die Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur maßgeblich:

1. Vertiefung des Wissens über demokratische Strukturen und Handlungsweisen, Stärkung des Grundvertrauens in die demokratischen Grundwerte sowie die Verbesserung der Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen,
2. Sensibilisierung, Ermutigung und Befähigung von mehr Personen, sich in ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einzubringen,
3. Zurückdrängung der Einflüsse rechtsextremistischer Aktivitäten.

Insgesamt gibt es fünf Regionalzentren für demokratische Kultur, die von drei verschiedenen Trägern umgesetzt werden und sich auf die folgenden Standorte verteilen:

- Regionalzentrum Anklam (in Trägerschaft der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e. V., RAA MV): zuständig für den Landkreis Vorpommern-Greifswald,

¹ Im Oktober 2017 hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern die Landesregierung beauftragt, eine Überarbeitung und Fortschreibung des Landesprogramms vorzunehmen, da es nach mehr als zehn Jahren aufgrund von veränderten gesellschaftlichen Problemlagen und aufgrund neuer Herausforderungen für die freiheitlich demokratische Grundordnung angepasst werden muss (vgl. Landtag 2017).

- Regionalzentrum Ludwigslust (in Trägerschaft der RAA MV): zuständig für die Landeshauptstadt Schwerin und die Landkreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim,
- Regionalzentrum Neubrandenburg (in Trägerschaft des Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e. V., CJD Nord): zuständig für den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte,
- Regionalzentrum Roggentin (in Trägerschaft der Evangelischen Akademie der Nordkirche): zuständig für den Landkreis und die Hansestadt Rostock,
- Regionalzentrum Stralsund (in Trägerschaft der Evangelischen Akademie der Nordkirche): zuständig für den Landkreis Vorpommern-Rügen.

Die Regionalzentren für demokratische Kultur richten sich an Gemeinden, Vereine, Institutionen, Kirchen, Städte, demokratische Parteien, Schulen, Kindertagesstätten, Verbände und Einzelpersonen in den jeweiligen Landkreisen. Sie bieten Information, Beratung, Vernetzung und weitere Unterstützung und dienen als Schnittstelle zwischen staatlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren/-innen. Im Konzept der Regionalzentren werden vier übergreifende Handlungsziele abgeleitet, an denen sich die Arbeitsschwerpunkte der Regionalzentren orientieren (siehe Tabelle 2.1) (ebd.: 8).

Tabelle 2.1 Arbeitsschwerpunkte und Handlungsziele der Regionalzentren für demokratische Kultur

Arbeitsschwerpunkt	Handlungsziel
Professionelle Beratung	Die Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur stärkt die Handlungskompetenzen der Beratungsnehmenden.
Organisator und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk	Die Regionalzentren für demokratische Kultur sind Organisator und Impulsgeber der regionalen Beratungsnetzwerke und weiterer regionaler Akteure/-innen und damit die Schnittstelle zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren/-innen in der Region.
Demokratieentwicklung	Die Regionalzentren für demokratische Kultur sind Agenturen für gute demokratische Praxis und werden zur Stärkung der demokratischen Politik und Kultur vor Ort genutzt.
Expertiseteam	Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionalzentren für demokratische Kultur werden in Mecklenburg-Vorpommern als Expertinnen und Experten im Themenfeld Demokratie und Toleranz wahrgenommen und für die Umsetzung landesweit wirkender Maßnahmen genutzt.

Dem Handeln für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus liegt ein ganzheitlicher Ansatz zugrunde, der von Dr. Gudrun Heinrich (Arbeitsstelle politische Bildung, Universität Rostock) und Prof. Dr. Hubertus Buchstein (Forschungsstelle Rechtsextremismus, Universität Greifswald) entwickelt wurde. Dieser beinhaltet drei übergeordnete Kriterien (ebd.: 10):

- Prävention: Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in demokratische Grundwerte sowie zur Verbesserung der Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen,
- Integration: Konzepte zur Unterstützung von Prozessen der politischen Willensbildung, zur Stärkung von Vernetzung, Bildung und Weltoffenheit, zur Eröffnung von Teilhabechancen, zum Schutz von Minderheiten und zum Entgegenwirken der Ausgrenzung schwacher Gruppen,
- Intervention: Anlassbezogene, unmittelbare und zeitlich begrenzte Unterstützung bei akuten Situationen mit mutmaßlich demokratiefeindlichem Hintergrund.

2.2 Interventionslogik der Förderung

Als Grundlage für die theoriebasierte Evaluierung wurde ein Wirkungsmodell entwickelt, das die Interventionslogik der Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur abbildet. In dem Wirkungsmodell wurden nach der „Theory of Change“ Ursache-Wirkungs-Beziehungen herausgearbeitet, die zwischen dem ESF-Mitteleinsatz und der Durchführung von entsprechenden Maßnahmen einerseits und den erwarteten Ergebnissen und Wirkungen andererseits vermutet werden. Wirkungen werden hierbei zum einen im kausalen Sinne verstanden, also auf ursächlich auf den ESF zurückführbare Ergebnisse. Hierzu ist es notwendig, möglichst genau alle Faktoren auch außerhalb der ESF-Förderung einzubeziehen, die einen direkten oder indirekten Einfluss auf die beabsichtigten Wirkungen haben können. Wirkungen können sich zum anderen aber auch auf übergeordneter Ebene einstellen, indem beispielsweise neben den direkten Effekten auf individueller Ebene – wie z. B. der Qualifikation von Betroffenen und/oder Multiplikatorinnen und Multiplikatoren – auch indirekte Qualitäts- und Struktureffekte erzielt werden – z. B. in Bezug auf Lerneffekte bei Maßnahmeträgern, die zu einer sich im Zeitverlauf erhöhenden Professionalität im Zusammenhang mit Qualifizierungsangeboten insgesamt führen.

Zur Herausarbeitung der Interventionslogik wurde eine Analyse von relevanten Programmdokumenten (Operationelles Programm, Förderrichtlinie, Konzept zur Einrichtung von Regionalzentren und Qualitätshandbuch des Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz MV) sowie von Studien und Evaluierungen zu der bisherigen Förderung und ähnlichen Instrumenten vorgenommen. Auf dieser Grundlage wurde ein Entwurf für ein Wirkungsmodell entwickelt, der in einer Sitzung der AG Qualität mit Vertreterinnen und Vertretern der Landeskoordinierungsstelle, der Regionalzentren für demokratische Kultur und weiteren Beratungsangeboten des landesweiten Beratungsnetzwerkes diskutiert und daraufhin an einigen Stellen weiterentwickelt wurde.

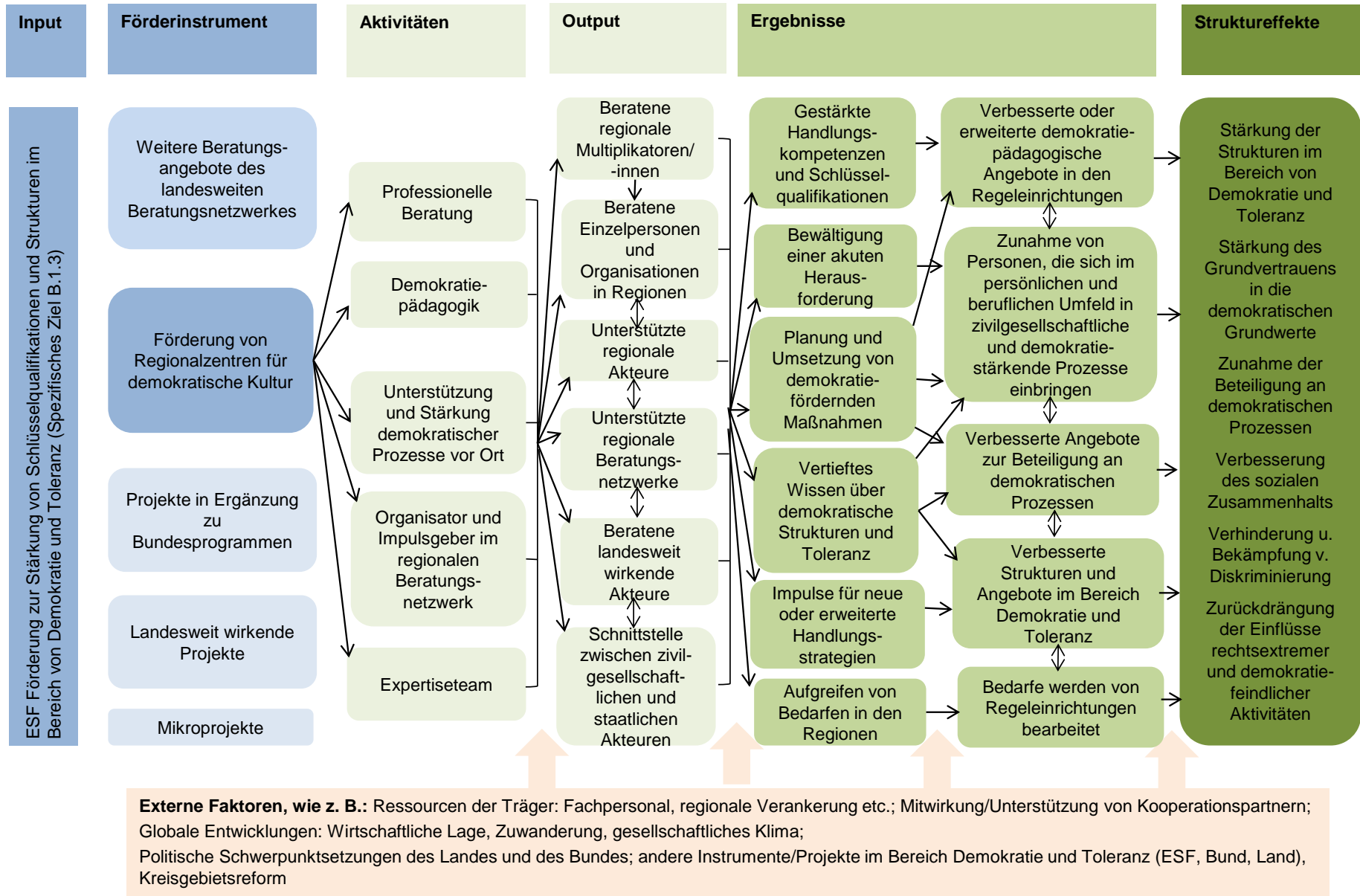
Abbildung 2.1 enthält eine Darstellung des konzipierten Wirkungsmodells. Die Struktur des Wirkungsmodells umfasst die Säulen Input, Förderinstrument, Aktivitäten, Output, Ergebnisse und Struktureffekte. Zudem werden im unteren Kasten weitere Einflussfaktoren abgebildet, die auf den Implementierungsprozess wirken oder die angestrebten Ergebnisse und Wirkungen beeinflussen.

In der Spalte „Förderinstrument“ sind neben den Regionalzentren für demokratische Kultur die weiteren Projekttypen enthalten, die innerhalb des spezifischen Ziels gefördert werden. Diese wurden im Rahmen der Evaluation ebenfalls mit in den Blick genommen, die theoriebasierte Wirkungsanalyse hat sich aber vor allem auf die Förderung der Regionalzentren bezogen und andere Förderprojekte lediglich im Zusammenhang mit weiteren (externen) Effekten berücksichtigt.

In der Spalte „Aktivitäten“ sind die Tätigkeitsschwerpunkte der Regionalzentren aufgeführt, über die die Regionalzentren die Maßnahmen zur Stärkung von Strukturen und Schlüsselqualifikationen im Bereich Demokratie und Toleranz entfalten sollen (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2014: 10 ff.). Die Aktivitäten werden größtenteils in Kooperation mit weiteren regionalen und landesweiten Akteuren/-innen durchgeführt, die gleichzeitig auch eine Zielgruppe der Aktivitäten darstellen, untereinander agieren und sich gegenseitig beeinflussen. Dabei sollen die Regionalzentren auch als Schnittstelle zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren/-innen agieren. Im Folgenden werden die vermuteten Wirkungszusammenhänge entlang der einzelnen Tätigkeitsschwerpunkte der Regionalzentren beschrieben.

Im Tätigkeitsfeld der professionellen Beratung hat nach Informationen der befragten Akteure/-innen in den vergangenen Jahren die Beratung von regionalen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, wie z. B. von Lehrkräften oder Vereinsfunktionären, an Bedeutung gewonnen, um über diese breitere Wirkungen auf die gewünschten Zielgruppen, wie z. B. junge Menschen, entfalten zu können. Durch die Schulung oder Beratung sollen die Handlungskompetenzen und Schlüsselqualifikationen (einschließlich neuer Methoden oder Fachkompetenzen), die für ihr jeweiliges berufliches Umfeld relevant sind, gestärkt und erweitert werden. Darüber hinaus stellen aber auch Einzelpersonen mit einem besonderen Beratungsbedarf eine Zielgruppe dar. Durch die Beratung sollen die Einzelpersonen in ihren Handlungskompetenzen gestärkt werden und eine unmittelbare Unterstützung erhalten, um eine akute Herausforderung mit mutmaßlich demokratiefeindlichem Hintergrund bewältigen zu können. In beiden Fällen geht es schließlich darum, dass es mittelfristig zu einer Zunahme der regionalen Akteure/-innen und Personen kommt, die sich im persönlichen und beruflichen Umfeld in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einbringen.

Abbildung 2.1 Wirkungsmodell zur Förderung von Regionalzentren für demokratische Kultur



Der Arbeitsschwerpunkt Demokratieentwicklung beinhaltet die beiden Komponenten „Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort“ und „Demokratiepädagogik“. Die Aktivitäten zur Demokratiepädagogik ergänzen politische Bildungsangebote und richten sich vorrangig an pädagogische Fachkräfte in vorschulischen, schulischen und außerschulischen Institutionen, die in ihrer Rolle als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dabei unterstützt werden sollen, partizipationsfördernde Maßnahmen und demokratiefördernde Bildungsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Hierdurch sollen die demokratiepädagogischen Angebote in den Regeleinrichtungen erweitert und verbessert werden, um mittel- bis langfristig ebenfalls die Anzahl der Personen, die sich in demokratiestärkende Prozesse einbringen, zu erhöhen. Die Aktivitäten zur Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort richten sich vor allem an regionale Akteure/-innen, wie z. B. demokratische Einrichtungen oder Kommunen, oder Einzelpersonen, die bei politischen Meinungsbildungsprozessen vor Ort oder der Planung und Umsetzung von Projekten zur Förderung des demokratischen Miteinanders begleitet und qualifiziert werden sollen. Hierdurch sollen die regionalen Angebote zur Beteiligung an demokratischen Prozessen verbessert und die Beteiligung an demokratischen Prozessen gestärkt werden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt besteht in der Rolle der Regionalzentren als Organisatoren und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk. Hier agieren die Regionalzentren als Schnittstelle zwischen staatlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren/-innen. Dabei bringen sie ihre fachliche Expertise ein und entwickeln gemeinsam mit den Kooperationspartnern/-innen Handlungsstrategien und neue Ansätze. Hierdurch soll ein Beitrag zur Verbesserung der regionalen Angebote und Strukturen im Bereich Demokratie und Toleranz geleistet werden. Im Rahmen ihrer Tätigkeit greifen die Regionalzentren zudem neue Bedarfe oder Themen in den Regionen auf, die anschließend von Regeleinrichtungen weiter bearbeitet werden.

Schließlich sollen die Regionalzentren als Expertiseteam für landesweit wirkende Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz agieren, um ihre fachliche Kompetenz auch in die landesweiten Strukturen einzubringen und an der Entwicklung und Durchführung von übergreifenden Angeboten, wie z. B. Weiterbildungsangeboten, mitzuwirken, was wiederum zu einer Qualifizierung der regionalen Angebotsstrukturen beiträgt.

Insgesamt sollen die verschiedenen Maßnahmen der Regionalzentren langfristig dazu beitragen, dass es in der Bevölkerung zu einer Zunahme der Beteiligung an demokratischen Prozessen kommt, das Grundvertrauen in die demokratischen Grundwerte und die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts gestärkt werden und eine Zurückdrängung der Einflüsse rechtsextremistischer und demokratiefeindlicher Aktivitäten stattfindet.

In Bezug auf die Querschnittsziele des OP wird angenommen, dass die Förderung insbesondere zu einer Verhinderung und Bekämpfung von Diskriminierung beiträgt.

Ebenfalls im Wirkungsmodell enthalten sind externe Faktoren, die Einfluss auf den Implementierungsprozess nehmen (wie z. B. Ressourcen der Träger und Kooperationspartner/-innen) oder die die Ergebnisse und Wirkungen der Förderung mitbeeinflussen (wie z. B. globale Entwicklungen, politische Schwerpunktsetzungen oder andere Förderinstrumente).

2.3 Ergebnisse bisheriger Evaluierungen

In den Jahren 2008 bis 2010 wurde von der Arbeitsstelle politische Bildung der Universität Rostock und der Forschungsstelle Rechtsextremismus der Universität Greifswald eine wissenschaftliche Begleitung der Regionalzentren für demokratische Kultur durchgeführt, wobei u. a. anhand der Darstellung der Arbeit der fünf Regionalzentren in den Regionen eine systematische Umsetzungsanalyse des Konzepts der Regionalzentren vorgenommen wurde (vgl. Universität Rostock/Universität Greifswald 2010). Als Evaluationsdesign wurde ein stark formativer, eher beschreibender und partizipativer Ansatz gewählt, um die Elemente Beratung und Evaluation miteinander zu verbinden (ebd.: 10).

- Den Ergebnissen der Evaluation zufolge ist es den Regionalzentren im Untersuchungszeitraum gelungen, sich als Expertinnen und Experten in den Regionen zu etablieren, umfangreiche Netzwerke von Akteuren/-innen, Kooperationspartnern/-innen und Beratungsnehmenden in ihren Regionen aufzubauen und eine respektable Akzeptanz bei relevanten Partnerinnen und Partnern zu erarbeiten (ebd.: 73). So gelte das Gros der Regionalzentren sowohl in seinen jeweiligen Regionen als auch überregional auf staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebenen als akzeptierter Partner in der Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus (ebd.: 66). Die Regionalzentren hätten in ihren Regionen funktionierende regionale Beratungsnetzwerke eingerichtet, mit denen vorrangig im Fall von krisenhaften Ereignissen zusammengearbeitet, Informationen ausgetauscht und fachlich diskutiert werde. Allerdings seien diese nicht alle gleichermaßen tätig. Als geeignete Zugänge hätten sich für die Regionalzentren kommunale Gremien wie Präventionsräte oder an sie gebundene Strukturen wie die lokalen Aktionspläne des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ erwiesen, wohingegen vereinzelt eine stärkere Einbindung in staatliche Informationskanäle und eine qualifizierte Beteiligung der Kreise und kreisfreien Kommunen gewünscht werde (ebd.: 59).
- Im Rahmen der Umsetzung hat sich aus Sicht des Evaluationsteams die Verschränkung der verschiedenen präventiven und intervenierenden Angebote bewährt, die eine

ergänzende als auch lückenlose Überleitung von anlassbezogenen Interventionen hin zu längerfristigen und prozessorientierten Beratungstätigkeiten ermögliche. Indem die Aufgabenbereiche Gemeinwesenberatung, Demokratiepädagogik und Krisenintervention innerhalb einer Struktur verbunden seien, käme der ganzheitliche Förderansatz des Landesprogramms ausgehend von den übergeordneten Leitkriterien Prävention, Intervention und Integration zum Tragen (ebd.: 55). Ebenfalls positiv hervorgehoben wird die Trägervielfalt, durch die eine Pluralität und größere Bürgernähe möglich werde als es eine Angliederung an eine staatliche Behörde vermocht hätte (ebd.: 56). Zudem habe sich die mit dem Förderansatz verbundene Regionalisierung der Angebote als sehr vorteilhaft erwiesen.

„Die MitarbeiterInnen können ihre jeweiligen überschaubaren Regionen tiefgehender erschließen, indem sie detaillierte Kenntnisse zu und Erfahrungen mit lokalen Netzwerken, KooperationspartnerInnen sowie den Bedürfnissen und Interessen der regionalen Bevölkerung sammeln. Somit wird ihnen die Möglichkeit geboten, sich das Vertrauen relevanter AkteurInnen zu erarbeiten und ihnen zugleich nützliche Zugänge zu öffnen“ (ebd: 57).

- Entscheidende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern/-innen und Netzwerken in den Regionen sind den Ergebnissen der Studie zufolge die Kontinuität der Angebote als auch die der persönlichen Präsenz vor Ort (ebd.: 57). Dabei wirke die teilweise hohe Fluktuation von Mitarbeitenden als größter Negativfaktor auf die Arbeit der Regionalzentren (ebd.: 70). In diesem Zusammenhang wird auf die hohe Arbeitsbelastung der Regionalzentren verwiesen, wobei insbesondere Absagen an Anfragende, denen keine Alternativen bzw. die Weitervermittlung an Kooperationspartner/-innen angeboten werden könne, Enttäuschung und Frustration bei allen Beteiligten nach sich ziehen (ebd.).
- Neben der Kontinuität der Arbeit der Regionalzentren werden in der Evaluation als weitere zentrale Gelingensbedingungen die fachliche und methodische Kompetenz der Mitarbeitenden, die allen Regionalzentren bescheinigt wird, die Kontextualisierung bzw. Regionalisierung der Angebote sowie die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern/-innen aufgezeigt (ebd.: 66).
- Ein Weiterentwicklungsbedarf wird in Bezug auf die Verstärkung der systematischen Zusammenarbeit sowohl zwischen den Regionalzentren als auch mit der Landeskoordination und dem landesweiten Beratungsnetzwerk unter Einbeziehung der Träger der Regionalzentren gesehen (ebd.: 74). Diese finde bisher vorwiegend zwischen Regionalzentren mit einem gemeinsamen Träger statt. Eine weitere Empfehlung betrifft die Einrichtung eines einheitlichen Internetportals für alle Regionalzentren, um deren Idee

und gemeinsame Identität zu stärken und dem in Befragungen geäußerten Wunsch nach einer stärkeren Öffentlichkeitsarbeit nachzukommen (ebd.: 76).

- In Bezug auf mögliche Erfolgsindikatoren wird in der Evaluation darauf verwiesen, dass eine partizipativ und qualitativ orientierte Evaluation erforderlich sei, um die Leistungen der Regionalzentren angemessen einschätzen zu können und den regionalspezifischen Rahmenbedingungen der Regionalzentren gerecht zu werden. Von einer Heranziehung ausschließlich quantitativer Daten zur Beurteilung der Maßnahmen und Projekte sei dementsprechend Abstand zu nehmen (ebd.: 76 f.).

Das Deutsche Jugendinstitut hat im Jahr 2014 eine bundesweite Evaluierung zu Beratungsnetzwerken gegen Rechtsextremismus im Rahmen der Programmevaluation des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ vorgelegt (DJI 2014). Über das Bundesprogramm wurden bis 2014 u. a. die Landeskoordinierungsstellen (LKS), landesweite Beratungsnetzwerke sowie Beratungsträger/-stellen gefördert. Seit 2015 werden diese und andere Bereiche vom Bund über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert.² Den Ergebnissen der Evaluation von 2014 zufolge gibt es robuste Hinweise, dass die Förderung von Beratung und Vernetzung einen wesentlichen Beitrag zur wirksamen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus leistet (ebd.: 69). Zudem würden Beratungsnetzwerke direkt und im Kontext von Beratung lokales ehrenamtliches Engagement fördern, indem sie Akteure und Strukturen der Zivilgesellschaft dabei unterstützen, Informationen und Ressourcen auszutauschen (ebd.). Das Bundesprogramm habe dabei zu einer Professionalisierung und inhaltlichen Weiterentwicklung der Beratung und zu einem Ausbau und zur Sicherung der Beratungs- und Kooperationsinfrastrukturen in den und zwischen den Bundesländern beigetragen (ebd.). Insgesamt geht aus den Ergebnissen der Evaluierung hervor, dass die Bundes-, die Länder- und die ESF-Förderung in diesem Bereich sehr stark ineinander greifen und Wirkungen in den Regionen demnach in der Regel auf ein Zusammenspiel von unterschiedlichen Förderinstrumenten zurückzuführen sind.

Neben dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ist in diesem Zusammenhang noch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zu nennen, das insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland Verbände und Initiativen dabei unterstützt, Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus durchzuführen.³ Den Ergebnissen der begleitenden Evaluation zufolge sind zunächst Entwicklungen in den Dimensionen Wis-

² <https://www.demokratie-leben.de/ueber-demokratie-leben.html>

³ www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/

sen, Einstellungen und Verhalten bei den verschiedenen Zielgruppen erforderlich, damit es zu einer Stärkung demokratischer Praxis im Bereich der Vereins- und Verbandsarbeit kommt. Die in der Programmumsetzung gewählten Strategien seien dabei in den meisten Fällen prinzipiell geeignet, sich den Programmzielen anzunähern. Die Projekte hätten insbesondere dann gute Wirkungsvoraussetzungen, wenn es ihnen gelinge, die Unterstützung von Führungskräften und Funktionsträgern zu gewinnen, strukturelle Gelegenheiten wahrzunehmen und den Nutzen des Projekts für den Verein oder Verband deutlich zu machen (proval 2015: 214).

3. Kontext der Förderung

3.1 Bevölkerungsentwicklung

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist mit einer Einwohnerzahl von 1,6 Mio. und einer Fläche von 23.294 km² durch eine geringe Bevölkerungsdichte und eine zu großen Teilen ländlich geprägte Struktur gekennzeichnet. Ende 2017 lag die Bevölkerungsdichte bei 69 Einwohnern/-innen pro Quadratkilometer, was im Bundesländervergleich den mit Abstand niedrigsten Wert darstellt. Im Vergleich dazu lag die Bevölkerungsdichte in Brandenburg bei 84, in Schleswig-Holstein bei 183 und in Baden-Württemberg bei 308 (Statistisches Bundesamt 2018). Zwischen 1990 und 2013 hatte das Land Mecklenburg-Vorpommern aufgrund des demographischen Wandels und Abwanderungen aus der Bevölkerung kontinuierlich Bevölkerungsverluste zu verzeichnen (siehe Tabelle 3.1). Seit 2014 wächst die Bevölkerung aufgrund von Zuwanderungsgewinnen aus anderen Bundesländern und dem Ausland leicht an. Nach Angaben des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern ist langfristig aber mit weiteren Bevölkerungsrückgängen zu rechnen.⁴

Der Anteil der in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Ausländer/-innen bewegte sich lange Zeit auf einem niedrigen Niveau um die 2 Prozent. Zwischen 2013 und 2017 führte insbesondere die hohe Flüchtlingszuwanderung fast zu einer Verdopplung des Ausländeranteils. Im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern fällt der Ausländeranteil mit 4,3 Prozent aber immer noch sehr niedrig aus.

Tabelle 3.1 Bevölkerungsentwicklung seit 1990 nach Geschlecht und Ausländeranteil

Jahr	insgesamt	männlich	weiblich	Ausländer/-innen	
				Anzahl	Anteil
1990	1.923.959	934.921	989.038	8.178	0,4 %
1995	1.823.084	896.536	926.548	29.310	1,6 %
2000	1.775.703	877.698	898.005	33.583	1,9 %
2005	1.707.266	846.217	861.049	39.394	2,3 %
2010	1.642.327	813.283	829.044	39.036	2,4 %
2011	1.606.899	791.635	815.264	28.448	1,8 %
2012	1.600.327	788.104	812.223	30.657	1,9 %
2013	1.596.505	786.331	810.174	34.567	2,2 %
2014	1.599.138	787.945	811.193	41.400	2,6 %
2015	1.612.362	797.832	814.530	59.417	3,7 %
2016	1.610.674	795.467	815.207	63.739	4,0 %
2017	1.611.119	794.873	816.246	68.923	4,3 %

Quelle: StatA MV, Statistisches Jahrbuch 2018, S. 26 und 29

⁴ <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Themen/Demografischer-Wandel/Daten-und-Fakten/>

3.2 Extremistische Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern

Rechtsextremismus

Die bisherigen Bevölkerungsverluste im Land, die insbesondere den ländlichen Raum betreffen, führten in der Vergangenheit in vielen Gemeinden zu sinkenden Einnahmen, was oftmals einen Rückbau der sozialen und verkehrstechnischen Infrastruktur zur Folge hatte und sich wiederum negativ auf die Attraktivität und weitere Bevölkerungsentwicklung in diesen Gebieten auswirkt (vgl. Borstel, Lehmann, Volkmann 2014: 57). Zudem führt der demographische Wandel einer Regionalanalyse der Universitäten Greifswald und Rostock zufolge dazu, dass in den ländlich geprägten Regionen nicht selten Kandidaten/-innen für das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin fehlen (ebd.). Die Volksparteien seien auf dem Land ohnehin sehr schwach aufgestellt, wohingegen die rechtsextreme Szene und die NPD besonders auf dem Lande aktiv und teilweise schon fest vor Ort verankert seien (ebd.: 58). Insbesondere im östlichen Teil des Landes hätten mit der Zeit Strukturen der freien Kameradschaftsszene an Bedeutung gewonnen, die enge Verbindungen und Mitgliederüberschneidungen zur NPD aufweisen würden (ebd.).

Einen besonderen Aufwind erlebte die NPD vor der Landtagswahl im Jahr 2006. Damals und im Jahr 2011 schaffte die NPD den Einzug ins Landesparlament und zog mit sechs bzw. fünf Abgeordneten in den Schweriner Landtag ein. Im Jahr 2016 führte der große Erfolg der AfD dazu, dass die NPD den Wiedereinzug ins Landesparlament verfehlte (siehe Tabelle 3.2). Dies hatte zur Folge, dass die Strukturen der NPD geschwächt wurden und die Partei weniger sichtbar im Land war. Doch trotz dieser Entwicklung werden die NPD und die Kameradschaftsszene im Verfassungsschutzbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2017 noch immer als organisatorisches Rückgrat der rechtsextremen Szene bezeichnet (Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern 2018: 18 ff.).

Tabelle 3.2 Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung in Mecklenburg-Vorpommern im Zeitvergleich

Wahltag	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfallen auf							
				CDU	SPD	DIE LINKE	FDP	GRÜNE	NPD	AfD	Sonstige
in %											
Europawahlen											
07.06.2009	46,6	4,6	95,4	32,3	16,7	23,5	7,6	5,5	x	x	14,3
25.05.2014	46,8	3,4	96,6	34,6	21,2	19,6	1,9	5,1	3,0	7,0	7,7
Bundestagswahlen¹⁾											
27.09.2009	63,0	1,7	98,3	33,1	16,6	29,0	9,8	5,5	3,3	x	2,7
22.09.2013	65,3	1,6	98,4	42,5	17,8	21,5	2,2	4,3	2,7	5,6	3,2

Wahltag	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfallen auf							
				CDU	SPD	DIE LINKE	FDP	GRÜNE	NPD	AfD	Sonstige
in %											
24.09.2017	70,9	1,2	98,8	33,1	15,1	17,8	6,2	4,3	1,1	18,6	3,8
Landtagswahlen¹⁾											
17.09.2006	59,1	2,3	97,7	28,8	30,2	16,8	9,6	3,4	7,3	x	3,9
04.09.2011 ²⁾	51,5	3,8	96,2	23,0	35,6	18,4	2,8	8,7	6,0	x	5,6
04.09.2016	61,9	1,8	98,2	19,0	30,6	13,2	3,0	4,8	3,0	20,8	5,6
Kommunalwahlen³⁾											
07.06.2009	46,6	3,0	97,0	31,8	19,3	21,6	8,7	5,0	3,2	x	10,5
04.09.2011 ⁴⁾	51,1	2,9	97,1	29,0	27,5	19,2	4,3	6,5	5,4	x	8,1
25.05.2014	46,3	2,8	97,2	33,0	18,9	19,7	3,3	5,8	3,2	4,2	11,8
Quelle: StatA MV, Statistisches Jahrbuch 2018, S. 264											
¹⁾ Die Angaben beziehen sich auf die Abgabe der Zweitstimmen.											
²⁾ Einschließlich Nachwahl im Wahlkreis 33 - Rügen I am 18. September 2011.											
³⁾ Die Angaben beinhalten die Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise und den Gemeindevertretungen der kreisfreien Städte. Die Anzahl der gültigen Stimmen übersteigt die Anzahl der Wähler, da jeder Wähler 3 Stimmen abgeben konnte.											
⁴⁾ Laut Landkreisneuordnungsgesetz wurde nur in den neu gebildeten Landkreisen gewählt.											

Im Verfassungsschutzbericht 2017 wird das Personenpotenzial von rechtsextremistischen Parteien und Personen in Kameradschaften oder anderen parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen auf 860 Personen geschätzt. Hinzu kommen ungefähr 640 weitgehend unstrukturiert rechtsextremistische Personen, die keiner Organisation angehören, so dass insgesamt ungefähr 1.500 Personen dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden. Als gewaltbereit werden davon ca. 700 eingestuft (ebd.: 22). Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Anzahl der vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuften Personen leicht angestiegen, so wurde die Anzahl im Jahr 2014 noch auf ca. 1.400 Personen geschätzt, von denen ca. 650 Personen gewaltbereit seien (Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern 2016: 20). Das Hauptagitationsfeld stellen insbesondere seit dem Jahr 2015 Aktivitäten gegen Geflüchtete dar. Hierdurch konnten zuwanderungsfeindliche Personen mobilisiert werden und es wurde das Ziel verfolgt, die Anschlussfähigkeit in der Bevölkerung zu erhöhen (ebd.: 18 f.).

Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität wurden vom Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern 1.027 Straftaten registriert, die dem Phänomenbereich „Rechts“ zugeordnet werden (Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern 2018: 23). Im Vergleich zum Vorjahr mit 1.050 registrierten Straftaten stellt dies einen leichten Rückgang dar, im Jahr 2014 lag die Anzahl der registrierten Straftaten in diesem Bereich mit 689 aber deutlich niedriger (Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern 2015: 20). Somit war insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 ein deutlicher Anstieg

politisch motivierter Straftaten im Phänomenbereich „Rechts“ zu verzeichnen. Im Jahr 2017 wurden 986 Straftaten als rechtsextremistisch eingestuft. Den Schwerpunkt bildeten Propagandadelikte (702). Zudem wurden 84 Gewalttaten mit rechtsextremer Motivation registriert, darunter 74 mit einer fremdenfeindlichen Ausrichtung (Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern 2018: 23). Im Vergleich zum Vorjahr, in dem 79 rechtsextreme Straftaten (darunter 53 fremdenfeindliche) gezählt wurden, stellt dies, insbesondere bei Gewalttaten mit fremdenfeindlicher Ausrichtung, einen deutlichen Anstieg dar. Die Mehrzahl dieser Angriffe richtete sich dem Verfassungsschutzbericht zufolge gegen einzelne Personen oder Personengruppen. Auch die Anzahl rechtsextremistisch motivierter antisemitischer Straftaten stieg im Jahr 2017 mit 44 registrierten Straftaten (darunter drei Gewaltdelikte) im Vergleich zum Vorjahr (37) an (ebd.). Dagegen ging die Anzahl der Übergriffe auf Flüchtlingsheime von 33 auf vier sehr stark zurück (ebd.).

Die landesweite Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (LOBBI) registrierte für das Jahr 2017 insgesamt 109 rechte Gewalttaten. Im Vergleich zu den Jahren 2015 und 2016, in denen 130 und 149 rechte Gewalttaten als Höchstwerte im Land gezählt wurden, stellt dies einen leichten Rückgang dar. Regionale Schwerpunkte bildeten der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte mit 23 Angriffen sowie die Städte Rostock (18) und Schwerin (17) und der Landkreis Ludwigslust-Parchim (18) (LOBBI 2018).

Ebenfalls unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) mit ihrer regionalen Teilstruktur „Identitäre Bewegung Mecklenburg-Vorpommern“ (IBMV), der etwa 20 feste Mitglieder in Mecklenburg-Vorpommern zuzurechnen sind (Ministerium für Inneres und Europa 2018: 71). Die IBMV verfügt über Ortsgruppen in den Hansestädten Rostock, Stralsund und Greifswald. Bislang konnte der Verfassungsschutz bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen der IBMV in Mecklenburg-Vorpommern keine schwerwiegenden politischen Straftaten verzeichnen. Die ideologische Ausrichtung der IBD werfe aber durchaus Fragen hinsichtlich einer verfassungsfeindlichen Zielsetzung auf, da die Bewegung das Ideal einer kulturell homogenen Gesellschaft in Deutschland anstrebe (ebd.: 72).

Eine weitere Besonderheit stellen völkische Netzwerke oder Siedlergruppen dar, die sich insbesondere seit den 1990er Jahren in einigen Regionen von Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt haben. Die ersten beiden Siedlungen entstanden im Großraum Güstrow und in der Gegend um Lübtheen. Studienergebnissen zufolge weisen die Anzahl und Geschwindigkeit der Zuzüge in den Nordosten darauf hin, dass sich Mecklenburg-Vorpommern zu einer Modellregion für völkische Siedlungsstrategie entwickelt (Siebert 2015: 109). Laut Verfassungsschutzbericht ist die „Artgemeinschaft Germanische-Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.“ (AG GGG) der derzeit

größte rechtsextremistische weltanschaulich-religiöse Personenzusammenschluss in Deutschland, zu dem Siedler/-innen in Mecklenburg-Vorpommern gehören. Diese verstehe sich als unabhängige religiöse Gemeinschaft und orientiere sich an rassistisch-antisemitisch geprägten Ideologien, wie z. B. das „Artenbekenntnis“ oder ein „Sittengesetz unserer Art“. Die Anhänger/-innen würden dem Verfassungsschutzbericht zufolge versuchen, ihr unmittelbares soziales Umfeld im Sinne ihrer Ideologie zu beeinflussen (Ministerium für Inneres und Europa 2018: 45). Dies geschieht beispielsweise dadurch, dass sich Angehörige der Gemeinschaft in Kindertagesstätten, Schulen, im Naturschutz oder in Vereinen engagieren (Siebert 2015).

Reichsbürger/-innen

Die Gruppe der sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ stellt laut Verfassungsschutzbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein eigenes Extremismusfeld dar, da diese trotz einzelner Überschneidungen mit dem Rechtsextremismus eine krude und nicht eindeutig zuzuordnende Gedankenwelt aufweise (ebd.: 74 ff.). Die Ideologie der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ weist dem Verfassungsschutzbericht zufolge kein geschlossenes Weltbild auf und ist u. a. von der Vorstellung geprägt, dass die Bundesrepublik nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und kein souveräner Staat sei und das Grundgesetz keine Verfassung darstelle (ebd.: 75). Dies führe bei den Angehörigen dieser Gruppe zu verschiedenen Handlungsweisen, wie z. B. der Rückgabe von Ausweispapieren, der Verweigerung von Abgaben, Gebühren, Steuern oder Bußgeldzahlungen, die Nachbildung staatlicher Strukturen und den Verkauf und die Herstellung von Fantasiedokumenten. Der Verfassungsschutzbericht 2018 geht von einer wachsenden Szene in diesem Bereich aus. Für das Jahr 2017 wird für Mecklenburg-Vorpommern von einem Personenpotenzial von 350 Personen ausgegangen, wohingegen es 2016 noch 300 waren (ebd.).

Linksextremismus

Dem linksextremen Spektrum werden im Verfassungsschutzbericht 2017 vor allem die aktionsorientierten Autonomen, die auch als gewaltbereite Linksextremisten bezeichnet werden, und die orthodoxen Kommunisten, die sich in Parteien und sonstigen Gruppen organisieren, zugeordnet. Für das Jahr 2017 wird das Personenpotenzial dieser Gruppen in Mecklenburg-Vorpommern auf insgesamt 450 Personen geschätzt, von denen 290 als gewaltbereit eingestuft werden (ebd.: 80). Im Vergleich zum Vorjahr, in dem von einem Personenpotenzial von 440 Personen (darunter 208 Gewaltbereite) ausgegangen wurde, stellt dies einen leichten Anstieg dar.

Im Jahr 2017 wurden durch das Landeskriminalamt insgesamt 223 Straftaten registriert, die dem Phänomenbereich „Links“ zugeordnet werden. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr, in dem 482 Straftaten registriert wurden, einen deutlichen Rückgang dar. Auch die Zahl der linksextremen Gewalttaten ging von 24 im Jahr 2016 auf elf im Jahr 2017 zurück. Die Zahl der linksextremistisch motivierten Straftaten stieg dagegen im selben Zeitraum von 64 auf 76 an (ebd.). Die politisch motivierten Straftaten richteten sich insbesondere gegen politische Gegner, wie z. B. Parteibüros der AfD. Darüber hinaus beteiligten sich Gruppierungen aus Mecklenburg-Vorpommern, wie z. B. die in Rostock ansässige Ortsgruppe der Interventionistischen Linken (IL), an den Vorbereitungen des Protests anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg, bei dem es zu massiven gewalttätigen Ausschreitungen, brennenden Barrikaden, zahllosen Sachbeschädigungen und Plünderungen kam (ebd.: 81 f.).

Islamismus

Zum islamistischen Extremismus werden vom Verfassungsschutz lokale und globale religiös motivierte extremistische Bestrebungen gezählt, die sich gegen westliche Wert- und Ordnungsvorstellungen, insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten (ebd.: 99). Eine dynamisch wachsende islamistische Bewegung stellt in Deutschland der Salafismus dar, dem im Verfassungsschutzbericht 2017 in Mecklenburg-Vorpommern 130 Personen zugerechnet wurden, im Jahr 2016 lag die Anzahl noch bei 85 (ebd.: 113). Im Verfassungsschutzbericht 2017 wird darauf hingewiesen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern Teil des allgemeinen Gefahrenraums sei und im Jahr 2017 zwei islamistisch motivierte Anschläge verhindert werden konnten (ebd.: 113 ff.).

3.3 Studienergebnisse zu rechtsextremen, demokratiefeindlichen und rechtspopulistischen Einstellungen in Ostdeutschland⁵

Rechtsextremismus und Akzeptanz von Demokratie

Die Ergebnisse der aktuellen Leipziger Autoritarismus-Studie 2018 zeigen, dass rechtsextreme Aussagen nach wie vor große Zustimmung in Ost- und Westdeutschland erfahren. In Bezug auf die Entwicklung in Ostdeutschland ist in der langfristigen Betrachtung bemerkenswert, dass in einzelnen Dimensionen, wie z. B. Ausländerfeindlichkeit, Chauvi-

⁵ Da auf Länderebene in Mecklenburg-Vorpommern kaum repräsentative Forschungen zu demokratiefeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung vorliegen, beziehen sich die folgenden Ergebnisse auf Ostdeutschland.

nismus und Antisemitismus, in den Erhebungsjahren 2014 und 2016 deutliche Rückgänge bei den geschlossenen Einstellungen zu verzeichnen waren, wohingegen seit 2016 erneute, teils drastische Anstiege stattgefunden haben (Decker, Kiess, Schuler, Handke, Brähler 2018: 82 ff.). Besonders drastisch fällt der erneute Anstieg in der Dimension Ausländerfeindlichkeit aus. Während der Anteil der geschlossen manifest ausländerfeindlich Eingestellten in Ostdeutschland in den Jahren 2014 und 2016 bei 22,4 bzw. 22,7 Prozent lag (in Westdeutschland bei 17 bzw. 19,8 Prozent), betrug er 2018 30,9 Prozent (in Westdeutschland 22,3 Prozent) (ebd.: 83). Damit liegt der Anteil aber noch immer unter den Werten der Erhebungswellen 2008 bis 2012. Die Autoren/-innen führen diese besondere Entwicklung in Ostdeutschland auf die umfassenden Transformationsprozesse der 1990er-Jahre zurück, durch die die Reaktion auf wirtschaftliche Krisen im Osten heftiger ausfalle (ebd. 81). Der Anteil an Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild ist in Ostdeutschland seit 2014 leicht angestiegen und lag 2018 bei 8,5 Prozent. In Westdeutschland ist in dieser Dimension seit 2016 ebenfalls ein leichter Anstieg zu verzeichnen, der entsprechende Anteil fiel im Jahr 2018 mit 5,4 Prozent aber noch deutlich niedriger aus (ebd.: 87).

Ebenfalls in der Studie erfasst wurde die Akzeptanz von Demokratie. Hier zeigen die Ergebnisse für Ostdeutschland, dass die Zustimmung mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zwischen 2006 und 2014 deutlich angestiegen ist (von 27,3 Prozent auf 46,8 Prozent), die Entwicklung aber seitdem stagniert (2018: 46,9 Prozent) (ebd.: 98). Sehr hoch fällt dagegen die Zustimmung zur Demokratie als Idee aus, die in Ostdeutschland seit 2010 kontinuierlich angestiegen ist und 2018 bei 95,2 Prozent noch über dem westdeutschen Wert von 92,8 Prozent lag. Die Autoren/-innen der Studie führen die vergleichsweise niedrige Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland auf eine hohe politische Deprivation zurück, die in Ostdeutschland besonders stark ausgeprägt ist und insbesondere in dem Gefühl zum Ausdruck kommt, keinen Einfluss darauf zu haben, was die Regierung tut (ebd.: 98).

Rechtspopulismus

Rechtspopulistische Einstellungen wurden in verschiedenen empirischen Studien über die Orientierungsmuster autoritäre Aggression, Fremdenfeindlichkeit, sekundärer Antisemitismus und islamfeindliche Einstellungen definiert (Klein, Heitmeyer 2012: 91; Zick, Küpper 2015: 4). Teilweise wurden auch die Abwertung von Roma und Asylsuchenden sowie Demokratiefeindlichkeit berücksichtigt (Zick, Küpper 2015). Klein und Heitmeyer weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es bei rechtspopulistischen Mobilisierungsstrategien im Unterschied zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit darum gehe, gezielt solche Vorurteile zu bedienen, die eher sozial akzeptiert sind, um potentielle Wähler/-

innen, die keine überzeugten Rechtsextremisten sind, nicht zu verschrecken (Klein, Heitmeyer 2012: 90 f.).

In der Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld im Jahr 2014 erstellt wurde, wurde auf Grundlage einer repräsentativen telefonischen Umfrage ermittelt, dass in Deutschland insgesamt fast 42 Prozent der befragten Deutschen mit ihren Einstellungen in Richtung Rechtspopulismus tendieren (Zick, Küpper 2015). Darunter würden rund 20 Prozent eine eindeutige rechtspopulistische Orientierung aufweisen, in Ostdeutschland liegt dieser Wert bei 28 Prozent (in Westdeutschland bei 18 Prozent) (ebd.: 5). Eine Zustimmung zu allen sechs Komponenten (autoritäre Aggression, Fremdenfeindlichkeit, sekundärer Antisemitismus, islamfeindliche Einstellungen, Abwertung von Roma und Asylsuchenden und Demokratiefeindlichkeit) wiesen 10 Prozent der Befragten in Ostdeutschland und knapp 4 Prozent in Westdeutschland auf (ebd.: 6). Eine stärkere Ausprägung rechtspopulistischer Einstellungen scheint den Ergebnissen zufolge dabei u. a. mit einem höheren Alter, einer niedrigeren Schulbildung und einem geringeren Einkommen einherzugehen (ebd.).

Ein weiterer Hinweis auf die Ausprägung des Anteils der Bevölkerung mit rechtspopulistischen Einstellungen lässt sich aus dem Wähleranteil der AfD in den vergangenen Jahren ziehen (vgl. Tabelle 3.2). Analysen des WZB zufolge könne die AfD inzwischen auf der Ebene ihrer Kandidaten/-innen und ihres politischen Programms im Vergleich zu anderen Parteien eindeutig als rechtspopulistisch eingestuft werden (Vehrkamp 2017: 18). Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat das WZB anhand einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap im März 2017 untersucht, wie rechtspopulistisch die Wahlberechtigten sind, die angaben, bei der Bundestagswahl im September 2017 die AfD zu wählen. Im Ergebnis zeigte sich, dass fast neun von zehn AfD-Wählern/-innen populistisch eingestellt seien und sich mehr als zwei Drittel rechts von der Mitte verorteten. Daraus schlussfolgern die Forscher/-innen, dass der bzw. die typische AfD-Wähler/in rechtspopulistisch sei und die AfD auch mit Blick auf ihre Wählerschaft als rechtspopulistische Partei eingeordnet werden könne (ebd.: 20).

In Mecklenburg-Vorpommern fielen die AfD-Wähleranteile bei den Landtagswahlen 2016 und den Bundestagswahlen 2017 mit 20,8 Prozent und 18,6 Prozent besonders hoch aus (vgl. Tabelle 3.2).

3.4 Fazit

An den Ergebnissen zur Entwicklung der extremistischen, demokratiefeindlichen und rechtspopulistischen Strukturen und Einstellungen in Mecklenburg-Vorpommern bzw. Ostdeutschland wird insgesamt deutlich, dass die Herausforderungen seit 2014 in mehreren Bereichen zugenommen haben, was u. a. mit Folgen des demographischen Wandels und der hohen Flüchtlingszuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 im Zusammenhang stehen dürfte. So haben vor allem in den Jahren 2015 und 2016 die politisch motivierten Straftaten im Phänomenbereich „Rechts“ und rechte Gewalttaten in Mecklenburg-Vorpommern deutlich zugenommen. Weitere neue oder zunehmende Herausforderungen stellen der Umgang mit sogenannten Reichsbürger/-innen und völkischen Siedlungen sowie der Umgang mit Islamismus dar.

Zudem weisen die Ergebnisse von Studien zu Einstellungen in der Bevölkerung und Wahlergebnisse darauf hin, dass ausländerfeindliche und rechtspopulistische Einstellungen in Ostdeutschland nach wie vor sehr stark ausgeprägt sind und in den letzten Jahren deutschlandweit zugenommen haben.

4. Ergebnisse zur bisherigen Umsetzung der Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur

In diesem Kapitel werden zentrale Ergebnisse zum bisherigen Umsetzungsstand der Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur dargestellt. Neben einigen Angaben zu den bisherigen Bewilligungen von ESF-Projekten zur Stärkung von Schlüsselqualifikationen und Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz wird dabei insbesondere auf die Trägerstruktur und die Abstimmungsverfahren zwischen den Mitarbeitenden der Regionalzentren, das Selbstverständnis der Regionalzentren und bisherige Förderaktivitäten eingegangen.

4.1 Umsetzungsstand der ESF-Förderung im Bereich von Demokratie und Toleranz

Bis Mitte 2018 wurden insgesamt 159 ESF-Projekte zur Stärkung von Schlüsselqualifikationen und Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz bewilligt, wobei die Förderung von Angeboten des landesweiten Beratungsnetzwerkes den finanziellen Schwerpunkt bildete (vgl. Tabelle 4.1).

Tabelle 4.1 Bewilligte ESF-Projekte zur Stärkung von Schlüsselqualifikationen und Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz (Stand: 30.06.2018)

Projekttyp	Anzahl der bewilligten (Teil-)Projekte	Bewilligte förderfähige Gesamtkosten in Mio. Euro
Angebote des landesweiten Beratungsnetzwerkes	15 ⁶	10,143
Landesweit wirkende Projekte	5	2,145
Projekte in Ergänzung zu Bundesprogrammen	24	1,043
Mikroprojekte zum Auf- und Ausbau zivilgesellschaftlicher und demokratischer Prozesse in Kommunen, Vereinen und bei Verbänden	115	0,058
Gesamt	159	13,389

Wie bereits weiter oben dargestellt, werden über das landesweite Beratungsnetzwerk die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur, die landesweite Opferberatung, die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern und die betriebliche Beratung gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der Arbeits-

⁶ Die acht Projekte des landesweiten Beratungsnetzwerkes beinhalten jeweils mehrere Förderphasen (Teilprojekte). Bis zum 30.06.2018 wurden folgende Teilprojekte bewilligt: acht Teilprojekte zur Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur, zwei Teilprojekte zur landesweiten Opferberatung, drei Teilprojekte zur Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit und zwei Teilprojekte zur betrieblichen Beratung gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

welt umgesetzt. Den Schwerpunkt der folgenden Analyse und Bewertung bilden die Aktivitäten der fünf Regionalzentren für demokratische Kultur.

Bevor näher auf die konkreten Aktivitäten und erreichten Zielgruppen der Regionalzentren eingegangen wird, werden im folgenden Teil zunächst die Trägerstruktur und der fachliche Austausch zwischen den Mitarbeitenden der Regionalzentren sowie das Selbstverständnis der Regionalzentren beschrieben, da diese für ein besseres Verständnis der Förderung entscheidend sind und den Implementierungsprozess mitbeeinflussen.

4.2 Trägerstruktur und fachlicher Austausch der Mitarbeitenden der Regionalzentren

Die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur werden in Mecklenburg-Vorpommern von drei unterschiedlichen Trägern umgesetzt (siehe Tabelle 4.2). Durch die Trägervielfalt wird ermöglicht, dass eine breite Vielfalt von unterschiedlichen Akteuren/-innen in die Aktivitäten zur Stärkung von Demokratie und Toleranz einbezogen wird.

Tabelle 4.2 Sitz und Träger der Regionalzentren

Regionalzentrum	Sitz	Träger
Landkreis und Hansestadt Rostock	Roggentin (bei Rostock)	Evangelische Akademie der Nordkirche
Vorpommern-Rügen	Stralsund	
Vorpommern-Greifswald	Anklam	Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e. V. (RAA MV)
Westmecklenburg	Ludwigslust	
Mecklenburgische Seenplatte	Neubrandenburg	Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e. V. (CJD Nord)

Jedes der fünf Regionalzentren ist mit vier Vollzeitstellen ausgestattet, teilweise sind die Stellen mit mehr als vier Personen besetzt. Nach Auskunft der Träger sind inzwischen alle Stellen (ein Träger) bzw. ein Teil der Stellen (zwei Träger) unbefristet, um den Mitarbeitenden eine längerfristige Perspektive zu ermöglichen, wobei dies abhängig von der Größe unterschiedlich leicht zu bewerkstelligen sei. In allen Regionalzentren sind sowohl Frauen als auch Männer beschäftigt. Aktuell sind drei der fünf Leitungen der Regionalzentren mit Frauen besetzt. Nach Auskunft der Regionalzentren bieten alle drei Träger Angebote oder Maßnahmen zur Unterstützung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der allgemeinen Personalentwicklung und/oder durch Fortbildungsangebote zu genderbezogenen Themen. Beispiele für Maßnahmen sind die Einrichtung einer trägerinternen Stelle für Geschlechtergerechtigkeit, Fortbildungsangebote zu genderbezogenen Themen, das Angebot von Diversityweiterbildungen, eine interne Weiterbildung für „Frauen in Führungspositionen“ sowie die Berücksichtigung von genderbezogenen Themen im

Rahmen von Supervisionen und Coachings (Befragung der Regionalzentren zum Querschnittsziel Gleichstellung von Frauen und Männern).

Über die Landeskoordinierungsstelle kommen die Regionalzentren regelmäßig zum Austausch zusammen. Die Leitungen der Regionalzentren treffen sich einmal im Halbjahr und nach Bedarf in sogenannten Leitungsrunden. Zudem wurde im Jahr 2012 die Arbeitsgruppe (AG) Qualität gegründet, in der sich die Beratungsprojekte des landesweiten Beratungsnetzwerkes regelmäßig austauschen, um die Qualität der Arbeit des Beratungsnetzwerkes stetig weiterzuentwickeln. Weitere Arbeitsgruppen, in denen themenbezogen gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern/-innen Strategien entwickelt oder Einzelfälle abgestimmt werden, stellen die AG Eltern- und Angehörigenberatung und die AG Ausstiegsarbeit dar.⁷ Mitarbeitende der Regionalzentren tauschen sich zudem regelmäßig in der LAG Demokratiepädagogik über ihre Aktivitäten zu diesem Arbeitsschwerpunkt aus. Zu den anderen Arbeitsschwerpunkten gibt es keine entsprechenden Arbeitsgruppen. In den Gesprächen mit den Vertreter/-innen der Regionalzentren wurde vereinzelt der Wunsch geäußert, den trägerübergreifenden Austausch zwischen den Regionalzentren zum Arbeitsschwerpunkt Gemeinwesenberatung/Krisenintervention zu intensivieren (Gruppeninterview mit den Regionalzentren).

Neben diesen stärker formalisierten Formen der Zusammenarbeit arbeiten die Regionalzentren zudem anlassbezogen zusammen, beispielsweise wenn eine Anfrage aus einer Region bei einem anderen Regionalzentrum bzw. Träger eingeht und die Bearbeitung der Anfrage dann in Kooperation zwischen den beiden Regionalzentren erfolgt. Zudem gibt es auch thematische Spezialisierungen unter den Regionalzentren. Beispielsweise ist die Landeskoordination für das Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ an das Regionalzentrum Westmecklenburg angebunden. In dem Netzwerk sind nach Auskunft der RAA inzwischen 46 Schulen aus Mecklenburg-Vorpommern vertreten. In Bezug auf schulbezogene Beratungsthemen findet demnach häufig eine Zusammenarbeit zwischen dem Regionalzentrum Westmecklenburg und den anderen Regionalzentren statt.

Darüber hinaus nutzen die Regionalzentren teilweise auch die Materialien der anderen Regionalzentren. In Bezug auf gemeinsame Publikationen, die es in der Vergangenheit auch gab, hat sich nach Einschätzung der Regionalzentren aber gezeigt, dass jeder Träger seine eigene Handschrift und sein eigenes Verständnis hat und es daher einfacher ist, daraus nicht ein gemeinsames Produkt zu machen, sondern die Vielfalt in unterschiedlichen Produkten nebeneinander bestehen zu lassen (Gruppeninterview mit den Regionalzentren). Auch einen gemeinsamen Internetauftritt gibt es neben der Seite des landeswei-

⁷ <https://www.beratungsnetzwerk-mv.de>

ten Beratungsnetzwerkes nicht.⁸ Stattdessen sind die Internetauftritte der Regionalzentren den einzelnen Trägern zugeordnet.⁹

Neben der trägerübergreifenden Zusammenarbeit findet darüber hinaus bei allen Regionalzentren trägerintern ein weiterer Austausch zwischen den Mitarbeitenden der Regionalzentren statt, teilweise werden hierbei auch Mitarbeitende aus anderen Projekten oder Themenfeldern des Trägers einbezogen. Besonders intensiv ist die trägerspezifische Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitenden der Regionalzentren Stralsund und Landkreis und Hansestadt Rostock. Die vergleichsweise geringe Entfernung zwischen den beiden Standorten Stralsund und Roggentin macht es nach Auskunft der Regionalzentren möglich, dass die Mitarbeitenden der beiden Standorte ungefähr alle zehn Tage zusammenkommen und sich als ein komplettes Team verstehen. Bei diesen Treffen werden alle aktuellen Beratungsfälle besprochen, wobei jeweils unterschiedliche Vertiefungsschwerpunkte gesetzt werden (Interview mit der Leitung des Regionalzentrums Landkreis und Hansestadt Rostock). Innerhalb der RAA findet nach Auskunft des Trägers alle drei Monate ein Arbeitstreffen statt, an dem sich die Mitarbeitenden der beiden Regionalzentren im Rahmen einer kollegialen Fallberatung über einzelne Fälle austauschen. Zudem gibt es innerhalb der RAA ungefähr zehnmal im Jahr Projektleiterrunden und quartalsweise eintägige Klausuren zum fachlichen Austausch sowie einen Austausch in Fachgruppen (Interview mit der RAA). Beim CJD findet nach Bedarf ein trägerinterner Austausch innerhalb des Fachbereichs Politische Bildung statt (Interview mit der Leitung des Regionalzentrums Mecklenburgische Seenplatte).

4.3 Selbstverständnis der Regionalzentren und Schwerpunkte der Beratung¹⁰

Die Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur ist durch ein breites Spektrum an Inhalten und Arbeitsmethoden gekennzeichnet. Nach Auskunft der Leitungen und Mitarbeitenden der Regionalzentren bilden die Aktivitäten die jeweilige Nachfragesituation ab, wodurch es zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den verschiedenen Regionen oder im Zeitverlauf kommen kann. In der Anfangszeit ist es vor allem darum gegangen, die Angebote der Regionalzentren bekannt zu machen. Hierfür konzipierte beispielsweise

⁸ <https://www.beratungsnetzwerk-mv.de/mitglieder/regionalzentren-fuer-demokratische-kultur/>

⁹ <https://www.raa-mv.de/de/content/raa-regionalzentren-f%C3%BCr-demokratische-kultur;>
[https://www.akademie-nordkirche.de/regionalzentren/;](https://www.akademie-nordkirche.de/regionalzentren/) <http://www.cjd-rz.de/>

¹⁰ Die Grundlage für die Ergebnisse in diesem Abschnitt bildet zum einen ein Gruppeninterview mit den Leitungen und weiteren Mitarbeitenden der Regionalzentren, das im Mai 2018 in Schwerin geführt wurde. Ergänzend wurden telefonische Interviews mit einzelnen Vertreter/-innen der Regionalzentren oder Trägern der Regionalzentren geführt. Zudem wurden die Entwicklungsberichte der Regionalzentren zu den Förderjahren 2015 bis 2017 ausgewertet.

das Regionalzentrum Vorpommern-Rügen ein kleines Fortbildungsformat, für das gezielt bei den Akteuren/-innen vor Ort geworben wurde. Ein anderes Angebot, das insbesondere zu Beginn einer Kooperation oftmals nachgefragt wird, ist die Bereitstellung eines aktuellen Lagebilds zur jeweiligen Region. Die hierdurch entstandenen ersten Kontakte stellen aus Sicht der Regionalzentren den Schlüssel für die weitere Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren/-innen in den Regionen dar. Wenn diese erste Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit erfolgreich verlief, kam es nach Auskunft der Regionalzentren in der Regel dazu, dass sich die lokalen Akteure/-innen gegenüber den Regionalzentren öffneten und konkrete Unterstützungsbedarfe formulierten, weitere Angebote und Formate der Regionalzentren nachfragten und/oder die Angebote der Regionalzentren in der Region weiterempfehlen.

„Diese Anfragen nach allgemeiner Fortbildung oder nach einem Lagebild haben oft regelrechten Testcharakter. Wir werden im Rahmen der ersten Begegnung dann einerseits bezüglich unserer Fachexpertise geprüft und andererseits hinsichtlich unserer Vertrauenswürdigkeit und unsere Haltung. Erst wenn alle Bewertungen positiv ausfallen, wird dann gegen Ende des Formats der eigentliche Unterstützungsbedarf offenbart“ (Gruppeninterview mit den Regionalzentren).

Die Regionalzentren sehen sich selbst als gedankliche „Spinne im Netz“, bei der viele Informationen, Kenntnisse und Kontakte in der Region zusammenlaufen. Abhängig von der jeweiligen Anfrage werden Beratungsteams zusammengestellt oder es findet eine Verweisberatung an andere Angebote statt mit dem Ziel, dass keine Anfrage unbeantwortet bleibt. Im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit orientieren sich die Mitarbeitenden der Regionalzentren an den Standards der systemischen Beratung, dem Beutelsbacher Konsens¹¹ und der kundenorientierten Qualitätstestierung für Beratungsorganisationen. Im Beratungsnetzwerk wurden in den Jahren 2012/2013 einheitliche Beratungsstandards erarbeitet, die neben trägereigenen Konzepten eine gemeinsame Grundlage für die Beratungstätigkeit der Regionalzentren bilden (Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz 2013). Ein wichtiger Standard stellt dabei „Self-Empowerment“ dar, demzufolge die Beratenden davon ausgehen, dass die Beratungsnehmenden grundsätzlich selbst über alle Kompetenzen verfügen, um die auftretenden Problemlagen zu bewältigen. Ziel der Beratung ist es, die vorhandenen Potentiale und Ressourcen aufzudecken und die Beratungsnehmenden so zu sensibilisieren, dass sie diese für aktuelle und zukünftige Problemlagen nutzen können (ebd.: 16). Eine zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Bera-

¹¹ Der Beutelsbacher Konsens ist ein Minimalkonsens von linken und konservativen Politikern/-innen und politischen Bildnern/-innen, der im Jahr 1976 im baden-württembergischen Beutelsbach getroffen wurde, und bis heute unbestrittene Leitlinie der politischen Bildung ist. Er beinhaltet die drei Grundsätze Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung (vgl. <https://lpb-mv.de/themen/stichwort/beutelsbacher-konsens/>).

tungsprozess ist demzufolge die Bereitschaft der Beratungsnehmenden, sich auf einen solchen Prozess einzulassen und sich dabei selbst als Akteur/-in zu begreifen und dementsprechende Verantwortung zu übernehmen.

„Es ist tatsächlich eine Herausforderung, gewisse Erwartungen erstmal zu enttäuschen, das tut dann erstmal weh, und manche verliert man auch erstmal darüber, weil sie aus verschiedenen Gründen, wie z. B. fehlenden Ressourcen, diesen Weg erstmal nicht gehen können oder wollen. Und umgekehrt, wenn sie sich aber darauf einlassen, und dafür liebe ich meine Arbeit, es ist eine Freude dabei zuzusehen, wie dann die Frucht aufgeht, also die Befähigung hin zu einer Selbstermächtigung, die sich durch diese Beratung oder Fort- oder Weiterbildung viel selber als Akteur auch verstehen, wirkmächtig erleben, also Wirkung im besten Sinne auch für sich feststellen“ (Gruppeninterview mit den Regionalzentren).

In Bezug auf die Beratungsinhalte ist es nach Auskunft der Regionalzentren in den Anfangsjahren vor allem darum gegangen, Aufklärung zum Thema Rechtsextremismus zu betreiben und Gesprächsfähigkeit herzustellen. Da bei den lokalen Akteuren/-innen oft auch die Sorge vor einem Imageverlust oder einer Stigmatisierung der Gemeinde mitschwingt, hat ein Ansatz darin bestanden, problematische Situationen oder Ereignisse aus der Tabuisierung heraus zu holen und diese hierdurch bearbeitbar zu machen. Neben dieser Sensibilisierungsarbeit, die insbesondere in Vorpommern-Greifswald noch immer von großer Bedeutung sei, wird nach Auskunft der Regionalzentren zunehmend präventiv gearbeitet. Ziel sei es, die regionalen und lokalen Akteure/-innen dabei zu unterstützen, eigene Haltungen zu entwickeln und einen selbstreflexiven Umgang im eigenen Umfeld zu erlangen.

Der Beratungsbedarf zum militanten Rechtsextremismus hat nach Einschätzung der Regionalzentren in mehreren Regionen des Landes mit der Zeit etwas an Bedeutung verloren. Neuere Themen seien dagegen insbesondere der Umgang mit Rechtspopulismus und Integration sowie völkischen Netzwerken und Reichsbürgern/-innen. Hierdurch seien auch neue Ansätze und Methoden in der Beratungsarbeit gefordert. Während es im Umgang mit der NPD noch möglich gewesen sei, eine klare Abgrenzung gemäß dem „Schweriner Weg“¹² vorzunehmen, sei dies aktuell so nicht mehr möglich. So stünden beispielsweise Verbände vor der Herausforderung, mit rechtspopulistischen Thesen in den eigenen Reihen umzugehen.

¹² „Der ‚Schweriner Weg‘ ist eine gemeinsame Strategie von SPD, CDU, Linken und Grünen zum Umgang mit der NPD im Landtag. Die Abgeordneten dieser Parteien verständigten sich darauf, stets geschlossen gegen die NPD aufzutreten und keinen der Anträge und Gesetzentwürfe der rechtsextremen Partei zu unterstützen“ (vgl. <https://www.svz.de/4216261>).

„Damit muss man umgehen lernen, und dass ist natürlich eine Herausforderung für die, aber ermöglicht auch wiederum durch so eine Wand zu kommen, wo man sagt, okay, ihr müsst für Euch eine Haltung finden, einen Umgang finden, und das nimmt zu und macht die Arbeit auch komplexer, finde ich, aber vielleicht auch tiefer“ (Gruppeninterview mit den Regionalzentren).

Die Vertreter/-innen der Regionalzentren sehen eine ihrer zentralen Funktionen dabei in der Übersetzungsleistung. Beispielsweise gehe es darum, Inhalte von Begriffen, die parteipolitisch oder durch Stereotype besetzt seien, von den Begriffen zu trennen, um hierdurch zu den Inhalten ins Gespräch zu kommen und die Inhalte somit diskutabel zu halten.

„Dass wir einfach den Leuten zeigen, was heißt Demokratie eigentlich, dass es nicht so ein hochgekommener Begriff ist, sondern, dass es ganz praktisch im Alltag uns alle betrifft“ (Gruppeninterview mit den Regionalzentren).

Darüber hinaus sehen sich die Regionalzentren in der Lage, schnell auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren und hierdurch neue Bedarfe aufzugreifen und in der Übergangszeit Lücken zu füllen. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 deutlich geworden, als es u. a. darum ging, neuen Protestformen in der Bevölkerung, wie z. B. MVgida, zu begegnen, sowie auf neue Beratungs- und Unterstützungsbedarfe, die aufgrund der hohen Flüchtlingszuwanderung im Bereich der Integration und teilweise auch zum Themenfeld religiöser Fundamentalismus entstanden, zu reagieren.

„Wir haben uns an den Bedarfen orientiert. Wir waren flexibel gerade in der Flüchtlingsgeschichte, zu sagen, eigentlich ist das nicht unser Beritt, aber wir sind eingesprungen und haben gesagt, dass sind jetzt die Bedarfe und da müssen wir jetzt helfen und was kann unser Beitrag dazu sein, jetzt hier Feuerwehr zu spielen“ (Gruppeninterview mit den Regionalzentren).

In Bezug auf die Berücksichtigung ESF-Querschnittsziele Gleichstellung von Frauen und Männer sowie Chancengleichheit/Nichtdiskriminierung geht aus den Ergebnissen einer Befragung der Regionalzentren hervor, dass alle Regionalzentren bei der Konzipierung und Durchführung von Beratungen, Schulungen oder Veranstaltungen sowie bei der Ausgestaltung von Materialien genderbezogene Aspekte sowie interkulturelle oder inklusive Aspekte berücksichtigen. So werden beispielsweise genderbezogene Themen in einzelnen Workshops oder Schulungen einbezogen (wie z. B. Geschlechterperspektiven im Rechtsextremismus), geschlechtergerechte Sprache verwendet oder Fortbildungsformate auf Nachfrage in leichter Sprache angeboten.

Darüber hinaus gaben alle Regionalzentren an, dass sie bei der Konzipierung und Durchführung von Beratungen, Schulungen oder Veranstaltungen mit Gleichstellungsbeauftragten oder Gender-Experten/-innen zusammenarbeiten. Dies betrifft zum einen die Zusammenarbeit mit Gleichstellungsbeauftragten auf verschiedenen regionalen und strukturellen Ebenen und zum anderen die Einbeziehung der Expertise von einzelnen Mitarbeitenden, die aufgrund von Fortbildungen über eine besondere Genderexpertise verfügen. Darüber hinaus berichteten die Regionalzentren, dass sie mit Integrationsbeauftragten von Kommunen, Landkreisen oder des Landes kooperieren, wobei sich diese Zusammenarbeit in der Vergangenheit insbesondere auf die Entwicklung von Integrationskonzepten bezog.

Einzelne Regionalzentren gaben an, dass sie trotz der bereits vorgenommenen Maßnahmen in diesem Bereich für sich oder ihren Träger einen weiteren Beratungsbedarf im Hinblick auf die Querschnittsziele Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Chancengleichheit/Nichtdiskriminierung sehen.

4.4 Berichterstattung der Regionalzentren zu den bisherigen Beratungsfällen

Die Förderung der Regionalzentren startete im Rahmen der aktuellen Förderperiode am 1. Juli 2015. In dem Zeitraum ab Juli 2015 bis Ende 2017 führten die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur insgesamt 1.385 Beratungen durch. Im Jahr 2016 fiel die Anzahl der neuen Beratungsfälle am höchsten aus, 2017 ging die Anzahl der Beratungsfälle wieder leicht zurück. Bei den Beratungen handelte es sich mehrheitlich um Präventionsberatungen (51 Prozent), gefolgt von anlassbezogenen Fallberatungen, die noch nicht der Definition einer Krisenberatung entsprechen (39 Prozent), wohingegen Krisenberatungen nur einen Anteil von 10 Prozent ausmachten. Im Jahr 2015 lag der Anteil der Krisenberatungen mit 16 Prozent etwas höher. Die meisten Beratungsfälle (45 Prozent) bezogen sich sowohl auf den Themenkomplex Rechtsextremismus als auch auf den Themenkomplex Demokratieförderung. Die Gesamtzahl der bearbeiteten Beratungsanfragen lag bei 2.100, wobei die Regionalzentren im Jahr 2016 eine besonders hohe Anzahl an Anfragen (930) zu verzeichnen hatten.

Tabelle 4.3 Berichterstattung der Regionalzentren zu den Beratungsfällen in den Jahren 2015 bis 2017

Durchgeführte Beratungen		2. Halbjahr 2015		2016		2017		Gesamt	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Beratungsbeginn	... neue Beratungsfälle	133	74%	567	88%	444	79%	1.144	83%
	... weitergeführte Beratungsfälle	47	26%	74	12%	120	21%	241	17%
Art der	Krisenberatungen	29	16%	73	11%	34	6%	136	10%

Durchgeführte Beratungen		2. Halbjahr 2015		2016		2017		Gesamt	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Beratung	Präventionsberatungen	52	29%	330	51%	328	58%	710	51%
	Anlassbezogene Fallberatungen	99	55%	238	37%	202	36%	539	39%
Themenkomplex der Beratung	Rechtsextremismus	63	35%	242	38%	104	18%	409	30%
	Demokratieförderung	47	26%	217	34%	95	17%	359	26%
	Rechtsextremismus/Demokratieförderung	70	39%	182	28%	365	65%	617	45%
Beratungsfälle insgesamt		180	100%	641	100%	564	100%	1.385	100%
Quelle: Auswertung der Landeskoordinierungsstelle auf Grundlage der Berichtsbögen der Regionalzentren für demokratische Kultur.									

In dem Berichtszeitraum führten die Regionalzentren zudem 179 Fortbildungen durch, wobei die Anzahl der durchgeführten Fortbildungen im Zeitverlauf zwischen den Jahren 2015 und 2017 zunahm. Weitere Aktivitäten betrafen die Leitung oder Moderation von oder Teilnahme an regionalen Beratungsnetzwerken, die fachliche Mitarbeit in Gremien, die Organisation, aktive Mitwirkung und Teilnahme an Veranstaltungen, die Bearbeitung von landesweiten Beratungsfällen und landesweit wirkenden Maßnahmen sowie die Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle durch Fachexpertise und Öffentlichkeitsarbeit.

Aus den Sachberichten der Regionalzentren geht hervor, dass der leichte Rückgang der Beratungen im Jahr 2017 u. a. damit zusammenhing, dass die Kapazitäten der Regionalzentren stärker dafür genutzt wurden, komplexe, langfristige Beratungsprozesse aufrechtzuerhalten und hierdurch weniger Zeit für die Initiierung neuer Beratungsprozesse blieb.

Auf zentrale Aktivitäten und inhaltliche Schwerpunkte der Beratung wird in Kapitel 5.2 im Zusammenhang mit der Darstellung von Ergebnissen der Förderung und der Herausarbeitung von Wirkungsmechanismen noch näher eingegangen.

5. Analyse der Ergebnisse und Wirkungszusammenhänge der Förderung

In diesem Kapitel werden die zentralen Ergebnisse und Wirkungszusammenhänge der Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur herausgearbeitet. Die Darstellung der Ergebnisse orientiert sich dabei an der Struktur des theoriebasierten Wirkungsmodells, um auf dieser Grundlage aufzuzeigen, zu welchen Ergebnissen und Struktureffekten die Förderung einen Beitrag leistet und welche weiteren Einflussfaktoren dabei von besonderer Relevanz sind. Dabei soll auch geprüft werden, welche Mechanismen und Wirkungszusammenhänge für die Förderung von besonderer Relevanz sind.

5.1 Erreichte Zielgruppen und Themen der Beratung bzw. Zusammenarbeit

Die Vertreter/-innen der Regionalzentren beschreiben sich selbst als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft, was sich auch in der Struktur der beratenen Zielgruppen widerspiegelt. In den Jahren 2015 bis 2017 erhielten die Regionalzentren insgesamt 1.247 Beratungsanfragen aus dem Bereich zivilgesellschaftliche Strukturen und Einrichtungen, 740 Anfragen von Akteuren/-innen aus staatlichen Strukturen und Einrichtungen und 114 Anfragen von Einzelpersonen (Berichterstattung der Regionalzentren).

Zentrale Zugänge stellen dabei das Landesberatungsnetzwerk sowie regionale Gremien und Netzwerke dar, wie z. B. Präventionsräte, Partnerschaften für Demokratie oder Runde Tische für Integration. Zudem machen sich in der Arbeit der Regionalzentren trägerspezifische Zugänge zu Kirchen (Nordkirche und CJD) oder Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren/-innen (RAA) bemerkbar. Darüber hinaus beeinflusst die räumliche Lage der Regionalzentren Zugänge zu weiteren überregionalen Kooperationspartnern/-innen, wie z. B. Hochschulen oder Akteuren/-innen aus der Landespolitik.

Nach Auskunft der Regionalzentren sind in den vergangenen Jahren teilweise neue Zugänge zu lokalen und regionalen Akteuren/-innen entstanden. So habe die hohe Flüchtlingszuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 dazu geführt, dass durch die Ersthilfe der Regionalzentren insbesondere im ländlichen Raum auf kommunaler Ebene und in den Landkreisen vermehrt Anfragen von Seiten der Verwaltungen entstanden seien. Diese Zugänge seien auch über die Ersthilfe hinaus geblieben. Darüber habe es in den vergangenen Jahren in mehreren Regionen einen verstärkten Beratungsbedarf zum Thema Reichsbürger/-innen gegeben, was weitere Zugänge in Verwaltungen und Institutionen, wie z. B. die Jobcenter oder die Polizei, geöffnet habe. Weitere neue Formen der Zusammenarbeit und Beratung hätten sich zudem durch Beratungsanfragen zum Thema Islamismusprävention ergeben. Für dieses Thema wurde vom Land inzwischen zwar eine

gesonderte Fachstelle zur Prävention von religiös begründetem Extremismus¹³ eingerichtet, die Regionalzentren hätten aber in der Übergangszeit die Beratungsbedarfe zu diesem Themenfeld aufgegriffen und würden nun im Rahmen ihrer Tätigkeit auf die Angebote der Beratungsstelle verweisen (Interviews mit den Regionalzentren, der Landeskoordinierungsstelle und weiteren Vertreter/-innen des Landesberatungsnetzwerkes).

Die Vielfalt der Zielgruppen spiegelt sich auch in der Liste der Organisationen und Initiativen wider, die uns von den Regionalzentren als Zielgruppen benannt oder als potenzielle Zielgruppe recherchiert und dementsprechend in die Befragung einbezogen wurden. Tabelle 5.1 enthält eine Übersicht über die hauptberufliche oder ehrenamtliche Anbindung an Organisationen und Initiativen der Akteure/-innen, die sich an der Befragung beteiligt haben.

Tabelle 5.1 Befragte Akteure/-innen nach ihrer Tätigkeit (n=179, 20 Fragebögen ohne Angabe)

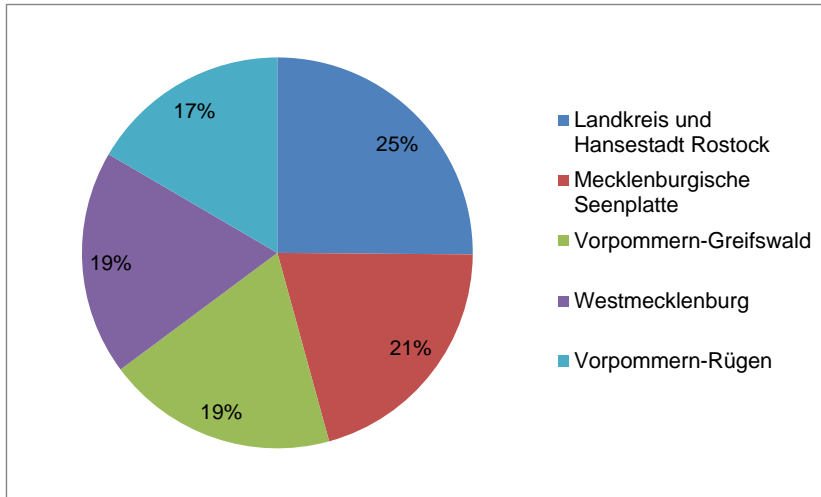
Organisation/Initiative	Hauptberufliche Tätigkeit		Ehrenamtliche Tätigkeit (Mehrfachantworten möglich)	
	Anzahl der befragten Akteure	Anteil an allen Befragten, zu denen eine Angabe vorliegt	Anzahl der befragten Akteure	Anteil an allen Befragten, zu denen eine Angabe vorliegt
(kreisfreie) Städte und Gemeinden	34	19%	31	17%
Landkreis	23	13%	20	11%
Bildungs- oder Projektträger	20	11%	11	6%
Sonstiger Verein/Initiative	17	9%	74	41%
Bildungseinrichtung (Schule, Kita)	16	9%	25	15%
Kirche oder Religionsgemeinschaft	11	6%	28	16%
Polizei	8	4%	-	-
Hochschule/Universität	5	3%	1	1%
Stadtteilzentrum	4	2%	5	3%
Jugendring	3	2%	5	3%
Landesverwaltung	3	2%	-	-
Partei	2	1%	28	16%
Gewerkschaft	1	1%	8	4%
Sportverein	-	-	20	11%
Bürgerinitiative	-	-	14	8%
Umwelt- oder Naturschutzverband	-	-	7	4%
Anderes	21	12%	3	2%
Nicht berufstätig/nicht ehrenamtlich tätig	11	6%	28	16%
Gesamt	179	100%	179	100%

Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

¹³ <https://www.bidaya-mv.de/>

Die befragten Akteure/-innen verteilen sich fast gleichmäßig auf die fünf Regionen der Regionalzentren, wobei der Landkreis und die Hansestadt Rostock etwas stärker vertreten sind und Akteure/-innen aus dem Landkreis Vorpommern-Rügen den geringsten Anteil unter den Befragten ausmachen (Abbildung 5.1).

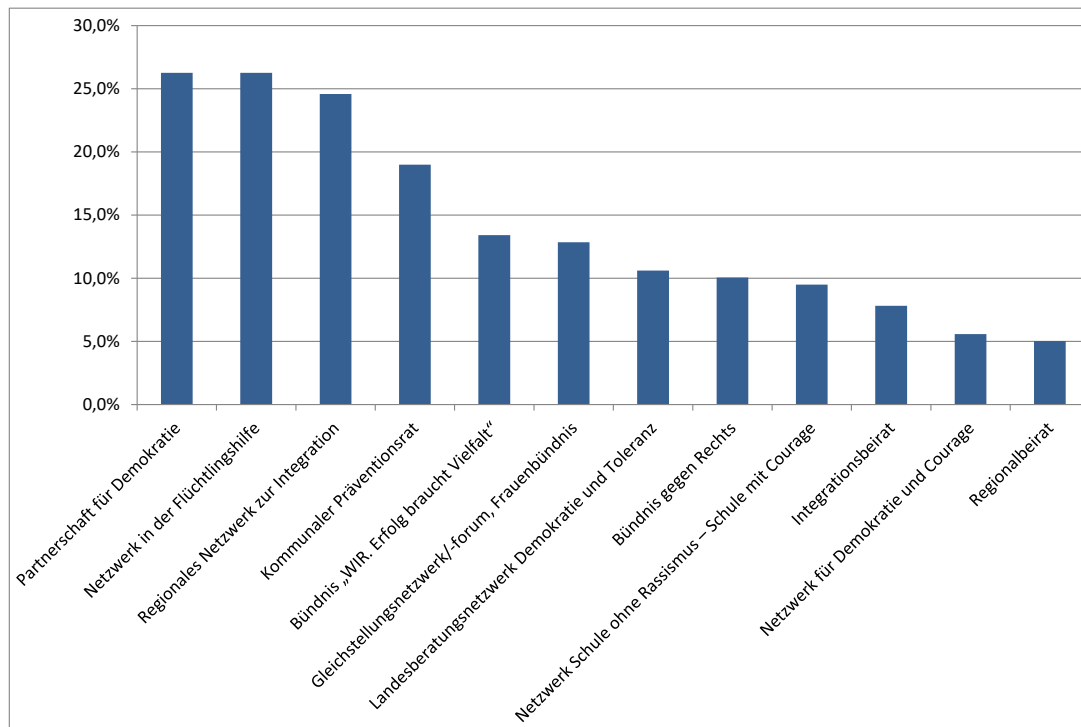
Abbildung 5.1 Befragte Akteure/-innen nach Region (n=199)



Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

Die regionalen und landesweit agierenden Akteure/-innen wurden auch danach gefragt, in welchen Gremien oder Netzwerken sie mitwirken. Von über einem Viertel der Befragten wurde eine Partnerschaft für Demokratie oder ein Runder Tisch bzw. Netzwerk in der Flüchtlingshilfe genannt. Weitere Netzwerke, in denen Teile der befragten Zielgruppen der Regionalzentren vertreten sind, stellten insbesondere Regionale Netzwerke zur Integration (24,6 Prozent der Akteure) und Kommunale Präventionsräte (19,0 Prozent der befragten Akteure) dar. Im landesweiten Beratungsnetzwerk wirkten 10,6 Prozent der befragten Akteure/-innen zum Zeitpunkt der Befragung mit (siehe Abbildung 5.2).

Abbildung 5.2 Gremien und Netzwerke, in denen die befragten Akteure/-innen beruflich oder ehrenamtlich mitwirken (n=179, 20 Fragebögen ohne Angabe)

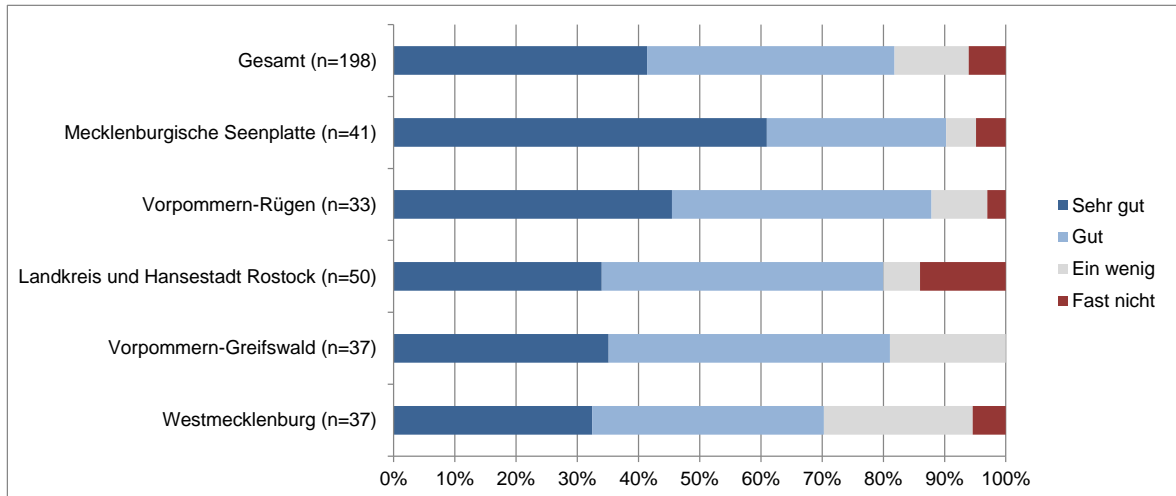


Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

Insgesamt gaben 81,8 Prozent der befragten Akteure/-innen an, die Regionalzentren für demokratische Kultur gut oder sehr gut zu kennen.¹⁴ Am stärksten bekannt waren die Regionalzentren den Akteuren/-innen aus den Regionen Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern-Rügen. In der Region Landkreis und Hansestadt Rostock gaben 14,0 Prozent der befragten Akteure/-innen an, die Regionalzentren fast nicht zu kennen (siehe Abbildung 5.3). Dies könnte u. a. darauf zurückzuführen sein, dass das für diese Region zuständige Regionalzentrum nach eigenen Angaben mit seinen Angeboten in der Hansestadt Rostock weniger stark als im Landkreis verankert ist, da dort die Zivilgesellschaft sehr breit aufgestellt sei. Ausnahmen würden der Präventionsrat und Teilbereiche der Kommunalverwaltung darstellen, mit denen eine enge Zusammenarbeit bestünde.

¹⁴ In Bezug auf den hohen Wert ist zu berücksichtigen, dass etwa 71,8 Prozent der in die Befragung einbezogenen Akteure/-innen von den Regionalzentren als Zielgruppe oder Kooperationspartner/-innen benannt wurden, und davon auszugehen ist, dass sich auch eher Akteure/-innen an der Befragung beteiligten, die schon einmal Kontakt zu einem Regionalzentrum hatten.

Abbildung 5.3 Bekanntheit der Regionalzentren für demokratische Kultur



Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

Die Mehrheit der befragten Akteure/-innen wurde über Gremien- und Netzwerkarbeit, die persönliche Ansprache von Mitarbeitenden und/oder durch eine Veranstaltung auf die Regionalzentren für demokratische Kultur aufmerksam (siehe Abbildung 5.4). Fast 30 Prozent der Akteure/-innen gaben an, durch eine Empfehlung von Kollegen/-innen oder Kooperationspartnern/-innen auf die Regionalzentren aufmerksam gemacht worden zu sein.

Abbildung 5.4 Wie sind Sie auf die Regionalzentren für demokratische Kultur aufmerksam geworden? (Mehrfachantworten möglich)

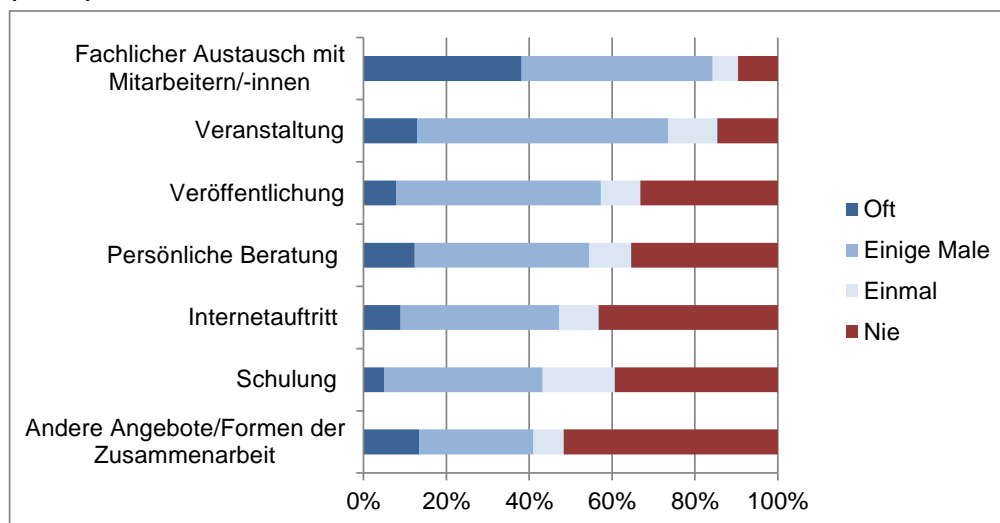
Auf die Regionalzentren aufmerksam geworden durch...	Landkreis und Hansestadt Rostock (n=39)	Mecklenburgische Seenplatte (n=35)	Vorpommern-Greifswald (n=30)	Vorpommern-Rügen (n=29)	Westmecklenburg (n=33)	Gesamt (n=198)
Gremien-/Netzwerkarbeit	50,0%	65,9%	51,4%	66,7%	59,5%	58,1%
persönliche Ansprache von einem/r Mitarbeiter/in der Regionalzentren	44,0%	73,2%	45,9%	63,6%	51,4%	55,1%
eine Veranstaltung	42,0%	46,3%	40,5%	33,3%	59,5%	44,4%
Flyer/Veröffentlichungen der Regionalzentren	26,0%	48,8%	29,7%	21,2%	29,7%	31,3%
eine Empfehlung von einem/r Kollegen/in oder Kooperationspartner/in	32,0%	31,7%	29,7%	30,3%	21,6%	29,3%
Recherchen im Internet	14,0%	12,2%	10,8%	6,1%	27,0%	14,1%
einen Zeitungsartikel	4,0%	14,6%	13,5%	3,0%	16,2%	10,1%

Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

Knapp 90 Prozent der befragten Akteure/-innen haben in der Vergangenheit schon einmal Angebote der Regionalzentren genutzt und/oder mit einem der Regionalzentren zusammengearbeitet. Als Gründe, warum die Angebote der Regionalzentren nicht genutzt wurden, wurden von den restlichen 10 Prozent am häufigsten die fehlende Bekanntheit der Regionalzentren, mangelnde Zeit oder kein Bedarf genannt. Über die Hälfte dieser Akteure/-innen gab an, in Zukunft die Angebote nutzen oder mit den Regionalzentren zusammenarbeiten zu wollen.

Am häufigsten nutzten die befragten Akteure/-innen den fachlichen Austausch mit Mitarbeiter/-innen. Diese Form der Zusammenarbeit wurde von 84,3 Prozent der 178 Akteure/-innen, die Erfahrungen in der Nutzung von Angeboten oder Zusammenarbeit mit den Regionalzentren aufweisen, oft oder einige Male in Anspruch genommen. Ebenfalls häufig genutzt wurden Veröffentlichungen und persönliche Beratung (siehe Abbildung 5.5).

Abbildung 5.5 Häufigkeit der Nutzung von Angeboten und Zusammenarbeit mit den Regionalzentren von Akteuren/-innen, die Angebote genutzt oder mit Regionalzentren zusammengearbeitet haben (n=178)



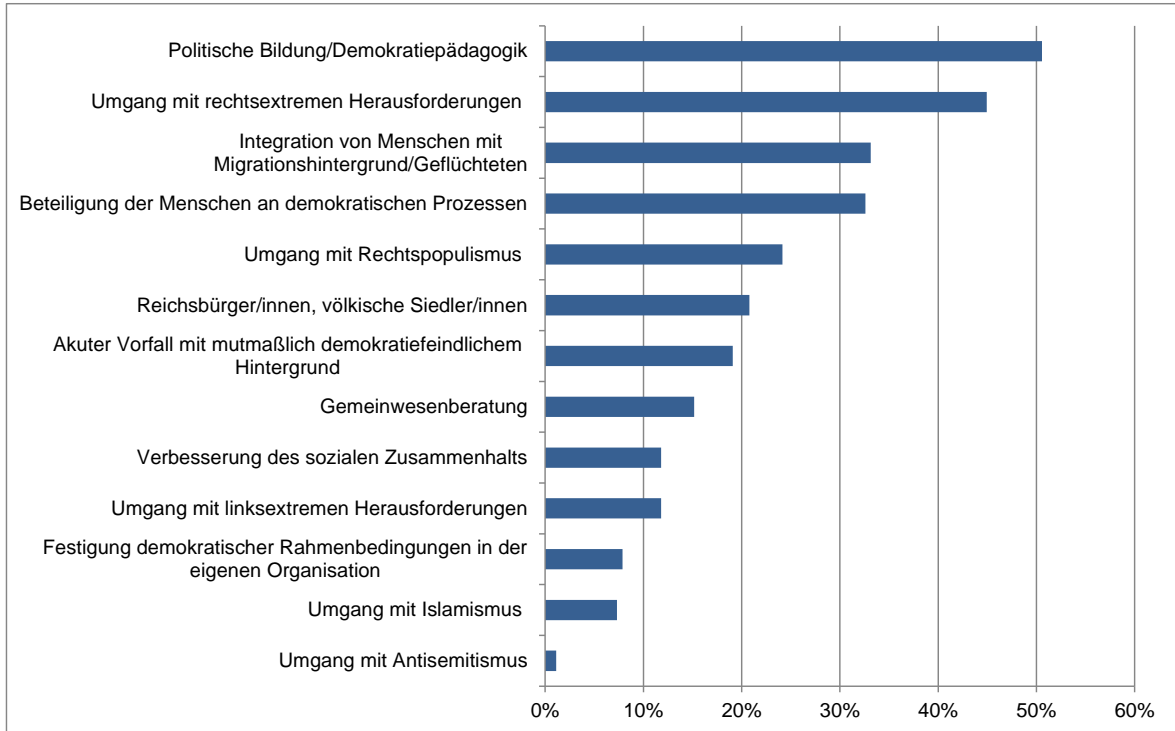
Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

Als Hauptgründe für die Inanspruchnahme der Regionalzentren wurden in einer offenen Frage am häufigsten Antworten genannt, die sich den Kategorien Informationsbedarf zu bestimmten Themen (40 Nennungen), fachliche Kompetenz der Mitarbeiter/-innen (29 Nennungen) und Zusammenarbeit im Zuge der Durchführung von Projekten oder der Vorbereitung von Veranstaltungen (29 Nennungen) zuordnen lassen.

Häufigste Themen der Beratung waren politische Bildung/Demokratiepädagogik, Umgang mit rechtsextremen Herausforderungen, Integration von Menschen mit Migrationshinter-

grund/Geflüchteten und Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen (siehe Abbildung 5.6).

Abbildung 5.6 Nennung der drei häufigsten Themen der Beratung oder Zusammenarbeit von Akteuren/-innen, die Angebote genutzt oder mit Regionalzentren zusammengearbeitet haben (n=178)



Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

5.2 Erkenntnisse zu Ergebnissen der Zusammenarbeit und Beratung auf Grundlage der durchgeführten Erhebungen

Im folgenden Teil werden die zentralen Ergebnisse der Zusammenarbeit und Beratung der Regionalzentren aus Sicht der befragten Akteure/-innen dargestellt. Dabei werden zunächst zentrale Ergebnisse der standardisierten Befragung vorgestellt. Anhand der Ergebnisse der standardisierten Befragung wird auf Grundlage einer breiteren Befragungstichprobe in Bezug auf das Wirkungsmodell kenntlich gemacht, in welchen Bereichen die befragten Akteure/-innen Ergebnisse der Beratung bzw. Zusammenarbeit mit den Regionalzentren sehen und wie sie die einzelnen Angebote der Regionalzentren bewerten.

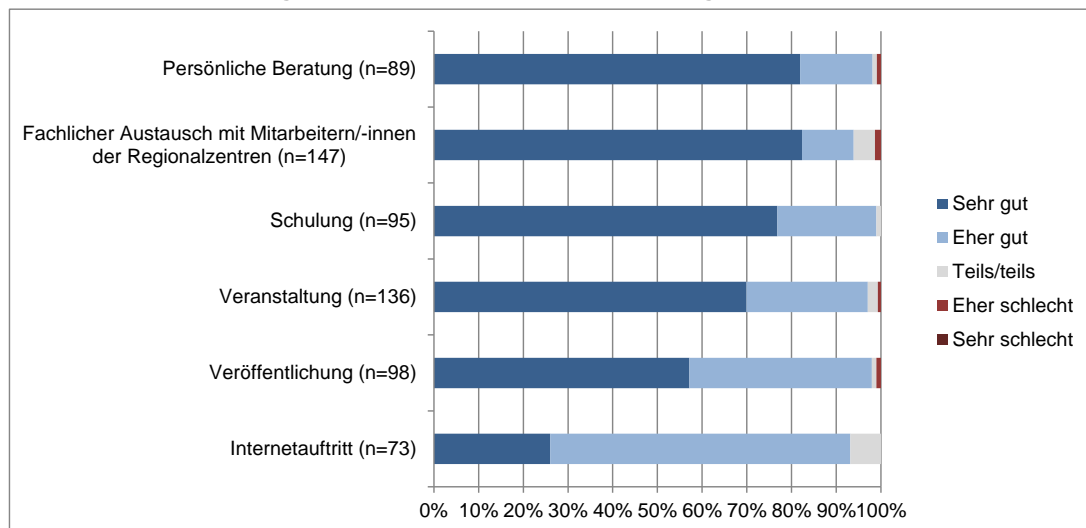
Anschließend werden die Ergebnisse der qualitativen Befragung dargestellt. Diese dienen vor allem dazu, um den Ergebnissen in den einzelnen Wirkungsbereichen vertiefend

nachzugehen und anhand der vertiefenden Ergebnisse zentrale Wirkungszusammenhänge und -mechanismen herauszuarbeiten.¹⁵

5.2.1 Ergebnisse der standardisierten Befragung

Die Angebote der Regionalzentren wurden im Rahmen der standardisierten Befragung von den befragten Akteuren/-innen in allen Regionen überwiegend positiv bewertet. Keines der genannten Angebote wurde als sehr schlecht bewertet und auch die Bewertung eher schlecht wurde in Bezug auf die einzelnen Angebote gar nicht oder nur vereinzelt angegeben. Besonders positiv fielen die Bewertungen für die persönliche Beratung und den fachlichen Austausch mit den Mitarbeitenden aus, die von jeweils 82 Prozent der Akteure/-innen, die dieses Angebot nutzten, als sehr gut bewertet wurden (siehe Abbildung 5.7). Der Internetauftritt wurde im Vergleich zu den anderen Angeboten am wenigsten gut bewertet.

Abbildung 5.7 Bewertung der Angebote und der Zusammenarbeit mit den Regionalzentren von Akteuren/-innen, die diese Angebote/Formen der Zusammenarbeit genutzt haben



Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

¹⁵ Insgesamt ist in Bezug auf die Befragungsergebnisse zu berücksichtigen, dass es sich bei den Angeboten der Regionalzentren um ein kostenloses Beratungsangebot handelt und daher anzunehmen ist, dass ein Großteil der befragten Zielgruppen einem solchen Angebot erst einmal aufgeschlossen begegnet, weshalb mit einer tendenziell eher wohlwollenden Bewertung der Angebote zu rechnen ist. Da die Angebote der Regionalzentren bereits seit 2007 bestehen, ist aber davon auszugehen, dass sich in den Befragungsergebnissen sowohl positive als auch negative konkrete Erfahrungen mit den Angeboten und der Zusammenarbeit mit den Regionalzentren widerspiegeln. Zudem wurden insbesondere die qualitativen Interviews dazu genutzt, um in den Befragungen konkreten Ergebnissen der jeweiligen Beratung oder Zusammenarbeit nachzugehen und Einschätzungen zur Förderung aus unterschiedlichen Perspektiven zu erlangen.

Gefragt nach den wichtigsten Ergebnissen der Beratung bzw. Zusammenarbeit wurde von der Mehrheit der Akteure/-innen (58 Prozent) das Ergebnis verbesserte Kenntnisse zu Methoden/Strategien zur Stärkung von Demokratie und Toleranz genannt. Weitere zentrale Ergebnisse, die von ungefähr der Hälfte der Akteure/-innen angegeben wurden, waren die Weitervermittlung an eine andere Einrichtung oder ein anderes Angebot, die Vernetzung mit anderen Institutionen oder Organisationen, die gemeinsame Durchführung einer Veranstaltung und Impulse für neue oder erweiterte Handlungsstrategien (siehe Tabelle 5.2). Neue Erkenntnisse zu Bedarfen in einer oder mehreren Region/en und eine bessere Datenlage und Problemanalyse stellten dagegen nur bei ungefähr einem Viertel der Befragten eines der wichtigsten Ergebnisse der Beratung bzw. Zusammenarbeit dar.

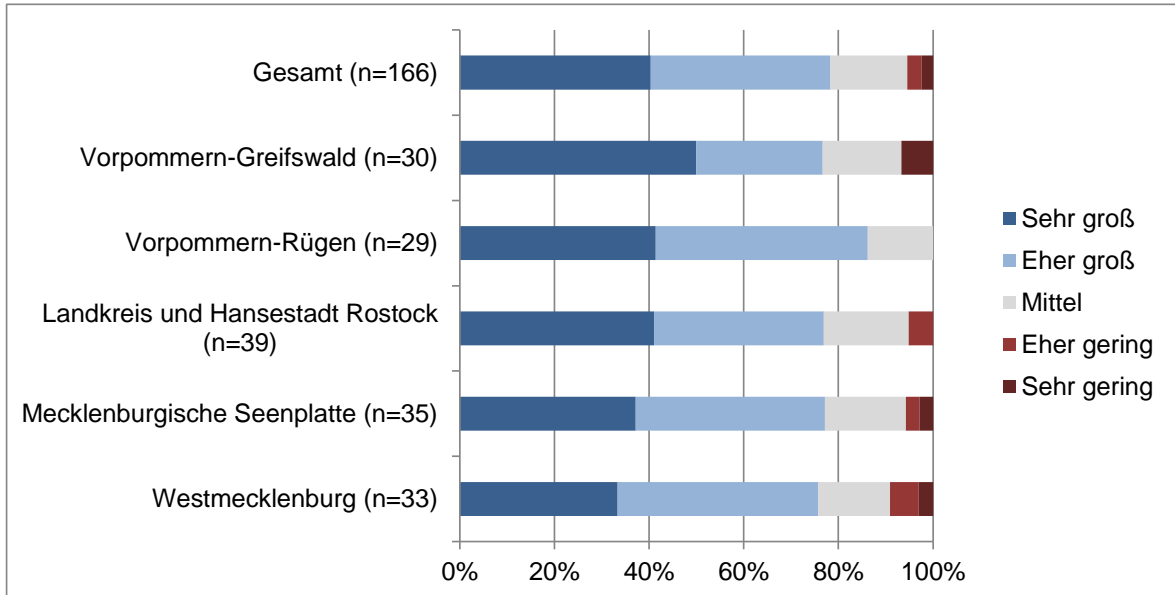
Tabelle 5.2 Wichtigste Ergebnisse der Beratung bzw. Zusammenarbeit aus Sicht der 178 Akteure/-innen, die Angebote/Formen der Zusammenarbeit genutzt haben (n=167, elf Fragebögen ohne Angabe)

Wichtigste Ergebnisse der Beratung bzw. der Zusammenarbeit	Nennungen mit ja	
	Anzahl	Anteil
Verbesserte Kenntnisse zu Methoden/Strategien zur Stärkung von Demokratie und Toleranz	97	58,1%
Weitervermittlung an andere Einrichtungen/Angebote	85	50,9%
Vernetzung mit anderen Institutionen/Organisationen	85	50,9%
Gemeinsame Durchführung einer Veranstaltung	85	50,9%
Impulse für neue/erweiterte Handlungsstrategien	83	49,7%
Hilfestellung bei der Bewältigung einer akuten Herausforderung	70	41,9%
Stärkung/Befähigung der eigenen Organisation/Initiative	66	39,5%
Planung und Umsetzung von demokratiefördernden Maßnahmen	63	37,7%
Weiterentwicklung von Angeboten oder Projekten	46	27,5%
Unterstützung bei der Entwicklung von neuen Strategien oder Konzepten	46	27,5%
Eine bessere Datenlage und Problemanalyse	42	25,1%
Neue Erkenntnisse zu Bedarfen in einer oder mehreren Region/en	41	24,6%
Quelle: Online-Befragung 2018, IfS		

115 Akteure/-innen gaben an, dass sie die Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur schon einmal weiterempfohlen haben.

Den generellen Nutzen der Angebote und Aktivitäten der Regionalzentren für die eigene Arbeit bewerteten insgesamt 78,4 Prozent der befragten Akteure/-innen als sehr groß oder eher groß. In Bezug auf die einzelnen Regionen zeigt sich, dass der generelle Nutzen in allen Regionen mehrheitlich positiv bewertet wurde, wobei in Vorpommern-Greifswald der Anteil derjenigen, die in den Angeboten und Aktivitäten der Regionalzentren einen sehr großen Nutzen für die eigene Arbeit sehen, mit 50 Prozent am höchsten ausfällt (siehe Abbildung 5.8).

Abbildung 5.8 Bewertung des generellen Nutzens der Angebote und Aktivitäten der Regionalzentren für die eigene Arbeit aus Sicht der 178 Akteure/-innen, die Angebote/Formen der Zusammenarbeit genutzt haben (n=166, zwölf Fragebögen ohne Angabe)



Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

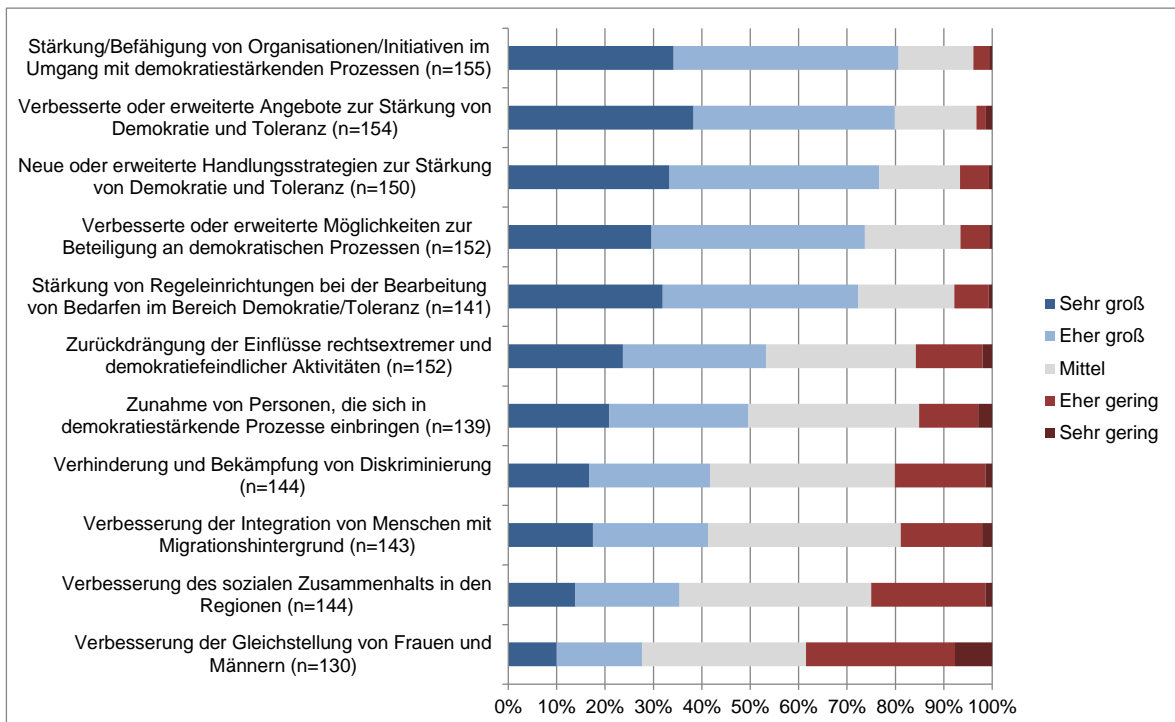
Darüber hinaus wurden die Akteure/-innen danach gefragt, wie sie den generellen Beitrag der Angebote und Aktivitäten der Regionalzentren in der jeweiligen Region in verschiedenen Bereichen bewerten. Wie in der Abbildung 5.9 zu erkennen ist, wurde der Beitrag der Regionalzentren insbesondere in den Bereichen, die an den Strukturen des Landes zur Stärkung von Demokratie und Toleranz ansetzen, als überwiegend sehr groß oder eher groß bewertet. So wurden von über 70 Prozent der Befragten sehr große oder eher große Beiträge der Förderaktivitäten in den Bereichen Stärkung von Organisationen und Initiativen im Umgang mit demokratieverstärkenden Prozessen, Verbesserung oder Erweiterung der Angebote und Handlungsstrategien zur Stärkung von Demokratie und Toleranz, Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten an demokratischen Prozessen sowie Stärkung von Regeleinrichtungen bei der Bearbeitung von Bedarfen im Bereich Demokratie/Toleranz gesehen.

In den Bereichen Zurückdrängung der Einflüsse rechtsextremer und demokratiefeindlicher Aktivitäten und Zunahme von Personen, die sich in demokratieverstärkende Prozesse einbringen, nehmen etwa die Hälfte der befragten Akteure/-innen einen sehr großen oder eher großen Beitrag der Angebote und Aktivitäten der Regionalzentren wahr. In den anderen abgefragten Bereichen werden nur zu geringeren Anteilen sehr große oder eher große Beiträge erwartet.

In Bezug auf die Querschnittsziele Chancengleichheit/Nichtdiskriminierung und Gleichstellung von Frauen und Männern kann festgehalten werden, dass etwas über 40 Prozent der

befragten Akteure/-innen sehr große oder eher große Beiträge der Förderung zur Verhinderung und Bekämpfung von Diskriminierung sowie zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wahrnehmen. Den Beitrag der Angebote und Aktivitäten der Regionalzentren zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern bewerten ungefähr 28 Prozent als sehr groß oder eher groß.

Abbildung 5.9 Bewertung des generellen Beitrags der Angebote und Aktivitäten der Regionalzentren für demokratische Kultur in der Region in verschiedenen Bereichen aus Sicht der 178 Akteure/-innen, die Angebote/Formen der Zusammenarbeit genutzt haben (n=178 abzüglich fehlende Angaben)



Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

Gefragt nach Einflussfaktoren, die die Arbeit der Regionalzentren in den Regionen positiv oder negativ beeinflussen, wurden in der standardisierten Befragung von den Akteuren/-innen als positive Einflussfaktoren insbesondere Antworten genannt, die sich den Kategorien fachliche Kompetenz der Mitarbeiter/-innen (26 Prozent), Netzwerkarbeit (20 Prozent) und Erreichbarkeit/regionale Verankerung (8 Prozent) zuordnen lassen. Als negative Einflussfaktoren wurden insbesondere Merkmale genannt, die den Kategorien eine zu geringe Personalausstattung (13 Prozent), Größe der Region und mangelnde Erreichbarkeit (12 Prozent) und mangelnde Bekanntheit (6 Prozent) zugeordnet werden können.

Anhand der Ergebnisse der standardisierten Befragung können im Hinblick auf das in Kapitel 2.2 vorgestellte Wirkungsmodell verschiedene Erkenntnisse zu Inhalten und Ergebnissen der Förderung sowie Einflussfaktoren herausgearbeitet werden, die in der folgenden Tabelle zusammengefasst werden.

Tabelle 5.3 Erkenntnisse aus der standardisierten Erhebung zu Ergebnissen der Aktivitäten der Regionalzentren und Einflussfaktoren

Aktivität	Output	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse
Professionelle Beratung Demokratiepädagogik/politische Bildung Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort Organisator und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk Expertiseteam	Beratene regionale Multiplikatoren/-innen Beratene Einzelpersonen und Organisationen in Regionen Unterstützte regionale Akteure Unterstützte Beratungsnetzwerke Beratene landesweit wirkende Akteure/-innen Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren/-innen	Gestärkte Handlungskompetenzen und Schlüsselqualifikationen (<i>Verbesserte Kenntnisse zu Methoden/Strategien zur Stärkung von Demokratie und Toleranz</i>), (<i>Stärkung/Befähigung der eigenen Organisation/Initiative</i>) <i>Weitervermittlung an andere Einrichtungen/Angebote</i> <i>Vernetzung mit anderen Institutionen/Organisationen</i> <i>Gemeinsame Durchführung einer Veranstaltung</i> Impulse für neue/erweiterte Handlungsstrategien Bewältigung einer akuten Herausforderung Planung und Umsetzung von demokratiefördernden Maßnahmen	<i>Stärkung/Befähigung von Organisationen/Initiativen im Umgang mit demokratie-stärkenden Prozessen</i> Verbesserte oder erweiterte Angebote zur Stärkung von Demokratie und Toleranz <i>Neue oder erweiterte Handlungsstrategien zur Stärkung von Demokratie und Toleranz</i> Verbesserte Angebote zur Beteiligung an demokratischen Prozessen Bedarfe werden von Regeleinrichtungen bearbeitet (<i>Stärkung von Regeleinrichtungen bei der Bearbeitung von Bedarfen im Bereich Demokratie/Toleranz</i>) Zurückdrängung der Einflüsse rechtsextremer und demokratiefeindlicher Aktivitäten Zunahme von Personen, die sich in demokratie-stärkende Prozesse einbringen
Einflussfaktoren: fachliche Kompetenz der Mitarbeiter/-innen (+) Netzwerkarbeit (+) Erreichbarkeit/regionale Verankerung (+) zu geringe Personalausstattung (-) Größe der Region und mangelnde Erreichbarkeit (-) mangelnde Bekanntheit (-)			
Erläuterung: <i>In der Tabelle sind die Komponenten aufgeführt, die in Bezug auf das in Kapitel 2.2 skizzierte Wirkungsmodell bestätigt werden können. Die Komponenten, die sich aus der Empirie ergeben und nicht explizit im Wirkungsmodell aufgeführt sind, sind in kursiver Schrift hervorgehoben.</i> <i>In die Tabelle einbezogen wurden die unmittelbaren Ergebnisse, die von mindestens 30 Prozent der befragten Akteure/-innen als wichtigste Ergebnisse der Beratung oder Zusammenarbeit genannt wurden und die mittelbaren Ergebnisse, bei denen die Mehrheit der befragten Akteure/-innen die Beiträge der Förderung der Regionalzentren als sehr groß oder eher groß bewertet hat.</i>			

5.2.2 Ergebnisse der qualitativen Interviews

Im folgenden Teil werden die Ergebnisse dargestellt, die sich aus den Auswertungen der qualitativen Interviews ergeben. Die Interviews dienten vor allem dazu, einzelne Aspekte der Beratungstätigkeit näher zu beleuchten und hierdurch den Ergebnissen der Beratung und Wirkungszusammenhängen näher auf den Grund zu gehen. Die Ergebnisse werden daher strukturiert nach den vier Arbeitsschwerpunkten¹⁶ der Regionalzentren dargestellt, um jeweils bezogen auf die einzelnen Aktivitäten zu analysieren, mit welchen Mechanismen die Förderung hier ansetzt und welche Effekte sich daraus ergeben.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die einzelnen Aktivitäten der Regionalzentren in der Praxis nicht immer eindeutig einem Arbeitsschwerpunkt zuordnen lassen, sondern es häufig enge Berührungspunkte oder Überschneidungen mit anderen Arbeitsschwerpunkten gibt. Dennoch wird der Versuch unternommen, zentrale Ergebnisse in den einzelnen Schwerpunkten sowie die zugrunde liegenden Wirkungsmechanismen herauszuarbeiten.

Professionelle Beratung

Die Beratungsaktivitäten der Regionalzentren beinhalten eine große Vielfalt an unterschiedlichen Ansätzen. Unterschiede zeigen sich insbesondere in Bezug auf die Zielgruppe (Einzelperson, Initiative, Organisation), das Thema der Beratung (wie z. B. akute Bedrohungssituation, Umgang mit neuen Phänomenen, präventive Maßnahmen) und die Dauer des Beratungsprozesses. Aus den Interviews mit den Leitungen und Mitarbeitenden der Regionalzentren und Beratungsnehmenden geht hervor, dass oftmals ein akuter Krisenfall oder ein spezifischer Informationsbedarf der Anlass für eine Beratung ist, daraus entwickeln sich dann häufig weitergehende Beratungsprozesse oder langfristige Kooperationsbeziehungen, in denen abhängig vom jeweiligen Bedarf regelmäßig oder hin und wieder weitere Beratungen nachgefragt werden. Von den befragten Beratungsnehmenden wurde die durch die Regionalzentren erfolgte Beratung sehr positiv oder positiv bewertet. In Bezug auf den Beratungsprozess wurde dabei u. a. hervorgehoben, dass dieser individuell und auf die Situation angepasst zugeschnitten gewesen sei. Zudem hätten sich die Regionalzentren durch eine hohe Fachkompetenz ausgezeichnet und die Informationen seien sehr aktuell gewesen.

¹⁶ Bei den Arbeitsschwerpunkten handelt es sich um die Bereiche 1) Professionelle Beratung, 2) Demokratieentwicklung mit den Teilbereichen Demokratiepädagogik und Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort, 3) Organisator und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk und 4) Expertiseteam.

In den Fällen, in denen die Beratung aufgrund eines akuten Krisenfalls erfolgte, der oftmals mit Bedrohungen durch rechtsextreme Akteure/-innen einherging, wurden von den Beratungsnehmenden folgende Ergebnisse der Beratung genannt:

- Ein zentrales Ergebnis, das von allen Beratungsnehmenden in diesem Zusammenhang berichtet wurde, stellt die Stärkung ihres Sicherheitsgefühls dar. Die Beratungsnehmenden berichteten, dass ihnen im Zuge der Beratung vermittelt wurde, dass sie mit der Situation nicht allein sind, was ihnen mehr Sicherheit gegeben habe. Zudem hätten sie Informationen darüber erhalten, wie demokratiefeindliche Akteure/-innen agieren und dass die Erzeugung von Angst deren Zweck sei. Hierdurch hätten sie eine andere Sichtweise auf die Dinge bekommen.
- Das Sicherheitsgefühl ist den Beratungsnehmenden zufolge auch dadurch gestärkt worden, dass ihnen durch die Regionalzentren ein Rüstzeug vermittelt wurde, wie sie in akuten angstmachenden Situationen reagieren und generell mit der Situation umgehen können. Dies habe wiederum dazu geführt, dass ihre Handlungskompetenz gestärkt wurde und sie die akute Herausforderung bewältigen konnten.

„Da gab es Gespräche, die haben mir echt gut getan, weil diese Versachlichung, die sie am Leibe haben, überhaupt die Ruhe, die alle drei ausgestrahlt haben, die hier waren,[...], das hat insgesamt der Gruppe, aber auch mir persönlich sehr gut getan. a) zu wissen, das Problem ist da, wir sind nicht allein und b) es gibt Hilfen, man kann so und so reagieren“ (Interview mit einer Beratungsnehmenden im Landkreis Rostock).

- Zudem wurde davon berichtet, dass die Beratung zu einer stärkeren Sensibilisierung der beratenen Akteure/-innen geführt hat, so dass frühzeitiger Anzeichen für demokratiegefährdende Entwicklungen erkannt werden konnten und die Aufmerksamkeit für das Thema zunahm. Von Seiten der Regionalzentren wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sie die Beratungen in Krisenfällen auch nutzen, um neben der konkreten Beratung Möglichkeiten der Demokratiestärkung und Prävention aufzuzeigen.
- In einigen Fällen wurde zudem berichtet, dass die Beratung durch ein Regionalzentrum dabei geholfen hat, eine bessere Struktur für eine neu entstandene Initiative zu entwickeln, indem einige Sitzungen von Mitarbeitenden der Regionalzentren begleitet wurden und es Hilfestellungen bei der Aufstellung der Gruppe und der Moderation der Sitzungen gab.

- Ein weiteres Ergebnis, von dem mehrfach berichtet wurde, stellt die Erweiterung des Netzwerkes dar, indem die Beratungsnehmenden durch die Regionalzentren neue Anlaufstellen und Kooperationspartner/-innen kennenlernten und dabei unterstützt wurden, ein gutes Netzwerk aufzubauen.

„Die Beratung hat mich gestärkt, manchmal denke ich, ich bin Einzelkämpfer, aber dann sieht man, es gibt noch andere Initiativen“ (Interview mit einem Beratungsnehmenden im Landkreis Vorpommern-Greifswald).

- In Bezug auf die Frage, inwieweit das ESF-Querschnittsziel Gleichstellung von Frauen und Männern im Zuge der Beratungen eine Rolle spielte, wurden von einem Teil der Befragten konkrete Beispiele genannt, die im Zuge der Beratungen eine Rolle spielten, und die von den Befragten mit dem Querschnittsziel in Zusammenhang gebracht wurden. Beispiele für solche Themen waren der Umgang mit muslimischen Geflüchteten, die Thematisierung der Beteiligung von Frauen an Demonstrationen von Rechtsextremen oder die Berücksichtigung einer ausgewogenen Beteiligung von Frauen und Männern an einer neu gebildeten Steuerungsgruppe. Andere wiesen darauf hin, dass das Thema in den Beratungen mit den Regionalzentren keine besondere Rolle gespielt habe, der Beratungsbedarf in diesem Bereich aber durch kommunale Gleichstellungsbeauftragte gedeckt werde.

Neben den Beratungsfällen in akuten Krisensituationen berichteten die befragten Zielgruppen und Kooperationspartner/-innen, dass sie bei Bedarf in Kontakt mit den Regionalzentren traten, wenn sie zu einer spezifischen Situation Beratungsbedarf hatten oder Hintergrundinformationen einholen wollten. Dabei ging es um ganz unterschiedliche Situationen, wie z. B. den Beratungsbedarf zu einem neuen Phänomen, wie z. B. Reichsbürger/-innen, die Vorbereitung einer Veranstaltung in einer Schule, die Ankündigung, dass vor Ort eine Gemeinschaftseinrichtung für Geflüchtete entstehen soll, oder darum, dass ein Grundstück in der Kommune zum Verkauf stand und die Gefahr bestand, dass es über Strohleute in die Hände von demokratiefeindlichen Akteuren/-innen gelangen könnte. Zentrale Ergebnisse dieser Beratungen waren:

- Die Beratungsnehmenden berichteten, dass sie im Rahmen der telefonischen oder persönlichen Beratungen konkrete Hilfestellungen und Methoden von den Regionalzentren erhielten, wie sie sich in einer bestimmten Situation verhalten könnten. Durch die Hilfestellung der Regionalzentren konnten die Beratungsnehmenden die jeweilige Situation besser bewältigen oder präventive Maßnahmen ergreifen.

„Vielleicht könnte man sogar sagen, dass durch diese Beratung auch möglicherweise, dass es auch eine Mitursache dafür ist, dass wir von manchen Dingen hier

auch verschont geblieben sind“ (Interview mit einem Beratungsnehmenden im Landkreis Vorpommern-Rügen).

- Zudem erhielten die Beratungsnehmenden im Zuge ihrer Anfrage Hintergrundwissen oder Informationen zu speziellen Themen, wie z. B. zu den Phänomenen Reichsbürger/-innen und völkische Siedlungen, oder zu den Strukturen im Bereich des Rechtsextremismus in der jeweiligen Region.
- Teilweise wurden im Zuge des Beratungsprozesses auch Kurzschulungen oder Seminare von Mitarbeitenden der Institution oder Organisation, wie z. B. im Bereich der kommunalen Verwaltung, durch die Regionalzentren vorgenommen, bei denen Wissen zu spezifischen Themen, wie z. B. Erkennungszeichen von rechtsextremen Symbolen oder zu Reichsbürgern/-innen, vermittelt wurde.

Als zentraler Einflussfaktor wurde von den befragten Zielgruppen und Kooperationspartnern/-innen neben den Fachkompetenzen insbesondere die personelle Kontinuität unter den Mitarbeitenden der Regionalzentren genannt, die sich in vielen Fällen positiv auf die Vertrauensbildung und hierdurch auf den Beratungsprozess ausgewirkt habe.

„Das ist auch eine Vertrauenssituation, das würde ich Fremden nicht erzählen wollen, die sind für uns Ansprechpartner, das möchte ich nicht missen. Man bespricht dort ja auch Sachen, die sehr persönlich sind, da muss man sensibel mit umgehen“ (Interview mit einer Beratungsnehmenden im Landkreis Rostock).

In der Region Vorpommern-Greifwald, in der es in der Vergangenheit zu mehreren personellen Wechseln kam, wurde von den befragten Akteuren/-innen dagegen für die Zukunft eine höhere personelle Kontinuität gewünscht.

Darüber hinaus wurde deutlich, dass für die Erreichbarkeit von bestimmten Zielgruppen, wie z. B. Vertreter/-innen von Kirchen oder Schulen, auch trägerspezifische Zugänge hilfreich waren. Erschwert wurde der Beratungsprozess einigen befragten Akteuren/-innen zufolge teilweise aufgrund von fehlenden zeitlichen Ressourcen auf Seiten der beratungsnehmenden Institutionen, so dass beispielsweise nur Kurzschulungen von Mitarbeitenden anstelle von mehrtägigen Workshops durchgeführt werden konnten.

In der folgenden Tabelle 5.4 werden die zentralen Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren, die sich aus den qualitativen Befragungen für den Bereich der professionellen Beratung ziehen lassen, noch einmal zusammenfassend dargestellt.

Tabelle 5.4 Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren im Arbeitsschwerpunkt professionelle Beratung

Aktivität	Output	<i>Mechanismen der Regionalzentren, durch die Wirkungen entfaltet werden</i>	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse
Professionelle Beratung	Beratene Einzelpersonen und Organisationen in den Regionen <i>Beratene Initiativen</i>	<i>Auf den jeweiligen Kontext zugeschnittener Beratungsansatz</i> <i>Aufklärung und Vermittlung von Hintergrundwissen/Sensibilisierung</i> <i>Vermittlung von Rüstzeug (Methoden) zur Bewältigung der Situation und zur Verbesserung der eigenen Strukturen</i> <i>Verweis auf weitere Anlaufstellen und mögliche Kooperationspartner</i>	Gestärkte Handlungskompetenzen und Schlüsselqualifikationen <i>Gestärktes Sicherheitsgefühl</i> Bewältigung einer akuten Herausforderung Vertieftes Wissen über demokratische Strukturen und Toleranz <i>Vertieftes Wissen über demokratiefeindliche Phänomene</i> <i>Erhöhung der Aufmerksamkeit für demokratiefeindliche Entwicklungen</i> Aufgreifen von Bedarfen in den Regionen <i>Gestärkte Netzwerke</i>	Zunahme von Personen, die sich im persönlichen oder beruflichen Umfeld in zivilgesellschaftliche und demokratie-stärkende Prozesse einbringen Verbesserte Strukturen und Angebote im Bereich Demokratie und Toleranz Bedarfe werden von Regeleinrichtungen bearbeitet (<i>Stärkung der Regeleinrichtungen im Umgang mit demokratiefeindlichen Phänomenen</i>)
<p><i>Einflussfaktoren:</i></p> <p><i>Fachkompetenzen der Mitarbeitenden der Regionalzentren (+)</i> <i>Kontinuität des Personals in den Regionalzentren (+)</i> <i>Trägerspezifische Zugänge der Regionalzentren (+)</i> <i>Begrenzte zeitliche Ressourcen der beratungsnehmenden Institutionen/Organisationen (-)</i></p>				
<p><i>Erläuterung:</i></p> <p>In der Tabelle sind die Komponenten aufgeführt, die in Bezug auf das in Kapitel 2.2 skizzierte Wirkungsmodell bestätigt werden können. <i>Die Komponenten, die sich aus der Empirie ergeben und nicht explizit im Wirkungsmodell aufgeführt sind, sind in kursiver Schrift hervorgehoben.</i></p>				

Demokratiepädagogik

Die Angebote im Arbeitsschwerpunkt Demokratiepädagogik richten sich insbesondere an Bildungseinrichtungen sowie an pädagogische Fachkräfte und weitere Multiplikatoren/-

innen, die in vorschulischen, schulischen oder außerschulischen Bildungseinrichtungen tätig sind oder Präventionsarbeit an Schulen oder sozialen Einrichtungen leisten. Die Bewertung der Ergebnisse in diesem Arbeitsschwerpunkt fällt in den qualitativen Interviews gemischt aus. So geht aus den qualitativen Befragungen hervor, dass die Regionalzentren eine Vielzahl an Einzelaktivitäten zur Demokratiepädagogik entfaltet haben, die von den befragten Zielgruppen jeweils überwiegend positiv bewertet werden, es aber an einer systematischen Verankerung von demokratiepädagogischen Inhalten in den (Weiter-)Bildungscurricula des Landes mangle. Dies wird u. a. darauf zurückgeführt, dass Schulen vor einer ganzen Reihe von Herausforderungen stünden und es daher schwierig sei, das Thema Demokratie und Toleranz an zentraler Stelle im Bildungssystem zu verankern. So findet beispielweise aktuell eine sehr umfangreiche Fortbildung von Schulleitungen und Lehrkräften zur Einführung der inklusiven Schule statt, die auch mit ESF-Mitteln gefördert wird und nach Einschätzung der befragten Akteure/-innen sehr viele Ressourcen binde. Zwar hänge das Thema Inklusion auch mit Aspekten der Demokratie- und Toleranzförderung zusammen, die Schwerpunkte würden hierbei aber in den Bereichen inklusive Schul- und Unterrichtsentwicklung liegen. Dem Land sei es nicht gelungen, darüber hinausgehende Inhalte zur Demokratieförderung in die Fortbildung mit aufzunehmen und die beiden Themen hierdurch noch stärker zusammenzubringen. Auch unabhängig von den Weiterbildungsmaßnahmen seien die personellen Ressourcen der Schulen auch aufgrund von Krankheitsausfällen und personellen Engpässen begrenzt, so dass es in einigen Fällen Zeit brauche, bis gewünschte Schulungen oder Beratungsprozesse umgesetzt werden können.

In Bezug auf die durchgeführten Aktivitäten der Regionalzentren im Bereich Demokratiepädagogik lassen sich insbesondere zwei Arten von Maßnahmen unterscheiden, die mit unterschiedlichen Ergebnissen einhergehen. Zum einen gibt es Maßnahmen, die sich direkt an Schulen oder andere Bildungseinrichtungen richten und diese im Umgang mit demokratiefeindlichen Vorfällen und/oder bei der Entwicklung von demokratiefördernden Aktivitäten unterstützen. In diesem Bereich ist insbesondere das Regionalzentrum Westmecklenburg aktiv, an das die Landeskoordination für das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ angedockt ist und das die Schulen in Kooperation mit den anderen Regionalzentren durch Beratung vor Ort und Veranstaltungen unterstützt. Zum anderen führen die Regionalzentren Veranstaltungen und Fortbildungen für Multiplikatoren/-innen im Bildungsbereich durch, wie z. B. (angehende) Erzieher/-innen, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte oder auch Präventionsberater/-innen der Polizei. Hier stellen die Hochschulen und das IQ-MV wichtige Kooperationspartner dar.

Den Ergebnissen der qualitativen Interviews ist zu entnehmen, dass die Maßnahmen zur direkten Beratung und Unterstützung von Schulen u. a. zu folgenden Ergebnissen führten:

- Dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sind inzwischen 46 Schulen in Mecklenburg-Vorpommern beigetreten, was von der Landeskoordination positiv bewertet wird. Allerdings stelle das wachsende Netzwerk insbesondere für das Regionalzentrum Westmecklenburg auch eine Herausforderung dar, da die entsprechenden personellen Kapazitäten fehlen würden, um alle Schulen adäquat beraten zu können.
- In mehreren Gesprächen mit Vertreter/-innen von Kommunen oder Landkreisen wurde berichtet, dass die Regionalzentren Schulen in der jeweiligen Region beraten und dabei viel Aufklärungsarbeit leisteten. In einigen Fällen habe über Jahre hinweg eine kontinuierliche Begleitung von lokalen Akteuren/-innen, darunter auch Schulen, stattgefunden. Insbesondere zu Beginn dieser Prozesse sei es dabei vor allem darum gegangen, die Bildungseinrichtungen über die Strukturen der rechtsextremen Szene in der Region und deren Erkennungszeichen zu informieren. Zudem habe es Schulungen zum Umgang mit rhetorisch geschulten Rechtsextremen gegeben. Die Beratungen und Schulungen hätten insgesamt zu einem höheren Sicherheitsgefühl der lokalen Akteure/-innen in Bildungseinrichtungen und zur Bewältigung akuter Herausforderungen beigetragen.
- Den Gesprächen mit Vertreter/-innen von Kommunen oder Landkreisen ist zudem zu entnehmen, dass die Aktivitäten der Regionalzentren auch dazu beitragen, die lokalen Akteure/-innen und Bildungseinrichtungen dabei zu unterstützen, präventive Maßnahmen zur Demokratiestärkung zu entfalten. Mit der Zeit habe diese präventive Arbeit immer mehr an Bedeutung gewonnen. Hierfür brachten sich die Regionalzentren in verschiedenen Zusammenhängen und Netzwerken ein, beispielweise wenn es darum ging, mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ neue Aktivitäten vor Ort zu entfalten, oder indem im Vorfeld von Wahlen Wählerforen an den Schulen organisiert wurden. Zudem stellten die Regionalzentren den lokalen Akteuren/-innen und Multiplikatoren/-innen Instrumente und Methoden, wie z. B. ein Spiel zum Thema Grundgesetz, zur Verfügung, die in den Bildungseinrichtungen zum Einsatz kommen können.

Die Veranstaltungen und Fortbildungen, die sich an Multiplikatoren/-innen richteten, führten den qualitativen Befragungen zufolge insbesondere zu folgenden Ergebnissen:

- Die Leitungen und Mitarbeiter/-innen der Regionalzentren berichteten im Interview, dass ihre Aktivitäten in diesem Bereich darauf abzielen, Kompetenzen für eine politische Meinungsbildung zu vermitteln, ohne dabei die Richtung zu steuern. Hierfür würden sie den pädagogischen Fachkräften und weiteren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren das entsprechende Rüstzeug jenseits ihrer fachgebundenen Ausbildung zur Verfügung stellen.

- Aus den Gesprächen mit den Zielgruppen und Kooperationspartnern geht hervor, dass die Schulungen und Veranstaltungen der Regionalzentren unterschiedliche Formate annehmen, die von einzelnen zweistündigen Veranstaltungen bis hin zu mehrtägigen Workshops reichen. Beispielsweise findet in Neubrandenburg seit einigen Jahren eine enge Kooperation des Regionalzentrums mit dem Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung der Hochschule Neubrandenburg statt. Mitarbeitende der Regionalzentren werden von Lehrenden des Fachbereichs regelmäßig in Seminare zur Demokratiepädagogik oder zu den Themen Rassismus oder Radikalismus eingebunden. Dabei würden die Studierenden Hintergrundwissen und Informationen zu spezifischen Themen sowie einen Einblick in die Arbeit der Regionalzentren erhalten und dabei unterstützt werden, eigene demokratiefördernde Projekte zu entwickeln.

„Das Regionalzentrum bietet uns viele Anknüpfungspunkte an, wir können aus einer breiten Palette auswählen, das ist eine sehr umfassende Kooperation, die uns einerseits schult, z. B. zu dem Thema Reichsbürger oder identitäre Bewegung usw. Das zweite ist, dass wir das Regionalzentrum überhaupt auch mal bekannt machen, so dass die Studierenden das kennen und wir es auch mal vor Ort besuchen, wo es auch eine gut ausgestattete Bibliothek gibt zum Thema Rechtsextremismus und Filme ausgeliehen werden können. Der dritte Punkt ist, eigene Projekte zu initiieren“ (Kooperationspartnerin in der Region Neubrandenburg).

- Ein Beispiel für eine größere Fortbildungsreihe ist eine landesweite Multiplikatorenschulung für Präventionsberater/-innen der Polizei und Vertreter/-innen vom Staatsschutz, die vom Regionalzentrum Rostock in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Rostock durchgeführt wurde. Die Schulung beinhaltete fünf Termine, die sich den Themen Bestandsaufnahme und Zielvorstellung, Wissensvermittlung, Methodenvermittlung sowie Reflexion und Erfahrungen widmeten.
- Die verschiedenen Angebote und Schulungsformate wurden von den befragten Kooperationspartnern und Zielgruppen insgesamt positiv bewertet. Dabei wurden die Fachkompetenz und die Qualität der Regionalzentren positiv hervorgehoben. Die Mitarbeitenden der Regionalzentren seien immer auf dem neuesten Stand gewesen und hätten mit einer breiten Quellenbasis gearbeitet. Zudem würden die Mitarbeitenden individuell auf Bedürfnisse der jeweiligen Einrichtung und Zielgruppe eingehen.

„Dem Regionalzentrum ist es gut gelungen, sich in unsere Organisation einzudenken, insbesondere die zwei Methodenveranstaltungen waren sehr hilfreich und eine Bereicherung für uns“ (Kooperationspartner aus der Region Landkreis und Hansestadt Rostock).

- Aus den Interviews geht zudem hervor, dass insbesondere längere Schulungen dabei geholfen haben, Klarheit in die Themenkomplexe Demokratie und Toleranz zu bringen und den Teilnehmenden Methoden an die Hand zu geben, die sie im Zuge ihrer Arbeit einsetzen können. In kürzeren einmaligen Veranstaltungen sei die Vermittlung spezifischer Methoden dagegen nicht leistbar gewesen.

In Tabelle 5.5 werden die zentralen Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren, die sich aus den qualitativen Befragungen für den Bereich der Demokratiepädagogik bzw. politischen Bildung ergeben, noch einmal zusammenfassend dargestellt.

Tabelle 5.5 Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren im Arbeitsschwerpunkt Demokratiepädagogik/politische Bildung

Aktivität	Output	<i>Mechanismen der Regionalzentren, durch die Wirkungen entfaltet werden</i>	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse
Demokratiepädagogik	<p>Beratene regionale Multiplikatoren/-innen</p> <p>Beratene Einzelpersonen und Organisationen in den Regionen</p> <p><i>Hierzu gehören konkret Bildungseinrichtungen und Multiplikatoren/-innen im Bildungsbereich (wie z. B. angehende pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte Präventionsberater/-innen der Polizei)</i></p>	<p><i>Aufklärung und Vermittlung von Hintergrundwissen/Sensibilisierung</i></p> <p><i>Kontinuierliche Begleitung und Beratung</i></p> <p><i>Auf die jeweilige Organisation zugeschnittener Schulungsansatz</i></p> <p><i>Vermittlung von Rüstzeug (Methoden) zum Umgang mit demokratiefeindlichen Herausforderungen und zur Entwicklung von demokratiefördernden Maßnahmen</i></p>	<p><i>Vertieftes Wissen über demokratiefeindliche Phänomene (wie z. B. Strukturen der rechtsextremen Szene und deren Erkennungszeichen)</i></p> <p>Vertieftes Wissen über demokratische Strukturen und Toleranz (<i>Höhere Bekanntheit der Angebote</i>)</p> <p>Gestärkte Handlungskompetenzen und Schlüsselqualifikationen</p> <p><i>Gestärktes Sicherheitsgefühl</i></p> <p>Bewältigung einer akuten Herausforderung</p> <p>Planung und Umsetzung von demokratiefördernden Maßnahmen</p> <p>Aufgreifen von Bedarfen in den Regionen</p>	<p>Verbesserte oder erweiterte demokratiepädagogische Angebote in den Regeleinrichtungen</p> <p>Bedarfe werden von Regeleinrichtungen bearbeitet (Stärkung der Regeleinrichtungen im Umgang mit demokratiefeindlichen Phänomenen)</p>

Aktivität	Output	<i>Mechanismen der Regionalzentren, durch die Wirkungen entfaltet werden</i>	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse
<p><i>Einflussfaktoren:</i></p> <p><i>Fehlende Ressourcen der Schulen und andere Herausforderungen im Bildungsbereich, wie z. B. die Einführung der inklusiven Schule (-)</i></p> <p><i>Begrenzte zeitliche Ressourcen der Mitarbeitenden in den Regionalzentren (-)</i></p> <p><i>Standort der Regionalzentren/Nähe zu Bildungseinrichtungen (+)</i></p> <p><i>Dauer und Format der Beratung/Schulung (+/-)</i></p>				
<p><i>Erläuterung:</i></p> <p>In der Tabelle sind die Komponenten aufgeführt, die in Bezug auf das in Kapitel 2.2 skizzierte Wirkungsmodell bestätigt werden können. <i>Die Komponenten, die sich aus der Empirie ergeben und nicht explizit im Wirkungsmodell aufgeführt sind, sind in kursiver Schrift hervorgehoben.</i></p>				

Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort

Die Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort hängt eng mit den beiden vorangegangenen Arbeitsschwerpunkten zusammen, da die Aktivitäten in diesem Bereich oftmals als Folge vorangegangener Beratungstätigkeiten entstehen und häufig auch die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen betreffen. Aus den Gesprächen mit den Regionalzentren sowie mit den Kooperationspartnern/-innen und Zielgruppen geht hervor, dass die Regionalzentren ihre Beratungstätigkeiten in Organisationen oder Kommunen auch dafür nutzen, um Fragen und Maßnahmen zu demokratiestärkenden Prozessen im jeweiligen Umfeld anzustoßen.

„Lange kursierte das Bild der einreitenden Feuerwehr bei Krisenfällen und jetzt [geht es darum], viel stärker präventiv zu arbeiten, eigene Haltungen mutig zu entwickeln. Und da reden wir jetzt nicht unbedingt von Haltungen im Sinne von Musterdemokraten, sondern den Mut oder die Fähigkeit im Sinne von einem kritischen und auch selbstreflexiven Umgang im eigenen Umfeld, im eigenen Arbeitsfeld, im eigenen Engagement“ (Gruppeninterview mit den Regionalzentren).

In den Fällen, in denen es gelang, demokratiestärkende Aktivitäten anzustoßen, entwickelten sich daraus meist längerfristige Prozesse, in denen die Organisationen oder Akteure/-innen vor Ort selbst aktiv wurden und durch die Regionalzentren in Situationen mit konkretem Beratungsbedarf oder im Rahmen von Netzwerktreffen unterstützt wurden. Von den befragten Kooperationspartnern/-innen und Zielgruppen wurden diesbezüglich folgende Ergebnisse berichtet:

- Ein kommunaler Vertreter berichtete, dass über die Jahre hinweg ein Beratungs- und Entwicklungsprozess stattgefunden habe, der deutliche Veränderungen in der Kommu-

ne bewirkt habe. Mit Hilfe der Fördermöglichkeiten durch das Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch die begleitende Beratung des Regionalzentrums seien vielfältige Aktivitäten entfaltet worden, die darauf abzielten, das Demokratieverständnis zu stärken. Die Aktivitäten würden bereits an Kindern im Kitaalter ansetzen, aber auch Erwachsene und Vereine einbeziehen, wodurch allen Generationen die Möglichkeiten zur Beteiligung erfahrbar gemacht werden sollten. In Folge der vielfältigen Aktivitäten sei inzwischen eine positive Entwicklung insbesondere bei den jüngeren Generationen erkennbar. So sei beispielsweise von den Schüler/-innen einer Regionalen Schule die Initiative ausgegangen, eine Projektgruppe zu gründen, um sich für die Vielfalt an ihrer Schule stark zu machen.

„Wir denken, wenn wir für etwas sind, ist es besser als wenn wir gegen etwas sind, also wir versuchen, das Demokratieverständnis zu stärken durch vielfältige Aktionen. (...) Wir haben erste Erfolge zu verbuchen, also wir merken, dass die neue Generation jetzt, ich sage mal so, seit vier, fünf Jahren die Generation, die jetzt Schulabschluss macht, eine andere Denke hat als die Vorgängergenerationen. Das macht mich also zuversichtlich, dass auch dieses Programm dabei massiv unterstützen kann und dass wir damit einiges erreichen“ (Interview mit einem Kooperationspartner in Westmecklenburg).

- Andere Kooperationspartner/-innen berichten, dass die Zusammenarbeit mit den Regionalzentren und anderen Projekten dazu geführt habe, dass ein regionales Bündnis gegründet wurde und neue Aktivitäten zur Beteiligung, wie z. B. Schülergremien, geplant wurden. Während es zu Beginn oftmals darum gegangen sei, auf Aktivitäten der rechtsextremen Szene zu reagieren, würden inzwischen verstärkt davon unabhängige Aktivitäten zur Beteiligung geplant werden. Wie auch schon bei den Ergebnissen zur professionellen Beratung dargestellt, stellt dabei eine kontinuierliche vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Regionalzentren eine wichtige Voraussetzung dar.

„Die [Mitarbeitenden der Regionalzentren] sind immer mit Tipps und Ratschlägen dabei, wir treffen uns alle Vierteljahre“ (Interview mit einer Kooperationspartnerin im Landkreis Rostock).

- Einzelne Kooperationspartner/-innen berichteten in den Interviews, dass die Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum dazu geführt hat, dass man sich stärker mit dem Demokratieverständnis in der eigenen Organisation beschäftige. Dabei sei auch einmal die Frage nach dem Demokratieverständnis oder Demokratiekonzept des Regionalzentrums gestellt worden, die nicht zufriedenstellend beantwortet werden konnte. Dies-

bezüglich würde man sich ein klares Demokratiekonzept der Regionalzentren wünschen, das den Kooperationspartnern leicht vermittelt werden könnte.

Die folgende Tabelle fasst die zentralen Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren, die sich aus den qualitativen Befragungen ergeben, für den Bereich der Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort noch einmal zusammen.

Tabelle 5.6 Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren im Arbeitsschwerpunkt Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort

Aktivität	Output	<i>Mechanismen der Regionalzentren, durch die Wirkungen entfaltet werden</i>	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse
Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort	Beratene und unterstützte Einzelpersonen und Organisationen in den Regionen Unterstützte regionale Akteure/-innen	<i>Anregungen und Hinweise zu demokratiestärkenden Maßnahmen oder Konzepten im Zuge von Beratungsprozessen oder im Rahmen der Netzwerkarbeit vor Ort</i>	<i>Verstärkte Netzwerkarbeit</i> Planung und Umsetzung von demokratiefördernden Maßnahmen Impulse für neue oder erweiterte Handlungsstrategien Vertieftes Wissen über demokratische Strukturen und Toleranz (<i>verbessertes Demokratieverständnis</i>) <i>Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis in der eigenen Organisation</i>	Verbesserte Strukturen und Angebote im Bereich Demokratie und Toleranz Zunahme von Personen, die sich im persönlichen und beruflichen Umfeld in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einbringen Verbesserte Angebote zur Beteiligung an demokratischen Prozessen
<p><i>Einflussfaktoren:</i> Fördermöglichkeiten und Strukturen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ (+) Personelle Kontinuität in den Regionalzentren (+) Kooperationsbereitschaft und Engagement weiterer Akteure/-innen und Projekte (+)</p>				
<p><i>Erläuterung:</i> In der Tabelle sind die Komponenten aufgeführt, die in Bezug auf das in Kapitel 2.2 skizzierte Wirkungsmodell bestätigt werden können. Die Komponenten, die sich aus der Empirie ergeben und nicht explizit im Wirkungsmodell aufgeführt sind, sind in kursiver Schrift hervorgehoben.</p>				

Organisator und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk

Ebenfalls eng verknüpft mit den vorangegangenen Arbeitsschwerpunkten ist die Aufgabe der Regionalzentren, als Organisator und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk zu fungieren. Den Ergebnissen der qualitativen Befragung ist zu entnehmen, dass die Regionalzentren in den Regionen eine Vielzahl an Vernetzungs- und Impulsgeberaktivitäten entfaltet haben, allerdings die Organisation und Begleitung von übergreifenden regionalen Beratungsnetzwerken bisher noch nicht oder nur in Ansätzen realisiert werden konnte. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Aktivitäten zu diesem Bereich, die sich aus den qualitativen Interviews ableiten lassen, im Einzelnen dargestellt:

- Aus den Interviews geht insgesamt hervor, dass die Regionalzentren in allen Regionen des Landes in der bisherigen Umsetzung eine Vielzahl von lokalen demokratiestärkenden Netzwerken und Bündnissen in Kommunen und kleineren Regionen unterstützt haben und im Rahmen von regelmäßigen Netzwerktreffen über längere Zeiträume als Impulsgeber fungiert haben. Hierzu zählen zum einen die Unterstützung und Beratung von bestehenden Gremien, wie z. B. Partnerschaften für Demokratie und kommunale Präventionsräte und zum anderen die Initiierung und Begleitung von neuen Bündnissen und Netzwerken. Die Regionalzentren haben den befragten Zielgruppen und Kooperationspartnern/-innen zufolge hierdurch dazu beigetragen, bestehende Netzwerkstrukturen in den Regionen zu festigen und weiter auszubauen.

„Man kann gegen gesellschaftliche Tendenzen nicht etwas unternehmen, wenn man Einzelkämpfer ist. Man braucht ein Netzwerk, man braucht viele, viele Mitstreiter, da bin ich froh, dass die RAA ein wichtiger Teil des Netzwerks ist, und das ist auch eine Organisation, die sich nicht scheut, mal in die Fläche zu gehen und Fortbildungen anzubieten“ (Interview mit einem Kooperationspartner in Westmecklenburg).

„Die, die solche Gremien [Präventionsräte] haben, schätzen die Unterstützung der Regionalzentren sehr, ich habe noch keine andere Stimme gehört. (...) Da, wo es noch keine [Präventionsräte] gibt, weiß ich, dass ich die Regionalzentren an meiner Seite habe, um dafür zu werben“ (Interview mit einem Kooperationspartner auf Landesebene).

- Weitere Netzwerkaktivitäten der Regionalzentren betrafen insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 den Bereich der Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei fungierten die Regionalzentren oftmals als Moderatoren zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren/-innen und unterstützten die lokalen und regionalen Akteure/-innen dabei, auf die neuen Bedarfe zu reagieren und auf die Sorgen und Ängste aus der Bevölkerung einzugehen. Im Ergebnis der Zusammen-

arbeit mit den Regionalzentren entstanden den Gesprächen mit den Kooperationspartnern/-innen zufolge insbesondere neue Formen der Kooperation von Landkreisen und Städten und Gemeinden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren/-innen sowie neue Konzepte und Handlungsstrategien zur Integration. Zudem wurden die lokalen Akteure/-innen dabei unterstützt, Bürgerversammlungen zur Information der Bevölkerung über die Unterbringung von Geflüchteten durchzuführen. In mehreren Landkreisen wurde in Zusammenarbeit mit den Regionalzentren ein größerer partizipativer Prozess zur Erstellung von Integrationskonzepten initiiert und begleitet. Teilweise wurde auch die redaktionelle Bearbeitung der Integrationskonzepte von den Regionalzentren übernommen.

„Wir haben alle viel gelernt, miteinander umzugehen und dass die Verwaltung nicht der Feind ist und dass auch die Initiativen ganz, ganz wichtig sind. Und ich habe immer gesagt, ohne diesen Prozess und diese vielen Menschen in den Arbeitsgruppen unterschiedlichster Couleur, die da gearbeitet haben, hätten wir eine gelingende Integration allein in unserem Landkreis nicht geschafft“ (Kooperationspartner im Landkreis Vorpommern-Greifswald).

- Von einer Kooperationspartnerin auf Landesebene wurde in diesem Zusammenhang aber auch auf die Gefahr der Überforderung der Regionalzentren hingewiesen, da die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zwar mit den Strategien und Maßnahmen zur Förderung von Demokratie und Toleranz zu verknüpfen sei, aber davon abgesehen ein eigenes Handlungsfeld darstelle, das auch viele weitere Themen, wie z. B. Qualifizierung für den Arbeitsmarkt, betreffe, die nicht direkte Berührungspunkte zum Tätigkeitsfeld der Regionalzentren aufweisen. Daher sei es zwar gut, dass die Regionalzentren das Thema mit im Blick hätten und in den Jahren 2015 und 2016 ihre Methodenkompetenz einsetzten, um beispielsweise die Kooperation mit Flüchtlingsinitiativen oder die Organisation von Bürgerversammlungen moderierend und beratend zu unterstützen, die eigentliche Integrationsarbeit müsse aber von anderen geleistet werden.
- Darüber hinaus wurde in den Gesprächen mit den Kooperationspartnern/-innen auf Landesebene und in den Regionen deutlich, dass es den Regionalzentren nicht oder nur in Ansätzen gelungen ist, regionale Beratungsnetzwerke auf Ebene der fünf Regionen, für die die Regionalzentren zuständig sind, zu initiieren und zu begleiten. So habe es zwar verschiedene Veranstaltungen oder Ansätze zur Vernetzung auf regionaler Ebene gegeben, diese hätten aber vor allem gegenseitige Information und Erfahrungsaustausch beinhaltet. Eine gemeinsame strategische Planung und kontinuierliche Netzwerkarbeit, wie sie im Landesprogramm und im Konzept zur Einrichtung von Regionalzentren vorgesehen ist, sei dabei nicht entstanden. Momentan werde viel Kraft für anderes verwendet.

„Die Regionalzentren sollten vielmehr auch die Entwicklung der Region als Ganzes in den Fokus nehmen. Die Herausforderungen und Bedingungen der gesamten Region sollten im Blick behalten werden und so kleinteilige Projekte anderen Trägern überlassen werden. Aber da ist das Netz dann doch nicht eng genug geknüpft, dass sie das dann doch zum Teil selber machen müssen“ (Interview mit einer Kooperationspartnerin auf Landesebene).

In der folgenden Tabelle werden die zentralen Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren in Bezug auf die Aktivitäten der Regionalzentren als Organisator und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk noch einmal zusammenfassend dargestellt.

Tabelle 5.7 Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren im Arbeitsschwerpunkt Organisator und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk

Aktivität	Output	<i>Mechanismen der Regionalzentren, durch die Wirkungen entfaltet werden</i>	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse
Organisator und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk	Unterstützte regionale Akteure/-innen Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren/-innen Unterstützte Netzwerke und Kooperationen in einzelnen Kommunen und Landkreisen	<i>Initiierung und Unterstützung von demokratiestärkenden Netzwerken</i> <i>Impulsgeber im Rahmen von Netzwerktreffen</i> <i>Moderation von Netzwerkveranstaltungen und Arbeitsgruppen</i> <i>Strukturierung und Organisation von Kooperationsprozessen</i> <i>Anregungen und Hinweise zu integrationsfördernden Maßnahmen</i>	Stärkung und Erweiterung von demokratiestärkenden Strukturen und Netzwerken in einzelnen Kommunen oder kleineren Regionen Verbesserte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren Impulse für neue oder erweiterte Handlungsstrategien (in den Bereichen Demokratie und Toleranz sowie Integration in einzelnen Kommunen und Landkreisen) Aufgreifen von Bedarfen in den Regionen	Verbesserte Strukturen und Angebote im Bereich Demokratie und Toleranz Verbesserte demokratiestärkende Strukturen in einzelnen Kommunen oder kleineren Regionen Verbesserte Strukturen und Angebote zur Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund in einzelnen Kommunen und Landkreisen Bedarfe werden von Regeleinrichtungen bearbeitet
Einflussfaktoren: Begrenzte Ressourcen der Regionalzentren (-) Kooperationsbereitschaft der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure (+) Begrenzte Ressourcen der Kooperationspartner/-innen (-)				

Aktivität	Output	<i>Mechanismen der Regionalzentren, durch die Wirkungen entfaltet werden</i>	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse
<p>Erläuterung:</p> <p>In der Tabelle sind die Komponenten aufgeführt, die in Bezug auf das in Kapitel 2.2 skizzierte Wirkungsmodell bestätigt werden können. <i>Die Komponenten, die sich aus der Empirie ergeben und nicht explizit im Wirkungsmodell aufgeführt sind, sind in kursiver Schrift hervorgehoben.</i></p>				

Expertiseteam

Die Aktivitäten im Arbeitsschwerpunkt Expertiseteam beziehen sich auf Beratungs- und Unterstützungstätigkeiten, die die Regionalzentren im Rahmen ihrer Mitwirkung im landesweiten Beratungsnetzwerk erbringen. Hierzu gehören insbesondere die Mitwirkung an strategischen Abstimmungsprozessen, thematischen Arbeitsgruppen und landesweiten Beratungsfällen und die Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle. Gemäß dem Regionalzentrenkonzept stehen die Regionalzentren dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur für zu entwickelnde Lehrerfortbildungsangebote mit ihrer Expertise unterstützend zur Verfügung und unterstützen die Landeseinrichtungen und landesweit agierende Projekte bei der Entwicklung und Durchführung von Weiterbildungsangeboten mit ihrer Expertise. Darüber hinaus verbreiten die Regionalzentren ihre Expertise durch Veröffentlichungen, Öffentlichkeitsarbeit und die Mitwirkung an überregionalen oder bundesweiten Netzwerken. In den Interviews mit Kooperationspartnern/-innen auf Landesebene wurde insbesondere auf folgende Ergebnisse der Zusammenarbeit verwiesen:

- Aus Sicht mehrerer beteiligter Akteure/-innen ist in den verfassten Gremien des landesweiten Beratungsnetzwerkes über die Jahre eine sehr gute Zusammenarbeit entstanden, die nicht ideologisch oder parteipolitisch geprägt ist. Es gebe ein grundlegendes Vertrauen zwischen den beteiligten Akteuren aus Staat und Zivilgesellschaft, das mit der Zeit gewachsen sei und zu einem konstruktiven Kooperationsstil und einer vertrauensvollen Zusammenarbeit geführt habe. Im Zuge der Zusammenarbeit sei bei den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren das Verständnis für die jeweils andere Seite gestiegen, was insgesamt zu einer besseren Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ geführt habe. Neben den formellen Sitzungen würden sich die beteiligten Akteure/-innen bei Bedarf auch bilateral austauschen und die Regionalzentren würden die Kooperationspartner bei landesweiten Beratungsfällen unterstützen.

„Ich nehme die Kollegen als sehr engagiert, fachlich kompetent und sehr kooperativ wahr, wir haben einen offenen und ehrlichen Umgang miteinander, kameradschaftlich, wenn was ist, nehme ich den Hörer in die Hand“ (Interview mit einem Kooperationspartner aus der Verwaltung auf Landesebene).

„Ich habe das Gefühl, dass die Zusammenarbeit sehr gut ist, was nicht selbstverständlich ist, Kollegen aus anderen Ländern berichten von ganz anderen Schwierigkeiten. (...) Es gibt auch Kontroversen, aber ich finde das im Beratungsnetzwerk konstruktiv“ (Interview mit einem Kooperationspartner aus der Verwaltung auf Landesebene).

„Da sind Menschen am Werke im Lande, die sich nicht abschotten nach außen, nicht ideologisch oder parteipolitisch unterwegs sind, und versuchen das gemeinsam mit den Partnern anzugehen“ (Interview mit einem Kooperationspartner aus der Verwaltung auf Landesebene).

- Aus den Gesprächen mit den Kooperationspartnern/-innen geht zudem hervor, dass ein weiteres Ergebnis der Zusammenarbeit mit den Regionalzentren auf Landesebene ist, dass die Regionalzentren in den Regionen schnell in der Lage sind, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren, neue Themen aufzugreifen und die Bedarfe in Richtung Landespolitik zu transportieren. Dies habe sich zum Beispiel gezeigt, als in Folge der Flüchtlingszuwanderung neue Beratungsbedarfe zum Thema Islamismus entstanden. Das Land reagierte auf die neuen Bedarfe, indem eine landesweite Fachstelle zur Prävention von religiös begründetem Extremismus eingerichtet wurde.
- Darüber hinaus verbreiten die Regionalzentren ihre fachliche Expertise durch ihre Beteiligung an Fachtagen, Veröffentlichungen sowie ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit und mediale Präsenz nach außen. In Kooperation mit Stiftungen, überregionalen und regionalen Kooperationspartnern haben die Regionalzentren eine Vielzahl von Fachtagungen und Veranstaltungen durchgeführt, Handreichungen zu den Themen Demokratie und Toleranz sowie Rechtsextremismus oder völkische Siedler/-innen herausgegeben und Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Die Bewertung der fachlichen Qualität der Mitarbeitenden der Regionalzentren fiel in den Interviews insgesamt sehr positiv aus. Nach Einschätzung der befragten Kooperationspartner/-innen ist es den Regionalzentren gelungen, eine fachliche Expertise zu den Themen Rechtsextremismus, Demokratie und Toleranz aufzubauen und abrufbereit zu halten. Dementsprechend werden sie auch als fachliche Anlaufstelle wahrgenommen.
- Allerdings ging aus den Gesprächen auch hervor, dass die Kooperationspartner/-innen die Expertise oftmals in erster Linie mit den Trägern der Regionalzentren verbinden und

die Regionalzentren in ihrer Gesamtheit weniger stark wahrgenommen wurden. In den Gesprächen mit den Kooperationspartnern und Zielgruppen wurde generell meist vom jeweiligen Träger und weniger häufig vom Regionalzentrum gesprochen. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass die Regionalzentren ihren Internetauftritt jeweils auf der Internetseite des Trägers verankert haben und auch die Publikationen und Veranstaltungshinweise stärker über die Trägerseite zu finden sind. Auf der Seite des landesweiten Beratungsnetzwerkes, die übergreifende Informationen zu den Regionalzentren enthält, ist dagegen keine übergreifende Darstellung der Veröffentlichungen und Veranstaltungen der Regionalzentren zu finden. Auch die Auszeichnung eines Regionalzentrums im Rahmen der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ bezieht sich lediglich auf einen Standort (Westmecklenburg) und nicht auf den Projektansatz insgesamt.

- Darüber hinaus findet insbesondere von Seiten des Regionalzentrums Westmecklenburg ein Austausch mit bundesweiten und überregionalen Netzwerkpartnern statt, wie dem Bundesverband für mobile Beratung, dem bundesweiten Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ oder Beratungsnetzwerken aus anderen Ländern. Gemeinsam mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein und weiteren Partnern veranstaltete das Regionalzentrum Westmecklenburg beispielsweise mehrere Regionalkonferenzen, die zum gegenseitigen Austausch dienten. Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist dem Regionalzentrum Westmecklenburg zufolge, dass Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern mit dem Förderansatz der Regionalzentren nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen überführt worden seien.

Tabelle 5.8 fasst die zentralen Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren, die sich aus den qualitativen Befragungen ergeben, für den Arbeitsschwerpunkt Expertiseteam noch einmal zusammen.

Tabelle 5.8 Ergebnisse, Wirkungsmechanismen und Einflussfaktoren im Arbeitsschwerpunkt Expertiseteam

Aktivität	Output	Mechanismen der Regionalzentren, über die Wirkungen entfaltet werden	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse
Expertiseteam	Beratene landesweit wirkende Akteure Beratene regionale Akteure Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren <i>Vernetzung in überregionalen und bundesweiten Netzwerken</i>	<i>Kontinuierliche Zusammenarbeit</i> <i>Einbringen von fachlicher Expertise</i> <i>Aufgreifen von neuen Themen und Bedarfen in den Regionen</i> <i>Beteiligung an Fachtagungen und Veranstaltungen</i> <i>Veröffentlichung von Handreichungen</i> <i>Öffentlichkeitsarbeit</i>	Vertieftes Wissen über demokratische Strukturen und Toleranz (<i>über demokratiestärkende Maßnahmen</i>) Aufgreifen von neuen Bedarfen <i>Besseres Verständnis für die Gegenseite bei zivilgesellschaftlichen oder staatliche Akteuren</i>	Verbesserte Strukturen und Angebote im Bereich Demokratie und Toleranz Bedarfe werden von Regeleinrichtungen bearbeitet <i>Verbesserte Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren</i>
<p><i>Einflussfaktoren:</i></p> <p><i>Personelle Kontinuität der Mitarbeitenden (+)</i></p> <p><i>Neutrales Auftreten der Mitarbeitenden der Regionalzentren (+)</i></p> <p><i>Standort/regionale Lage der Regionalzentren (+/-)</i></p>				
<p><i>Erläuterung:</i></p> <p>In der Tabelle sind die Komponenten aufgeführt, die in Bezug auf das in Kapitel 2.2 skizzierte Wirkungsmodell bestätigt werden können. <i>Die Komponenten, die sich aus der Empirie ergeben und nicht explizit im Wirkungsmodell aufgeführt sind, sind in kursiver Schrift hervorgehoben.</i></p>				

5.3 Erkenntnisse zu Struktureffekten und externen Einflussfaktoren auf Grundlage der durchgeführten Erhebungen

Zu den Struktureffekten der Förderung, die langfristige Wirkungen auf übergeordneter Ebene im Land Mecklenburg-Vorpommern betreffen, können im Rahmen dieser Studie nur indirekte Rückschlüsse hergestellt werden. Auf Grundlage des in Kapitel 2.2 konzipierten Wirkungsmodells wird davon ausgegangen, dass abhängig davon, in welchem Ausmaß die dargestellten unmittelbaren und mittelbaren Ergebnisse mit der Förderung erzielt werden, größere oder kleinere Beiträge zu den Struktureffekten in der Region geleistet werden. Hierauf wird im zusammenfassenden Bewertungskapitel 7 näher eingegangen.

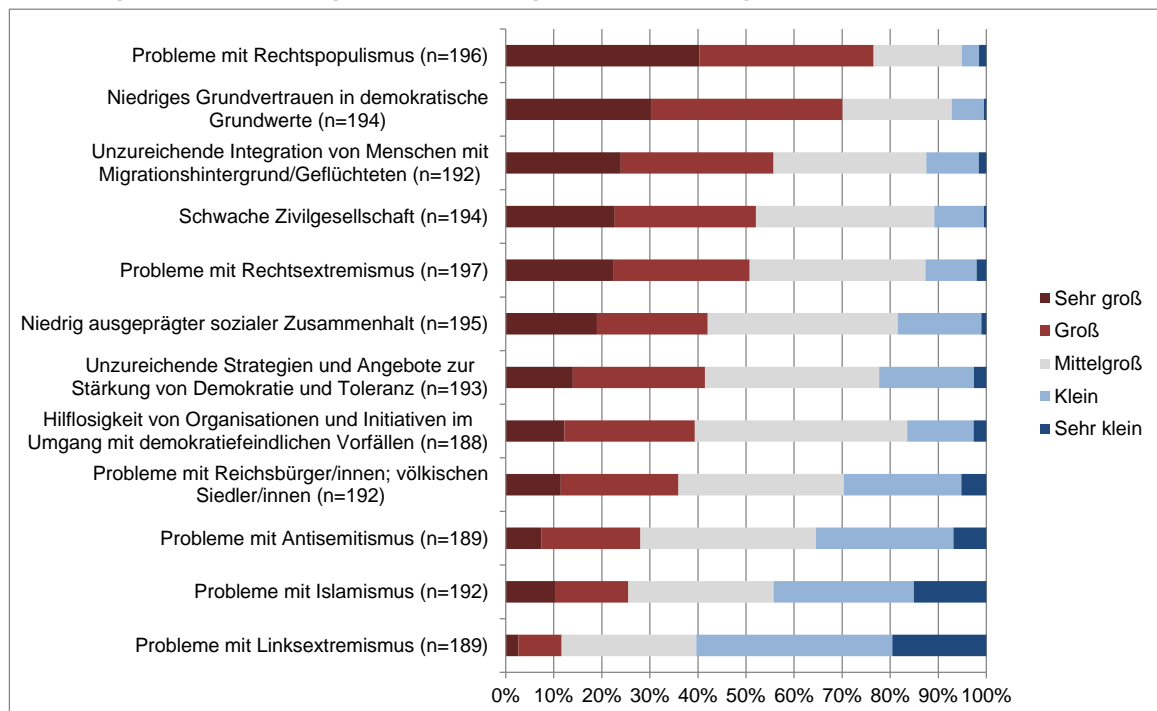
Darüber hinaus wurden die Zielgruppen und Kooperationspartner/-innen in den standardisierten Erhebungen nach Einschätzungen zu zentralen Handlungsbedarfen in den Regionen und deren Veränderung sowie weiteren externen Einflussfaktoren, die die Struktureffekte beeinflussen, befragt. Diese Ergebnisse werden im folgenden Teil dargestellt, und werden anschließend in Kapitel 7 mit den Erkenntnissen zu den indirekten Rückschlüssen zusammengeführt.

5.3.1 Erkenntnisse aus der standardisierten Erhebung

In der standardisierten Erhebung wurden die Kooperationspartner/-innen und Zielgruppen der Regionalzentren in Bezug auf mögliche Struktureffekte der Förderung danach gefragt, wie sie den aktuellen Handlungsbedarf in der jeweiligen Region in verschiedenen Bereichen bewerten und in welchen Bereichen sie in den vergangenen fünf Jahren eine Vergrößerung oder Verringerung des Handlungsbedarfes wahrgenommen haben.

Den Ergebnissen der Befragung ist zu entnehmen, dass ein sehr großer oder großer Handlungsbedarf insbesondere in den Bereichen Probleme mit Rechtspopulismus und niedriges Grundvertrauen in demokratische Grundwerte in den Regionen des Landes gesehen wird. Am geringsten wird der Handlungsbedarf in Bezug auf Probleme mit Linksextremismus, Islamismus und Antisemitismus eingeschätzt (siehe Abbildung 5.10).

Abbildung 5.10 Einschätzungen zum Handlungsbedarf in der Region



Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

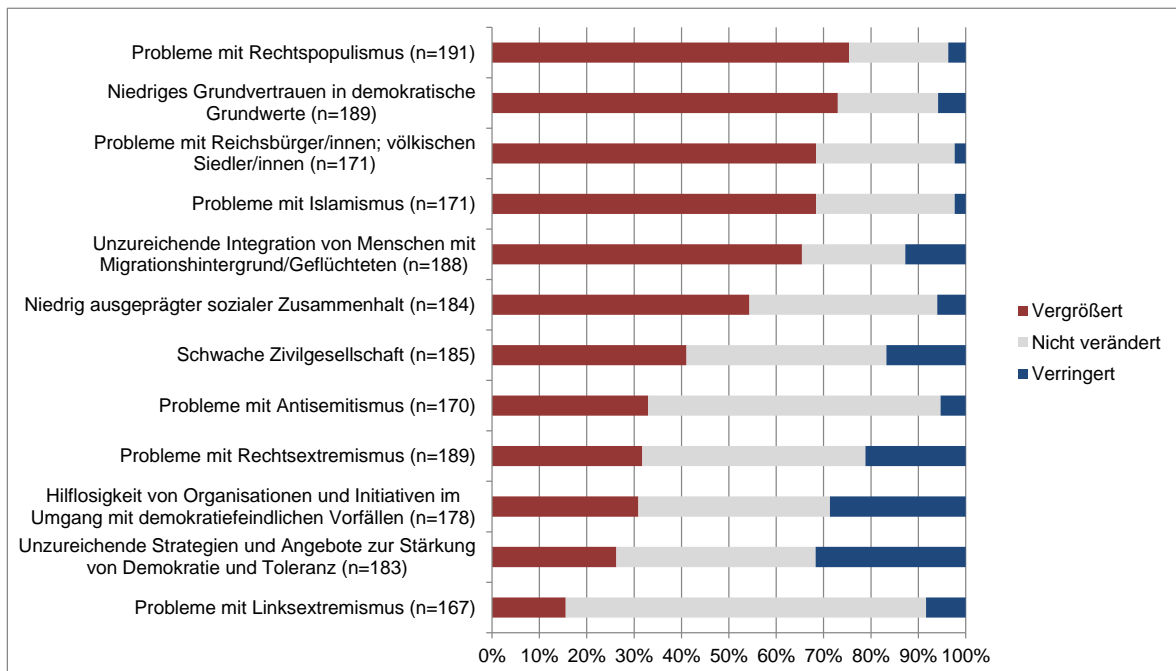
Wie in Abbildung 5.11 zu sehen ist, hat sich nach Einschätzung der befragten Akteure/-innen der Handlungsbedarf in den vergangenen fünf Jahren in mehreren Bereichen vergrößert. Insbesondere für die Bereiche Probleme mit Rechtspopulismus, niedriges Grundvertrauen in demokratische Grundwerte, Probleme mit Reichsbürger/-innen und völkischen Siedler/-innen, Probleme mit Islamismus, unzureichende Integration von Menschen mit Migrationshintergrund/Geflüchteten und niedrig ausgeprägter sozialer Zusammenhalt gaben hohe Anteile der Befragten (zwischen 54 und 75 Prozent) eine Vergrößerung des Handlungsbedarfes an.

Vergleicht man die Ergebnisse mit den Einschätzungen zum Handlungsbedarf in der Region, fällt auf, dass die wahrgenommene Vergrößerung des Handlungsbedarfes insbesondere die Bereiche betrifft, in denen der Handlungsbedarf mehrheitlich als sehr groß oder groß eingeschätzt wird. Lediglich die Bereiche Probleme mit Reichsbürger/-innen und völkischen Siedler/-innen und Probleme mit Islamismus weichen hiervon ab, da hier der Handlungsbedarf zu geringeren Anteilen als sehr groß oder groß eingestuft wurde, gleichzeitig aber sehr hohe Anteile der Befragten (jeweils 68 Prozent) eine Vergrößerung des Handlungsbedarfes wahrnehmen.

In anderen Bereichen fiel die Bewertung der Entwicklung weniger eindeutig aus. So wurden insbesondere in den Bereichen Probleme mit Rechtsextremismus, Hilflosigkeit von Organisationen und Initiativen im Umgang mit demokratiefeindlichen Vorfällen und unzureichende Strategien und Angebote zur Stärkung von Demokratie und Toleranz von den befragten Akteuren/-innen sowohl Vergrößerungen als auch Verringerungen des Handlungsbedarfes wahrgenommen. Die größte Gruppe bilden hier jeweils diejenigen, die keine Veränderungen des Handlungsbedarfes beobachtet haben (zwischen 40 und 47 Prozent).

In Bezug auf Probleme mit Linksextremismus und Antisemitismus gaben die befragten Akteure/-innen mehrheitlich an, keine Veränderungen wahrgenommen zu haben (siehe Abbildung 5.11).

Abbildung 5.11 Einschätzung zur Veränderung des Handlungsbedarfes in der Region in den vergangenen fünf Jahren



Quelle: Online-Befragung 2018, IfS

5.3.2 Erkenntnisse aus den qualitativen Interviews

In Bezug auf mögliche Struktureffekte der Förderung geht aus den Interviews mit den Regionalzentren sowie den befragten Kooperationspartnern und Zielgruppen hervor, dass sich nur schwer direkte Rückschlüsse zwischen den Aktivitäten der Regionalzentren und Veränderungen in der jeweiligen Region ziehen lassen, da die Aktivitäten der Regionalzentren in der Regel im Zusammenspiel mit weiteren Maßnahmen stattfinden und die Effekte in der Region durch eine Reihe weiterer Faktoren beeinflusst werden. Zudem findet die Unterstützung der Regionalzentren oftmals im Hintergrund statt, so dass die Arbeit der Regionalzentren für Außenstehende nicht immer sichtbar ist.

„Die Grunddevise unserer Arbeit ist tatsächlich: Lasst andere gut aussehen. Und ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, warum wir überhaupt angefragt werden. Weil wenn ein Bürgerforum gut läuft, wenn eine Demonstration eine gute Gegendemonstration hatte, also eine Nazidemonstration eine gut organisierte Gegendemonstration hatte, wenn ein Integrationskonzept ausgearbeitet wurde, dann heißt es nicht, und so steht es auch nicht in der Presse, und wir hätten auch einen Fehler gemacht, wenn das da steht, die Regionalzentren haben das und das und das gerissen. Das ist gar nicht der Punkt. Also im Grunde ist ja die Sache, dass unser Erfolg der Erfolg der anderen ist“ (Gruppeninterview mit den Regionalzentren).

Den Interviews lassen sich aber dennoch einige Hinweise auf mögliche Entwicklungen entnehmen, zu denen die Förderung der Regionalzentren nach Einschätzung der befragten Akteure/-innen beigetragen hat:

- So wird von Kooperationspartnern auf Landesebene positiv hervorgehoben, dass Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern kein rein linkes Thema mehr seien, sondern sich inzwischen eine Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren mit dem Thema beschäftigen würde. Im Zusammenspiel mit weiteren Maßnahmen des Landes und des Bundes (darunter auch weitere ESF-geförderte Maßnahmen) hätte die Förderung der Regionalzentren dazu beigetragen, dass Strategien und Maßnahmen zur Demokratieentwicklung einen größeren Stellenwert im Land erhalten hätten. Dabei sei ein breites Spektrum von Akteuren einbezogen worden. Beispielsweise würden sich inzwischen der Landesfeuerwehrverband und die Jugendverbände dem Thema Demokratieentwicklung annehmen und auch in den Schulen sei es zu einem größeren Thema geworden.
- Zudem habe die Vernetzung im Land und in den Regionen zum Thema Demokratieentwicklung zugenommen. In einigen Fällen wurde darauf verwiesen, dass die Vernetzung der Regionalzentren den Kooperationspartnern und Zielgruppen an verschiedenen Stellen zugutekommt. Durch die breitere Vernetzung seien die Akteure/-innen in den Regionen nun besser aufgestellt und könnten schneller auf neue Entwicklungen reagieren.
- Von einer zunehmenden Beteiligung an demokratischen Prozessen oder einem zunehmenden Demokratiebewusstsein in der Bevölkerung wurde in den Interviews lediglich vereinzelt berichtet. Diesbezüglich geht aus den Interviews insgesamt hervor, dass in den Regionen unterschiedliche Entwicklungen erkennbar sind, die durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden. Während einzelne Akteure/-innen von einem stärkeren Bewusstsein für demokratische Prozesse und neuen Beteiligungsansätzen z. B. im schulischen oder universitären Bereich berichteten, wiesen andere Akteure/-innen auf zunehmende Herausforderungen in Bezug auf Politikverdrossenheit und populistische Einstellungen in der Bevölkerung hin. Insbesondere strukturschwache ländliche Regionen sind den Interviewergebnissen zufolge von diesen Herausforderungen betroffen. In diesen Gebieten stelle die Zurückdrängung der Einflüsse rechtsextremer und demokratiefeindlicher Aktivitäten auch noch eine deutlich stärkere Herausforderung als in anderen Teilen des Landes dar.

In den Interviews wurden verschiedene Faktoren genannt, die die mit der Förderung angestrebten Struktureffekte negativ oder positiv beeinflussen:

- Mehrere Kooperationspartner/-innen der Regionalzentren aus verschiedenen Regionen des Landes berichteten, dass das Ausscheiden der NPD aus dem Landtag im Jahr 2016 dazu geführt hat, dass die rechtsextremen Strukturen im Land nicht mehr so sichtbar sind. Dies habe zur Folge, dass es weniger sichtbare Aktionen von rechtsextremer Seite gebe, die in der Vergangenheit über die NPD organisiert worden seien. Eine neue Herausforderung würden dagegen Aktivitäten von rechtspopulistischen Akteuren/-innen darstellen, deren Vertreter/-innen stärker nach außen hin bemüht seien, ein Teil der demokratischen Gesellschaft zu sein. Dies mache eine Abgrenzung deutlich schwieriger, da die Aktivitäten nicht so leicht als demokratiefeindlich eingestuft werden könnten.
- Ebenfalls stark beeinflusst werde die Stimmung im Land durch den zunehmenden Populismus in der Bevölkerung, der vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszuwanderung angestiegen sei, aber insbesondere in strukturschwachen Regionen auch auf ein generelles Gefühl, abgehängt zu sein, und eine damit einhergehende Unzufriedenheit zurückzuführen sei. Hier würde sich der Abbau von Strukturen im sozialen Sektor, wie z. B. die Schließung von Jugendclubs, negativ bemerkbar machen und die Akzeptanz von integrations- oder demokratiestärkenden Maßnahmen senken.
- Noch immer negativ bemerkbar mache sich zudem die Kreisgebietsreform, die zu einem Rückbau an Verwaltung in den Regionen geführt habe.
- Positiv würde sich dagegen das Zusammenspiel mit weiteren Fördermaßnahmen auswirken. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, die Partnerschaften für Demokratie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, die kommunalen Präventionsräte und die Opferberatung genannt.
- Allerdings wurde in diesem Zusammenhang von einzelnen Kooperationspartner/-innen auch kritisiert, dass die Förderstrukturen der Regionalzentren und weiterer Projekte nicht leicht zu verstehen sind. In einigen Fällen entstand die Frage, warum es so viele unterschiedliche Projekte zur Demokratiestärkung im Land braucht. Hier würde man sich klarere Strukturen und eine bessere Informationsgrundlage wünschen.

6. Weiterentwicklungsbedarfe aus Sicht der befragten Akteure/-innen

Danach gefragt, wie es künftig mit den Regionalzentren für demokratische Kultur weitergehen soll, gaben in der standardisierten Befragung 22 Prozent der befragten Akteure/-innen an, dass die Angebote und Aktivitäten der Regionalzentren in unveränderter Form weitergeführt werden sollten. In Vorpommern-Greifswald fiel der Anteil mit 37 Prozent etwas höher aus. Die Mehrheit der befragten Akteure/-innen (70 Prozent) würde sich eine Ausweitung oder Weiterentwicklung wünschen.

Tabelle 6.1 Wie sollte es mit den Regionalzentren für demokratische Kultur künftig weitergehen?

Region	Die Angebote und Aktivitäten der Regionalzentren...			Kann ich nicht beurteilen
	sollten in unveränderter Form weitergeführt werden	sollten ausgeweitet oder weiterentwickelt werden	werden zukünftig nicht mehr benötigt	
Westmecklenburg (n=33)	15%	79%	0	6%
Mecklenburgische Seenplatte (n=35)	20%	74%	0	6%
Vorpommern-Rügen (n=29)	21%	72%	0	7%
Landkreis und Hansestadt Rostock (n=39)	18%	72%	0	10%
Vorpommern-Greifswald (n=30)	37%	53%	0	10%
Gesamt (n=166)	22%	70%	0	8%
Quelle: Online-Befragung 2018, IfS				

Gefragt nach konkreten Weiterentwicklungsbedarfen, äußerten die Akteure/-innen insbesondere Aspekte, die sich folgenden Kategorien zuordnen lassen (n=166):

- Personelle Ausstattung der Regionalzentren verbessern (19 Prozent der Befragten),
- stärkere Vernetzung mit anderen Akteuren (8 Prozent),
- Steigerung der Bekanntheit (8 Prozent),
- Ausweitung von dezentralen Angeboten in der Fläche (8 Prozent),
- stärkere Bearbeitung von bestimmten Themen, wie z. B. Bildungsarbeit bzw. Präventionsarbeit an Schulen und Kitas auch über einzelne Projekte hinaus (7 Prozent) oder Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Geflüchteten (3 Prozent),
- die Planungssicherheit für die Regionalzentren durch eine zukunftssichere Finanzierung erhöhen (5 Prozent),
- aktuelle Entwicklungen stärker aufgreifen (5 Prozent).

In den qualitativen Interviews sprachen sich die befragten Kooperationspartner/-innen und Zielgruppen dafür aus, dass das Angebot der Regionalzentren künftig weiter bestehen bleiben soll. In Bezug auf mögliche Weiterentwicklungsbedarfe wurden von den befragten Akteuren/-innen folgende Faktoren genannt:

- Wie auch in der standardisierten Erhebung wurde in den qualitativen Interviews oftmals eine bessere personelle Ausstattung der Regionalzentren gefordert. Aus den Gesprächen mit den Kooperationspartnern/-innen ging hervor, dass sich ein Teil der Befragten beispielsweise ein noch größeres Angebot an Workshops und kürzere Wartezeiten auf Termine wünschen würde. Zudem gebe es Bereiche, wie z. B. Demokratieentwicklung an Hochschulen, die mit Hilfe der Regionalzentren noch stärker angegangen werden könnten. Auch von Seiten der Regionalzentren wurde darauf verwiesen, dass mehr Personal wünschenswert wäre, um den bestehenden Beratungs- und Unterstützungsbedarf in den Regionen zu bewältigen. Ein erfolgreich verlaufener Beratungs- oder Schulungsfall würde oft mehrere weitere Anfragen nach sich ziehen.
- In anderen Gesprächen wurde demgegenüber von einem Teil der Befragten die Position vertreten, dass sich die Regionalzentren aufgrund der begrenzten Ressourcen in ihrem Aufgabenbereich stärker konzentrieren sollten. Der Fokus sollte auf Beratung und Koordination liegen. Damit einher geht die von einigen Befragten geäußerte Forderung, dass die Regionalzentren die Netzwerke auf regionaler Ebene so weiterentwickeln sollten, dass eine gemeinsame strategische Planung möglich sei. Auf einer solchen Grundlage könne dann zielgerichteter entschieden werden, welche Akteure/-innen in der Region für welche Beratungs- oder Schulungsprozesse verantwortlich sind, so dass die Regionalzentren nicht überall selbst tätig werden müssten.
- Einige Interviewpartner/-innen wiesen darauf hin, dass sie sich eine stärkere institutionelle Verankerung des Themas Demokratiepädagogik im Land wünschen würden. Dies betreffe insbesondere die Bereiche Referendariats-Ausbildung und Weiterbildung von Lehrkräften sowie Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Kindheitspädagogik, Soziale Arbeit und Berufspädagogik. Punktuell würden die Regionalzentren in diesen Bereichen schon tätig sein, aber hier bedürfe es einer stärkeren institutionellen Verankerung und Unterstützung durch die verantwortlichen Stellen, wie das Bildungsministerium.
- In Bezug auf die Träger- und Förderstrukturen wurde in den qualitativen Interviews deutlich, dass die Herausarbeitung und Schärfung einer gemeinsamen Dachkonstruktion der Regionalzentren hilfreich wäre, um das Profil der Regionalzentren nach außen zu schärfen, so dass die Angebote und der übergreifende Ansatz der Regionalzentren besser kommuniziert und sichtbar gemacht werden können. Aktuell würden die Regio-

nalzentren vor allem über die Träger wahrgenommen werden. Mehrere Kooperationspartner/-innen äußerten in diesem Zusammenhang den Wunsch nach einer stärkeren Präsenz der Regionalzentren in der Öffentlichkeit und einer besseren Information über bestehende Angebote und Maßnahmen, beispielsweise durch einen entsprechenden Katalog oder ein Handbuch zur Demokratie. Von Seiten der Regionalzentren wurde von einzelnen Vertreter/-innen der Wunsch nach einem stärkeren fachlichen Austausch zwischen allen Regionalzentren geäußert.

- Von Seiten der Regionalzentren wurde der Bedarf geäußert, die Wahl der Standorte der Regionalzentren in einigen Fällen zu überprüfen und auf Grundlage von nachvollziehbaren Kriterien neue Standorte festzulegen. Für die Arbeit, die Personalgewinnung und eine hohe Personalkontinuität seien insbesondere Sicherheitsaspekte und eine verkehrsgünstige Lage von zentraler Bedeutung, die bei der Wahl geeigneter Standorte berücksichtigt werden müssten. Zudem würde sich die räumliche Nähe zu Landkreisverwaltungen förderlich für die Arbeit der Regionalzentren auswirken, da die Landkreisverwaltung ein wichtiger Kooperationspartner sei. Kritik wurde insbesondere in Bezug auf den Standort in Anklam geäußert, wo es in der Vergangenheit eine hohe personelle Fluktuation gab und es eine besondere Herausforderung sei, neue gut qualifizierte Fachkräfte zu finden.
- Zudem wird die Sicherheitslage von Mitarbeitenden der Regionalzentren in Anklam und auch in Ludwigslust teilweise als bedrohlich eingeschätzt. Hier habe es in der Vergangenheit mehrmals Bedrohungen bis hin zu einem tätlichen Übergriff auf eine Mitarbeitende gegeben.
- Im Gespräch mit einer Kooperationspartner/in aus dem Hochschulbereich wurde in Bezug auf das Thema Mitarbeitergewinnung darauf verwiesen, dass die Regionalzentren für die Studierenden der Sozialen Arbeit ein attraktives Arbeitsfeld darstellen würden. Diesbezüglich könnte durch eine stärkere Bekanntmachung des Arbeitsfeldes und die Ermöglichung von Praktika die Kooperation noch verstärkt werden.
- In Bezug auf die Finanzierung der Förderung der Regionalzentren wurde von einigen Befragten angemerkt, dass eine Verstetigung der Förderung außerhalb der ESF-Förderung und somit Überführung in die Landesförderung wünschenswert wäre.

7. Zusammenfassung und Bewertung

Anhand der in Kapitel 4 und 5 dargestellten Ergebnisse ist deutlich geworden, dass die Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur im Zusammenspiel mit weiteren Instrumenten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Schlüsselqualifikationen und Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern leistet. Den Regionalzentren ist es gelungen, in ihrer Arbeit Maßnahmen zur Prävention, Integration und Intervention miteinander zu verbinden.

Der regionale Förderansatz mit den fünf Regionalzentren, die für jeweils eine Region im Land zuständig sind, ist insgesamt positiv zu bewerten, da die Regionalzentren durch ihn einen besseren Zugang zu den regionalen und lokalen Akteuren/-innen erhalten und in ihrer Arbeit regionalspezifische Rahmenbedingungen berücksichtigen können. Von großer Bedeutung hat sich für die Arbeit der Regionalzentren die Herausbildung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitenden der Regionalzentren und regionalen und lokalen Akteuren/-innen erwiesen. Hierdurch können längerfristige Prozesse in den Regionen begleitet und demokratiestärkende Strukturen und Netzwerke langfristig gestärkt werden. In den Fällen, in denen es zu häufigeren personellen Wechseln unter den Mitarbeitenden kam, wurden diese Prozesse erschwert.

Führt man die Ergebnisse der standardisierten Befragung und der qualitativen Interviews zusammen, lassen sich mit Blick auf das in Kapitel 2.2 vorgestellte Wirkungsmodell die in der Graphik abgebildeten Wirkungszusammenhänge und Ergebnisse grundsätzlich bestätigen, wobei sich die einzelnen Dimensionen in ihrer Relevanz unterscheiden und weitere Ergebnisse sowie Mechanismen, über die die Regionalzentren Wirkungen entfalten, ergänzt werden können.

In der folgenden Tabelle wird der Versuch einer zusammenfassenden tabellarischen Darstellung unternommen, die die Dimensionen des Wirkungsmodells aufgreift und diese um weitere Dimensionen (Ergebnisse und Wirkungsmechanismen) und Erläuterungen ergänzt. In der Tabelle sind die Ergänzungen zum Wirkungsmodell kursiv dargestellt. Fett markiert sind die unmittelbaren und mittelbaren Ergebnisse als Wirkungsbereiche, in denen die Förderung der Regionalzentren besonders große Beiträge leistet, die eine größere Verbreitung finden. In den anderen abgebildeten Wirkungsbereichen konnten mit Hilfe der empirischen Erhebungen ebenfalls Beiträge nachgewiesen werden, die aber vom Ausmaß her etwas geringer ausfallen.

Aktivität	Output	Mechanismen der Regionalzentren, durch die Wirkungen entfaltet werden	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse	Struktureffekte
<p>Professionelle Beratung</p> <p>Demokratiepädagogik</p> <p>Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort</p> <p>Organisator und Impulsgeber im regionalen Beratungsnetzwerk</p> <p>Expertiseteam</p>	<p>Beratene regionale Multiplikatoren/-innen</p> <p>Beratene Einzelpersonen und Organisationen in Regionen</p> <p><i>Beratene Initiativen</i></p> <p>Unterstützte regionale Akteure</p> <p>Unterstützte Beratungsnetzwerke</p> <p>Beratene landesweit wirkende Akteure/-innen</p> <p>Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren/-innen</p> <p><i>Vernetzung in überregionalen und bundesweiten Netzwerken</i></p>	<p><i>Kontinuierliche Begleitung und Beratung</i></p> <p><i>Auf den jeweiligen Kontext zugeschnittener Beratungsansatz</i></p> <p><i>Aufklärung und Vermittlung von Hintergrundwissen/Sensibilisierung/Übersetzungsleistung</i></p> <p><i>Vermittlung von Rüstzeug (Methoden) zum Umgang mit demokratiefeindlichen Herausforderungen und zur Verbesserung der eigenen Angebote/Strukturen</i></p> <p><i>Verweis auf weitere Anlaufstellen und mögliche Kooperationspartner</i></p> <p><i>Impulsgeber im Zuge von Beratungsprozessen oder im Rahmen der Netzwerkarbeit</i></p> <p><i>Initiierung und Unterstützung von demokratiestärkenden Netzwerken</i></p> <p><i>Moderation von Netzwerkveranstaltungen und Kooperationsprozessen</i></p> <p><i>Strukturierung und Or-</i></p>	<p>Gestärkte Handlungskompetenzen und Schlüsselqualifikationen</p> <p>Gestärktes Sicherheitsgefühl</p> <p>Bewältigung einer akuten Herausforderung</p> <p>Planung und Umsetzung von demokratiefördernden Maßnahmen</p> <p>Vertieftes Wissen über demokratische Strukturen und Toleranz</p> <p><i>Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis in der eigenen Organisation</i></p> <p>Vertieftes Wissen über demokratiefeindliche Phänomene</p> <p><i>Erhöhung der Aufmerksamkeit für demokratiefeindliche Entwicklungen</i></p> <p>Impulse für neue/erweiterte Handlungsstrategien</p> <p>Erkenntnisse zu neuen Bedarfen in den Regionen</p> <p><i>Weitervermittlung an andere Einrichtun-</i></p>	<p><i>Verbesserte oder erweiterte demokratiepädagogische Angebote in den Regeleinrichtungen</i></p> <p>Stärkung/Befähigung von Organisationen/Initiativen im Umgang mit demokratiestärkenden Prozessen</p> <p>Zunahme von Personen, die sich im persönlichen und beruflichen Umfeld in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einbringen</p> <p>Verbesserte Angebote zur Beteiligung an demokratischen Prozessen</p> <p>Verbesserte Strukturen und Angebote zur Stärkung von Demokratie und Toleranz</p> <p>Bedarfe werden von Regeleinrichtungen bearbeitet (Stärkung von Regeleinrichtungen bei der Bearbeitung von Bedarfen im Bereich Demokratie/Toleranz)</p> <p>Verbesserte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivil-</p>	<p>Stärkung der Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz</p> <p>Stärkung des Grundvertrauens in die demokratischen Grundwerte</p> <p>Zunahme der Beteiligung an demokratischen Prozessen</p> <p>Verbesserung des sozialen Zusammenhalts</p> <p>Verhinderung und Bekämpfung von Diskriminierung</p> <p>Zurückdrängung der Einflüsse rechtsextremer und demokratiefeindlicher Aktivitäten</p>

Aktivität	Output	Mechanismen der Regionalzentren, durch die Wirkungen entfaltet werden	Unmittelbare Ergebnisse	Mittelbare Ergebnisse	Struktureffekte
		<i>Organisation von Kooperationsprozessen</i> <i>Einbringen von fachlicher Expertise</i> <i>Aufgreifen von neuen Themen und Bedarfen in den Regionen</i> <i>Beteiligung an Fachtagungen und Veranstaltungen</i> <i>Veröffentlichung von Handreichungen</i> <i>Öffentlichkeitsarbeit</i>	<i>gen/Angebote</i> Gestärkte/erweiterte Netzwerkarbeit <i>Besseres Verständnis für die Gegenseite bei zivilgesellschaftlichen oder staatlichen Akteuren/-innen</i>	gesellschaftlichen Akteuren/-innen	
<p>Faktoren, die die Umsetzung der Förderung beeinflussen:</p> <p>Auf Seiten der Regionalzentren: Fachkompetenzen der Mitarbeitenden (+), Kontinuität des Personals (+), trägerspezifische Zugänge (+), zu geringe Personalausstattung (-), regionale Lage/Erreichbarkeit (+/-), mangelnde Bekanntheit (-), neutrale Haltung der Mitarbeitenden (+)</p> <p>Auf Seiten der beratungsnehmenden Organisationen/Kooperationspartner/-innen: Begrenzte zeitliche Ressourcen (-), Kooperationsbereitschaft (+), Bereitschaft, sich auf den Prozess einzulassen und selbst Verantwortung zu übernehmen (+)</p> <p>Ausgestaltung der Förderung: Kontinuität der Förderung (+), kostenfreies Angebot (+), Dauer und Format der Beratung/Schulung (+/-), fehlende Bekanntheit und Verständlichkeit der Förderstrukturen (-)</p> <p>Externe Faktoren, die die Bedarfe in den Regionen sowie die Ergebnisse und Struktureffekte beeinflussen:</p> <p>Zusammenspiel mit anderen Instrumenten, wie z. B. Fördermöglichkeiten und Strukturen der Bundesprogramme „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“, die kommunalen Präventionsräte und weitere (ESF-geförderte) Projekte des Landesprogramms Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken, wie z. B. die landesweite Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt</p> <p>Demographische Veränderungen, wie z. B. die hohe Zuwanderung von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016, oder der Rückgang der Bevölkerung in strukturschwachen Regionen</p> <p>Reformen des Bundes und des Landes, wie z. B. die Kreisgebietsreform im Jahr 2011, die mit einem Rückbau der Verwaltung in der Fläche einherging</p> <p>Veränderungen in der Parteienlandschaft und von nicht parteipolitisch organisierten Bewegungen: weniger sichtbare Aktivitäten der NPD nach dem Ausscheiden aus dem Landtag, Gründung und Zuwachs der AfD, Aktivitäten von Reichsbürger/-innen oder völkische Siedlungen</p>					

Bei den Struktureffekten sind die Bereiche fett markiert, in denen auf Grundlage der empirischen Ergebnisse die stärksten Beiträge der Förderung der Regionalzentren im Zusammenspiel mit weiteren Fördermaßnahmen zu erwarten sind. Allerdings ist zu beachten, dass die Struktureffekte noch durch eine Reihe an weiteren externen Einflussfaktoren beeinflusst werden und die Förderung hier nur einen begrenzten Einfluss haben kann.

Anhand der tabellarischen Übersicht wird deutlich, dass die Förderung der Regionalzentren im Zusammenspiel mit weiteren Maßnahmen in verschiedenen Bereichen wichtige Beiträge geleistet hat. Übergreifend über die verschiedenen Arbeitsschwerpunkte sind insbesondere folgende Ergebnisse der Förderung zu nennen:

- *Befähigung bzw. Stärkung von Organisationen und Initiativen im Umgang mit demokratiestärkenden Prozessen:* Dieses Ergebnis wurde sowohl in der standardisierten als auch in der qualitativen Befragung am häufigsten genannt. Durch die Beratung der Regionalzentren gewannen die befragten Akteure/-innen an Sicherheit und Handlungskompetenz, erhielten Hintergrundwissen über demokratiefeindliche Phänomene und lernten Rüstzeug zur Bewältigung der jeweiligen Situation kennen. Hierdurch wurden die beratenen Akteure/-innen in die Lage versetzt, gemeinsam mit Kooperationspartnern/-innen eine akute Herausforderung zu bewältigen und/oder demokratiestärkende Prozesse in ihrer Kommune oder Region zu initiieren oder gestärkt fortzuführen. In einzelnen Fällen führte die Beratung auch dazu, dass eine Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis in der eigenen Organisation angestoßen wurde.
- *Verbesserte Strukturen und Angebote zur Stärkung von Demokratie und Toleranz:* Aus den Ergebnissen der Befragungen geht hervor, dass die Beratung und Zusammenarbeit der Regionalzentren mit regional oder landesweit agierenden Akteuren/-innen oftmals dazu führte, dass diese bei der Verbesserung oder Ausweitung von demokratiefördernden Angeboten oder Strategien unterstützt wurden. Insbesondere seit dem Jahr 2015 betrafen diese Aktivitäten aufgrund der hohen Nachfrage in diesem Bereich verstärkt auch die Integration von Zugewanderten und Geflüchteten. Die Regionalzentren nahmen dabei oftmals eine impulsgebende und moderierende Funktion ein, indem sie fachliche Inputs lieferten, auf mögliche weitere Netzwerkpartner/-innen verwiesen, neue Bedarfe aus den Regionen aufgriffen und an verantwortliche Stellen übermittelten oder Arbeitsgruppen mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren moderierten. Die moderierende Funktion der Regionalzentren führte häufig zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.
- *Initiierung, Ausweitung oder Stärkung von demokratiestärkenden Netzwerken in einzelnen Kommunen und kleineren Regionen:* Die Stärkung von demokratiestärkenden Netzwerken hängt eng mit den beiden vorangegangenen Punkten zusammen, da de-

mokratiestärkende Prozesse oder die Entwicklung von neuen Angeboten oder Handlungsstrategien in der Regel in Netzwerken angegangen werden. Die Ergebnisse der Befragungen zeigen, dass die Regionalzentren im Zusammenspiel mit weiteren Akteuren/-innen und Projekten in einer Vielzahl von Kommunen oder kleineren Regionen dazu beigetragen haben, bestehende Netzwerke und Strukturen, wie z. B. Präventionsräte, zu stärken oder neue Formen der Zusammenarbeit ins Leben zu rufen. Kritisch zu bewerten ist allerdings, dass es den Regionalzentren bisher nicht gelungen ist, strategisch arbeitende regionale Beratungsnetzwerke zum Themenfeld Demokratie und Toleranz zu initiieren und zu begleiten.

- *Stärkung von Regeleinrichtungen bei der Bearbeitung von Bedarfen im Bereich Demokratie und Toleranz:* Im Rahmen von Beratungen und Schulungen von Mitarbeitenden aus Regeleinrichtungen, wie z. B. von Lehrkräften, Präventionsberater/-innen der Polizei oder Teilbereichen der Agentur für Arbeit, vermittelten die Regionalzentren den Teilnehmenden Hintergrundwissen zu demokratiefeindlichen Phänomenen sowie konkrete Ansätze und Methoden, um Herausforderungen in diesem Bereich zu begegnen. Hierdurch erhielten die Mitarbeitenden von Regeleinrichtungen das Rüstzeug, im Rahmen ihrer regulären Tätigkeit frühzeitig demokratiefeindliche Herausforderungen zu erkennen und mit entsprechenden Strategien zu begegnen. Positiv zu bewerten ist, dass die Aktivitäten der Regionalzentren in den letzten Jahren verstärkt darauf abzielten, in Kooperation mit Bildungseinrichtungen, wie z. B. Fachhochschulen, bei der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften durch entsprechende Schulungen anzusetzen, um die Themen Demokratieerziehung und Rechtsextremismus möglichst bereits in der regulären Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte zu verankern. Diesbezüglich ist es aber noch nicht gelungen, demokratiepädagogische Angebote stärker strukturell zu verankern, beispielsweise durch die Aufnahme solcher Angebote in die Curricula.

- *Zunahme von Personen, die sich im persönlichen und beruflichen Umfeld in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einbringen:* Es ist davon auszugehen, dass insbesondere die Befähigung und Stärkung von Organisationen und Initiativen und Multiplikatoren/-innen in Regeleinrichtungen im Umgang mit demokratiestärkenden Prozessen eine Zunahme von Personen, die sich im persönlichen und beruflichen Umfeld in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einbringen, zur Folge haben. In der standardisierten Befragung ging knapp die Hälfte der Befragten von sehr großen oder eher großen Beiträgen der Förderung diesbezüglich aus. Auf Grundlage der ermittelten Ergebnisse zu den zuvor genannten Bereichen ist daher anzunehmen, dass die Angebote und Aktivitäten der Regionalzentren mittel- bis langfristig zu einer

gewissen Zunahme von Personen führen, die sich im persönlichen oder beruflichen Umfeld in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einbringen.

- *Verbesserung oder Ausweitung von Möglichkeiten zur Beteiligung an demokratischen Prozessen:* Aus den Ergebnissen der Befragungen geht hervor, dass die Planung und Umsetzung von demokratiefördernden Prozessen oder Maßnahmen in einigen Fällen auch die Entstehung von neuen oder verbesserten Beteiligungsmöglichkeiten zur Folge hatte. So wurden beispielweise für Jugendliche neue Beteiligungsmöglichkeiten, wie z. B. Schülergremien oder Jugendforen, geschaffen oder von diesen eingefordert. In anderen Fällen führten die demokratiestärkenden Aktivitäten in der Kommune dazu, dass neue Formen der Zusammenarbeit zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren entstanden, was mittel- bis langfristig auch zu einer stärkeren Beteiligung an demokratischen Prozessen führen kann. Insgesamt wurde anhand der Ergebnisse aber deutlich, dass es sich hierbei eher um Einzelfälle handelt, so dass in diesem Bereich nicht in größerem Ausmaß von direkten Beiträgen der Förderung ausgegangen werden kann. Die Förderung der Regionalzentren setzt dagegen stärker an den Vorstufen an, indem beispielsweise demokratiestärkende Prozesse oder Diskussionen über Beteiligungsmöglichkeiten angestoßen werden, in deren Folge dann mittel- bis langfristig neue oder erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten entstehen können. Inwieweit dies dann am Ende realisiert wird, hängt von weiteren Faktoren ab, wie z. B. der Bereitschaft der regionalen und kommunalen Akteure, sich auf solche Prozesse einzulassen.

Dabei haben sich insbesondere folgende Mechanismen der Regionalzentren, durch die Wirkungen entfaltet werden, als bedeutsam erwiesen:

- Kontinuierliche Begleitung und Beratung,
- auf den jeweiligen Kontext (Region, Organisation) zugeschnittener Beratungs- oder Schulungsansatz,
- Aufklärung und Vermittlung von Hintergrundwissen/Sensibilisierung/Übersetzungsleistung,
- Vermittlung von Rüstzeug (Methoden) zum Umgang mit demokratiefeindlichen Herausforderungen und zur Verbesserung der eigenen Angebote/Strukturen,
- Verweis auf weitere Anlaufstellen und mögliche Kooperationspartner/-innen,
- Impulsgeber im Zuge von Beratungsprozessen oder im Rahmen der Netzwerkarbeit vor Ort,
- Initiierung und Unterstützung von demokratiestärkenden Netzwerken in Kommunen,

- Moderation von Netzwerkveranstaltungen und Kooperationsprozessen,
- Strukturierung und Organisation von Kooperationsprozessen,
- Einbringen von fachlicher Expertise,
- Aufgreifen von neuen Themen und Bedarfen in den Regionen,
- Beteiligung an Fachtagungen und Veranstaltungen,
- Veröffentlichung von Handreichungen,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Die Umsetzung der Förderung wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Auf Grundlage der Ergebnisse der empirischen Untersuchungen haben insbesondere folgende Faktoren die Umsetzung förderlich (+) oder hinderlich (-) beeinflusst:

- Auf Seiten der Regionalzentren: Fachkompetenzen der Mitarbeitenden (+), Kontinuität des Personals (+), trägerspezifische Zugänge (+), zu geringe Personalausstattung (-), regionale Lage/Erreichbarkeit (+/-), mangelnde Bekanntheit (-), neutrale Haltung der Mitarbeitenden (+).
- Auf Seiten der beratungsnehmenden Organisationen/Kooperationspartner/-innen: Begrenzte zeitliche Ressourcen (-), Kooperationsbereitschaft (+), Bereitschaft, sich auf den Prozess einzulassen und selbst Verantwortung zu übernehmen (+).
- Ausgestaltung der Förderung: Kontinuität der Förderung (+), kostenfreies Angebot (+), Dauer und Format der Beratung/Schulung (+/-), fehlende Bekanntheit und Verständlichkeit der Förderstrukturen (-).

Im Bereich der Struktureffekte sind auf Grundlage der empirischen Ergebnisse insbesondere im Hinblick auf die Stärkung der Strukturen im Bereich von Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern und die Zurückdrängung von Einflüssen rechtsextremer und demokratiefeindlicher Aktivitäten Beiträge der Förderung im Zusammenspiel mit weiteren Fördermaßnahmen zu erwarten. Als weitere bedeutsame Fördermaßnahmen sind insbesondere die Bundesprogramme „Demokratie Leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“, die kommunalen Präventionsräte und weitere (ESF-geförderte) Projekte des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, wie z. B. die landesweite Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt zu nennen. Zudem wird die Entwicklung im Land durch eine Reihe weiterer externer Faktoren beeinflusst. Auf Grundlage der Ergebnisse können insbesondere folgende externe Faktoren genannt werden, die die Struktureffekte und die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Förderung beeinflusst haben:

- Demographische Veränderungen, wie z. B. die hohe Zuwanderung von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016, oder der Rückgang der Bevölkerung in strukturschwachen Regionen,
- Reformen des Bundes und des Landes, wie z. B. die Kreisgebietsreform im Jahr 2011, die mit einem Rückbau der Verwaltung in der Fläche einherging,
- Veränderungen in der Parteienlandschaft und von nicht parteipolitisch organisierten Bewegungen: weniger sichtbare Aktivitäten der NPD nach dem Ausscheiden aus dem Landtag, Gründung und Zuwachs der AfD, Aktivitäten von Reichsbürger/-innen oder völkische Siedlungen.

An den in Kapitel 3 dargestellten Ergebnissen zum Kontext der Förderung ist deutlich geworden, dass die Herausforderungen seit 2014 in mehreren Bereichen zugenommen haben, was u. a. mit Folgen des demographischen Wandels und der hohen Flüchtlingszuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 im Zusammenhang stehen dürfte. Der Einfluss der Förderung ist gegenüber solchen globalen Entwicklungen begrenzt. Allerdings weisen die Ergebnisse dieser Studie auch darauf hin, dass mit der Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur insbesondere im Zusammenhang mit den Folgen der hohen Flüchtlingszuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 einiges abgedeckt werden konnte und hierdurch ein Beitrag zur Stabilisierung der Situation in den Regionen geleistet wurde.

In Bezug auf die Zielgruppen der Förderung zeigen die Ergebnisse der Studie, dass mit der bisherigen Förderung der Regionalzentren eine Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren/-innen erreicht werden konnte, wie z. B. Vertreter/-innen von Landkreisen, Städten und Gemeinden, Bildungs- oder Projektträgern, Vereinen, Bildungseinrichtungen, Kirchen und Parteien. Unter den befragten Akteuren/-innen waren die Angebote der Regionalzentren überwiegend sehr gut und gut bekannt. Teilweise wurde aber auch der Bedarf für eine bessere Information über die Angebote und eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit gesehen. In diesem Zusammenhang ist kritisch anzumerken, dass die Mitarbeitenden der Regionalzentren bei ihren Kooperationspartnern/-innen vor allem über die jeweiligen Träger wahrgenommen werden. Eine verbesserte gemeinsame Außendarstellung der Regionalzentren z. B. über einen gemeinsamen Internetauftritt, wie sie bereits in der ersten Evaluierung der Regionalzentren gefordert wurde (vgl. Kapitel 2.3), konnte demnach noch immer nicht realisiert werden. Dies erschwert die Vermittlung der Förder- und Angebotsstrukturen gegenüber den Zielgruppen und Kooperationspartnern/-innen. Aus den empirischen Erhebungen geht hervor, dass ein Bedarf für eine Schärfung des gemeinsamen Profils und eine bessere Kommunikation der Förderstrukturen und des gemeinsamen Angebotsspektrums nach außen besteht.

Hinsichtlich der Trägervielfalt geht aus den Ergebnissen der Studie auf der einen Seite hervor, dass diese einen Mehrwert für die Förderung mit sich bringt, da die verschiedenen Träger über unterschiedliche Zugänge zu spezifischen Zielgruppen verfügen und auf unterschiedliche Erfahrungen in den relevanten Themenfeldern zurückgreifen können. Hierdurch können sich die Träger gegenseitig ergänzen und bereichern. Auf der anderen Seite wurde aber deutlich, dass die trägerübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Regionalzentren in einzelnen Bereichen, wie z. B. der Gemeinwesenberatung, noch intensiviert werden kann.

In Bezug auf die Querschnittsziele Gleichstellung von Frauen und Männer sowie Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung lässt sich auf Grundlage der Ergebnisse festhalten, dass die Regionalzentren sowohl bei der Konzipierung und Durchführung von Beratungen, Schulungen oder Veranstaltungen als auch bei der Ausgestaltung von Materialien genderbezogene Aspekte sowie interkulturelle und/oder inklusive Aspekte berücksichtigen. Die Verankerung der Querschnittsziele im Umsetzungsprozess wird zudem dadurch unterstützt, dass die Mitarbeitenden der Regionalzentren im Zuge der Vorbereitung von Veranstaltungen und Beratungen regelmäßig mit Gleichstellungsbeauftragten und teilweise auch mit Integrationsbeauftragten von Kommunen oder Landkreisen in ihren Regionen zusammenarbeiten. Zudem sind Frauen und Männer gleichermaßen an der Umsetzung der Förderung beteiligt. Die Ergebnisse weisen aber auch darauf hin, dass die bestehenden Ansätze der Regionalzentren für demokratische Kultur zur Berücksichtigung der Querschnittsziele noch weiter gestärkt werden könnten. So gaben einzelne Vertreter/-innen der Regionalzentren in den Befragungen an, dass sie trotz der bereits vorgenommenen Maßnahmen für sich oder ihren Träger einen weiteren Beratungsbedarf im Hinblick auf das Querschnittsziel Gleichstellung von Frauen und Männern sowie teilweise auch in Bezug auf das Querschnittsziel Chancengleichheit/Nichtdiskriminierung sehen.

Bezüglich des Beitrags der Förderung zu den Querschnittszielen geht aus den Ergebnissen dieser Studie hervor, dass die Förderung der Regionalzentren einen Beitrag zur Verhinderung und Bekämpfung von Diskriminierung leistet und somit direkt zu dem Querschnittsziel Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung beiträgt. In Bezug auf die Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern sind auf Grundlage der durchgeführten Befragungen in diesem Bereich eher geringe und mittelbare Beiträge der Förderung zu erwarten. So können die Aktivitäten der Regionalzentren beispielsweise dazu beitragen, dass genderbezogene Aspekte im Zuge der Demokratieentwicklung eine stärkere Berücksichtigung finden oder Netzwerke und Aktivitäten von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gestärkt werden.

8. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Auf Grundlage der Ergebnisse lässt sich insgesamt sagen, dass sich die Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur bewährt hat und fortgesetzt werden sollte. Aufgrund der noch immer anhaltenden und teilweise zunehmenden Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Demokratiefeindlichkeit und neuen Phänomenen wie Reichsbürger/-innen und völkischen Siedlungen ist die Förderung der Regionalzentren als eine Daueraufgabe für das Land Mecklenburg-Vorpommern zu begreifen. Für die Gewährleistung einer bedarfsgerechten und kontinuierlichen Arbeit der Regionalzentren in den Regionen ist es von großer Bedeutung, dass die Förderung langfristig gesichert ist und die an der Umsetzung beteiligten Akteure/-innen eine langfristige Planungsperspektive erhalten. Unabhängig davon, ob die Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur nach 2020 erneut in den ESF aufgenommen wird, sollte sich das Land klar zu der Förderung der Regionalzentren bekennen und hierfür eine langfristige Finanzierungsperspektive (z. B. für einen Zeitraum von zehn Jahren) aufzeigen. Dies wäre auch für die Sicherung der personellen Kontinuität von Bedeutung, die entscheidend dazu beiträgt, dass eine verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den relevanten Kooperationspartnern/-innen und Zielgruppen stattfinden kann.

Die Trägervielfalt hat sich im Zuge der Umsetzung bewährt und die künftige Förderung sollte auf den bestehenden Strukturen und Kooperationszusammenhängen aufbauen. Es wird aber empfohlen, künftig das gemeinsame Profil der Regionalzentren zu schärfen und dieses besser nach außen zu kommunizieren und sichtbar zu machen. Beispielsweise könnte ein gemeinsames Leitbild zur Demokratieentwicklung in den Regionalzentren erarbeitet werden, an dem sich alle Mitarbeitenden der Regionalzentren orientieren und das gegenüber den Kooperationspartnern/-innen kommuniziert werden kann. Zudem sollten ein gemeinsamer Internetauftritt und eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit der Regionalzentren aufgebaut werden. Die Internetseite könnte an den bestehenden Internetauftritt des landesweiten Beratungsnetzwerkes anknüpfen und von der Landeskoordinierungsstelle koordiniert und gepflegt werden. Auf der Internetseite sollten aktuelle Informationen über die Mitarbeitenden und Angebote der Regionalzentren, gemeinsame Arbeitsstandards und Leitbilder, aktuelle Veranstaltungshinweise und relevante Informationen und Materialien verfügbar sein. Ggf. kann auch auf weitere Angebote von anderen Projekten und Trägern in den Regionen verwiesen werden. Hierdurch könnte dazu beigetragen werden, die Regionalzentren für demokratische Kultur unabhängig von den Trägern stärker als Format bekannt zu machen, so dass landesweit ein klareres Bild in der Öffentlichkeit davon entstehen und kommuniziert werden kann, welche Angebote und Hilfestellungen die Regionalzentren für demokratische Kultur bieten. Zudem sollte der trägerübergreifende Fachaustausch zwischen den Regionalzentren in einzelnen Bereichen, wie z. B. der

Gemeinwesenberatung und Krisenintervention, gestärkt werden. Hierzu sollten die bestehenden Abstimmungsstrukturen gemeinsam mit den Mitarbeitenden aller Regionalzentren geprüft und bei Bedarf ausgeweitet werden.

In Bezug auf das Aktivitätsspektrum der Regionalzentren für demokratische Kultur ist deutlich geworden, dass dieses in der bisherigen Umsetzung eine große Spannweite an Inhalten und Methoden umfasst hat. Hier sollte vor dem Hintergrund der begrenzten personellen Ressourcen künftig eine stärkere Konzentration der Aktivitäten stattfinden. Zur Definition der übergreifenden Schwerpunktbereiche sollte der Abstimmungsprozess im Zuge der Entwicklung der Umsetzungsstrategie zur Fortschreibung des Landesprogramms genutzt werden. In einer landesweiten Abstimmung sollte insbesondere unter Einbindung des landesweiten Beratungsnetzwerkes übergreifend für alle Regionalzentren definiert werden, welche Themenfelder für die Arbeit der Regionalzentren von besonderer Relevanz sind und mit welchen Kooperationspartnern/-innen diesbezüglich zusammengearbeitet werden soll. Mögliche Schwerpunkte stellen angesichts der bestehenden Herausforderungen präventive Strategien zum Umgang mit Rechtspopulismus und Demokratie- oder Politikverdrossenheit, strukturelle Verankerung der Demokratiepädagogik und Verbesserung der Strukturen zur Fort- und Weiterbildung für (angehende) Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte sowie die Bekämpfung von Rechtsextremismus und der Umgang mit völkischen Siedlungen und Reichsbürger/-innen dar. Das Themenfeld der Integrationspolitik, dem ebenfalls weiterhin eine hohe Relevanz beigemessen wird, sollte künftig wieder stärker den integrationspolitischen Akteuren/-innen überlassen werden. Hier sollten sich die Regionalzentren auf die Bereiche konzentrieren, die Schnittmengen zu den Themen Demokratieentwicklung oder Extremismusbekämpfung aufweisen. Neben den Vorgaben für thematische Schwerpunktsetzungen sollte aber auch künftig noch ein gewisser Spielraum für das Tätigkeitsfeld der Regionalzentren beibehalten werden, der es ermöglicht, dass diese mögliche neue Bedarfe in den Regionen aufgreifen und gemeinsam mit regionalen oder landesweiten Kooperationspartnern/-innen auf diese reagieren können.

Da die Landeskoordination des Netzwerkes „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ aufgrund der steigenden Zahl von Schulen, die sich am Netzwerk beteiligen, immer mehr zunimmt, stellt sich die Frage, ob die Landeskoordination nicht als eigenständiger Bereich unabhängig von den Regionalzentren bestehen sollte.

In den fünf Regionen sollte die Rolle der Regionalzentren als Organisator und Impulsgeber in regionalen Beratungsnetzwerken, wie es das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ vorsieht, gestärkt und strategischer angegangen werden. Die Regionalzentren könnten hierbei die bereits bestehenden Kontakte zu den Landkreisen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren nutzen, um diese zu einer stärker

strategisch ausgerichteten Vernetzung zur Demokratieentwicklung in den fünf Regionen einzuladen und eine gemeinsame Planung und Umsetzung von Aktivitäten voranzutreiben. Dabei sollte es noch genug Spielraum geben, um abhängig von den Bedarfen und bereits vorhandenen Angeboten in den Regionen regionalspezifische Schwerpunkte für das Tätigkeitsfeld der Regionalzentren festzulegen. Hierdurch sollte insgesamt die strategische Ausrichtung der Regionalzentren gestärkt werden, so dass mit Hilfe der Regionalzentren Entwicklungsbedarfe in den Regionen kenntlich gemacht und angegangen werden können. Auf dieser Grundlage könnte in den Regionen dann abgestimmt werden, durch welche Akteure/-innen die konkrete Umsetzung von aus diesem Prozess resultierenden neuen Maßnahmen erfolgen soll.

Darüber hinaus wird empfohlen, die Standorte der Regionalzentren zu überprüfen und ggf. zu verlagern oder alternativ die Bedingungen für die Mitarbeitenden vor Ort an den bestehenden Standorten zu verbessern. Dies betrifft insbesondere den Standort Anklam, der in der Vergangenheit durch eine höhere Fluktuation unter den Mitarbeitenden gekennzeichnet war, und den Standort Ludwigslust, der nach Einschätzungen der Mitarbeitenden in Bezug auf die Sicherheitsbedingungen einige Schwachstellen aufweist. Gegen eine Verlagerung des Regionalzentrums Anklangs an einen anderen Standort spricht, dass die rechtsextremen Strukturen in dieser Kommune besonders stark ausgeprägt sind und daher eine Verlagerung des Standortes als ein Rückzug des Staates aus einem schwierigen Umfeld interpretiert werden könnte. In diesem Fall sollte aber gemeinsam mit dem Träger und den Mitarbeitenden des Regionalzentrums geprüft werden, wie die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden vor Ort verbessert werden können, so dass die Attraktivität der Arbeitsplätze für eine dauerhafte Beschäftigung erhöht werden kann. Da die personelle Kontinuität in den Regionalzentren eine zentrale Voraussetzung für eine gute und verlässliche Zusammenarbeit mit den Zielgruppen und Kooperationspartnern/-innen in den Regionen ist, sollten die Bedürfnisse der Mitarbeitenden eine entsprechende Berücksichtigung finden, um qualifiziertes Personal zu halten und bei Bedarf neue qualifizierte Fachkräfte gewinnen zu können. Aus Sicht der Mitarbeitenden stellen eine gute Verkehrsanbindung in die unterschiedlichen Teile der jeweiligen Region, die Nähe zu Landkreisverwaltungen, die Gewährleistung zentraler Sicherheitsaspekte und ein attraktives Arbeitsumfeld vor Ort zentrale Kriterien für den Arbeitsstandort der Regionalzentren dar. Diese sollten bei der Überprüfung eine entsprechende Berücksichtigung finden. Die Praxis zeigt, dass auch die Regionalzentren, die bereits in größeren Städten angesiedelt sind (Stralsund, Neubrandenburg) bzw. sich in unmittelbarer Nähe zu einer Großstadt befinden (Roggentin bei Rostock), über einen guten Zugang zu Akteuren/-innen in kleineren Städten und den ländlichen Räumen verfügen.

Literaturverzeichnis

Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern, 2013: Qualitätshandbuch des Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“.

Borstel, Dierk / Lehmann, Arne / Volkmann, Tatiana, 2014: Regionalanalysen: Empirische Bestandsaufnahme, in: Hubertus Buchstein, Gudrun Heinrich (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach/Ts.

Decker, Oliver / Brähler, Elmar, 2008: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar, 2012: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer.

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar, 2014: Die stabilisierte Mitte - Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig. Leipzig.

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar, 2016: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2016. In Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung, der Heinrich Böll Stiftung und der Otto Brenner Stiftung. Gießen.

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Schuler, Julia / Handke, Barbara / Brähler, Elmar, 2018: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Oliver Decker, Elmar Brähler (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. In Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll Stiftung und der Otto Brenner Stiftung. Gießen.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (König, Frank / Bischoff, Ursula / Beierle, Sarah), 2014: Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus. Programmevaluation des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“: Wissenschaftliche Begleitung der Beratungsnetzwerke / Abschlussbericht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2014.

European Commission (Employment, Social Affairs and Inclusion), 2018: Programming period 2014-2020. Monitoring and Evaluation of European Cohesion Policy. European Social Fund. Guidance document. August 2018.

Klein, Anna / Heitmeyer, Wilhelm, 2016 [1. Auflage 2012]: Demokratie auf dem rechten Weg? Entwicklungen rechtspopulistischer Orientierungen und politischen Verhaltens in den letzten zehn Jahren, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin. S. 87-104.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2017: Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE zum Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“. Drucksache 7/1130.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2006: Landesprogramm “Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam stärken!”. Drucksache 4/2169.

LOBBI – Landesweite Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern, 2018: Rechte Gewalt in M-V weiter auf hohem Niveau – LOBBI veröffentlicht Zahlen für 2017. Pressemitteilung vom 07.03.2018.

Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern, 2014: Operationelles Programm ESF Mecklenburg-Vorpommern 2014 – 2020. Annahme durch die Europäische Kommission im Oktober 2014.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, 2016: Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 3. Februar 2016. Amtsblatt Mecklenburg-Vorpommern.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Landeszentrale für politische Bildung, Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz, 2014: Konzept zur Einrichtung von Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, 1. Fortschreibung, Unterrichtung durch die Landesregierung. Landtag Mecklenburg-Vorpommern 6. Wahlperiode. Drucksache 6/3209.

Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2015: Verfassungsschutzbericht 2014. Schwerin.

Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2016: Verfassungsschutzbericht 2015. Schwerin.

Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2018: Verfassungsschutzbericht 2017. Schwerin.

proval Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse – Beratung – Evaluation (Rainer Strobl, Olaf Lobermeier und Jana Klemm) 2015: Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. 2. Programmphase.

Siebert, Elisabeth, 2015: Projekte, Aktionen und Argumente rechtsextremer Akteure im Naturschutz, in: Gudrun Heinrich, Klaus-Dieter Kaiser, Norbert Wiersbinski / Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten. BfN-Skripte 394. Bonn – Bad Godesberg.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (StatA MV), 2018: Statistisches Jahrbuch 2018. Schwerin.

Statisches Bundesamt (Destatis), 2018: Daten aus dem Gemeindeverzeichnis. Bundesländer mit Hauptstädten nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte, Gebietsstand 31.12.2017.

Universität Rostock (Dr. Gudrun Heinrich, Arbeitsstelle politische Bildung)/Universität Greifswald (Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Forschungsstelle Rechtsextremismus), 2010: Evaluation der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Abschlussbericht. Greifswald und Rostock.

Vehrkamp, Robert, 2017: Rechtspopulismus in Deutschland. Zur empirischen Verortung der AfD und ihrer Wähler vor der Bundestagswahl 2017. WZB Mitteilungen Heft 156. S. 17-20.

Zick, Andreas / Küpper, Beate, 2015: Volkes Stimme? Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte. Aus Politik und Zeitgeschichte 40/2015.